

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK



Der Krieg der NATO-Staaten gegen Jugoslawien

→ Zur Vorgeschichte des serbisch-albanischen Konfliktes → Innenpolitik: Klassenkampf wird sichtbarer → Landtagswahlen in Hessen → Zur doppelten Staatsangehörigkeit → Zur Entschädigung von Zwangsarbeitern → Gefangennahme Öcalans und die Situation der PKK → Zur Diskussion um die extreme Rechte → München: SPD setzt Polizei gegen Kritiker ein → Kiel: Demonstrationen zur Wehrmachtausstellung

Der Krieg der NATO-Staaten gegen Jugoslawien

Seit dem 24. März bombardieren NATO-Flugzeuge Ziele in Jugoslawien. Offiziell wird dieser Angriff damit begründet, daß nur so eine »humanitäre Katastrophe« im Kosovo verhindert werden könne. Selbst bei oberflächlicher Betrachtung ist aber leicht zu erkennen, daß diese Begründung nur vorgeschoben ist. Sollte der NATO so an den Menschenrechten gelegen sein, hätte sie in den letzten Jahren mehr als genug Betätigungsfelder für ihre Luftwaffe finden können, sei es in der »Ferne«, z.B. bei den Bürgerkriegen in Zentralafrika (Kongo, Ruanda), in Osttimor oder in Afghanistan, sei es ganz in der Nähe, bei den Konflikten in den NATO-Ländern Türkei und Großbritannien.

Spricht man im Falle des Kosovo von Seiten der NATO und der meisten Medien ohne Zögern von Massenmord, so muß daran erinnert werden, daß bis zum Beginn des NATO-Angriffs der Bürgerkrieg in Nordirland mit ca. 3.200 Toten mehr Opfer gekostet hat als die Auseinandersetzungen im Kosovo. Dort waren es bis zu diesem Zeitpunkt je nach Schätzung zwischen 1.500 und 2.000 Tote. Der ehemalige Leiter der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Prof. Ernst-Otto Czempel, hat in einer Fernsehsendung daraus den logisch einzig zulässigen Schluß gezogen, konsequenterweise hätte man während des Nordirland-Konflikts von seiten der NATO dann auch London bombardieren müssen.

Ein noch deutlicheres Beispiel bietet die Unterdrückung der Kurden in der Türkei. Dieselbe rot-grüne Bundesregierung, die sich jetzt bei der Beschreibung der Lage im Kosovo in Superlativen übertrifft und immer wieder lautstark verkündet, das militärische Eingreifen der NATO in Jugoslawien sei für die Verteidigung der Menschenrechte unumgänglich, hat noch vor wenigen Wochen einer weiteren umfangreichen Waffenlieferung an die türkische Armee zugestimmt. Diese Armee hat bei ihrer Bekämpfung der kurdischen Widerstandsbewegung seit 1990 neun von zehn kurdischen Dörfern dem Erdboden gleichgemacht und dabei ca. 2,5 Millionen Kurden aus ihrer Heimat vertrieben. Außerdem sind 30.000–40.000 Menschen bei den zahlreichen Offensiven der türkischen Armee umgekommen (s. den Artikel zur Situation im türkischen Teil Kurdistan in dieser Nr. der Arbeiterpolitik). Von »Völkermord«, »Deportation«, »humanitärer Katastrophe« oder ähnlichen Begriffen war in diesem Zusammenhang weder von deutschen Politikern noch von den Vertretern der Medien etwas zu hören.

Es ist offensichtlich, daß es allen offiziellen Beteuerungen der Politiker zum Trotz bei den Angriffen auf Jugosla-

wien nicht um die Verteidigung der Menschenrechte geht. Der Einsatz der NATO hat andere Gründe. Er stellt zum einen die konsequente Fortsetzung jener Politik dar, die Anfang dieses Jahrzehnts zur Auflösung des ehemaligen Jugoslawiens geführt hat, zum anderen eine faktische Vorwegnahme der für die nächste NATO-Gipfelkonferenz geplanten grundlegenden Veränderung des derzeitigen NATO-Statuts, die einen Einsatz von NATO-Truppen überall auf der Welt erlauben soll.

Der Kosovo und die Auflösung Jugoslawiens

Viele bürgerliche Beobachter sehen einen engen Zusammenhang zwischen der Entwicklung im Kosovo und der Auflösung des jugoslawischen Staatsverbandes Anfang der 90er Jahre. Die Aufhebung der 1974 unter Tito verkündeten Autonomie des Kosovo durch das serbische Parlament im Februar 1989 habe den Anfang vom Ende Jugoslawiens bedeutet. Die von allen Abgeordneten des serbischen Parlaments beschlossene Verfassungsänderung, der zufolge die Regionen Kosovo und Vojwodina kein Vetorecht mehr gegen Verfassungsänderungen in Serbien besaßen, habe für die Republiken Slowenien und Kroatien den entscheidenden Grund zum Austritt aus dem jugoslawischen Staatsverband gebildet. Diese Argumentation hat bei oberflächlicher Betrachtung durchaus etwas für sich, sie verfehlt aber den Kern der Sache.

Berichtigung: Die Titelseite der letzten Ausgabe der Arbeiterpolitik trug das Datum: »14. Januar 1998«, was selbstverständlich falsch ist. Das richtige Datum lautet: **14. Januar 1999.** Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen.

INHALT

Der Krieg der NATO-Staaten gegen Jugoslawien	2
Zur Vorgeschichte des serbisch-albanischen Streits	4
Chronik: »...zum Angriffsbefehl«	6
Franz Mehring zum Krieg	12
Innenpolitik: Klassenkampf wird sichtbarer	14
Landtagswahlen in Hessen: Die Stimme des Volkes? . . .	18
Zur doppelten Staatsangehörigkeit	22
Zur Entschädigung von Zwangsarbeitern	24
Gefangennahme Öcalans und die Situation der PKK . . .	28
Dokument:	
Türkei, Israel, die Kurden und der Mittlere Osten	35
Leserbrief:	
Zur Diskussion um die extreme Rechte	36
Korrespondenzen:	
München: SPD setzt Polizei gegen Kritiker ein	38
Kiel: Zu den Demonstrationen am 30. Januar	40
Ruhrgebiet: RAG-Konzern will den Kohle-Ausstieg	41
Spanien: Bergarbeitern droht Arbeitsplatzvernichtung . .	44

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenastraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Rote Straße 10 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahnenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestoche scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübke
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
 »GFSA e.V. · Postbox 106426 · D - 20043 Hamburg«

Als das serbische Parlament die Autonomie des Kosovo Anfang 1989 aufhob, stellte das nur eine eher verzweifelte Reaktion auf die offenkundigen Versuche Sloweniens und Kroatiens dar, aus der Bundesrepublik Jugoslawien auszuscheiden. Je stärker die Forderungen aus Slowenien und Kroatien wurden, die eine Reduzierung der Überweisungen an den zentralen Staatshaushalt und eine noch weitgehendere politische Autonomie verlangten, desto schneller wuchs in Serbien der Nationalismus, da mit dem Zusammenbruch des Ostblocks ein sozialistischer Ausweg endgültig versperrt war. Die Renaissance des serbischen Nationalismus, die sich am 28. Juni 1989 in der riesigen Massendemonstration auf dem Amselfeld zur Erinnerung an die Schlacht von 1389 erstmals in seinem ganzen Umfang dokumentierte, ist also nicht die Ursache, sondern die Folge der nationalistischen Bestrebungen in Slowenien und Kroatien. Dasselbe gilt auch für den steilen politischen Aufstieg des heutigen Präsidenten Jugoslawiens, Slobodan Milosevic.

Die Gründe für den Zerfall Jugoslawiens

Unter der Regierung Titos war es erstmals in der Geschichte Jugoslawiens gelungen, die Differenzen zwischen den verschiedenen Völkern des Landes so weit zu verringern, daß sie im täglichen Leben keine wichtige Rolle mehr spielten. Bei Umfragen nach der wichtigsten Quelle ihrer Identität antwortete die ganz überwiegende Mehrheit der jugoslawischen Bevölkerung bis in die 80er Jahre hinein mit der Angabe ihres Berufs oder ihres Bildungsstands. Ethnische oder religiöse Zugehörigkeit spielten damals dagegen praktisch keine Rolle. Es hatte sich durch den Partisanenkrieg gegen die deutsche Besatzungsmacht und die Sonderrolle zwischen den Blöcken in den Jahrzehnten danach eine gesamtjugoslawische Identität herausgebildet (zur Entwicklung Jugoslawiens nach dem 2. Weltkrieg s. Arbeiterpolitik 4/5 1989).

Diese Identität wies allerdings zwei Schwachstellen auf. Zum einen hatte Tito aufgrund der Erfahrungen mit dem serbischen Nationalismus im Königreich Jugoslawien zwischen den Weltkriegen und der Gefahr einer zu großen Dominanz der Serben für eine deutliche Schwächung der serbischen Position im Staatsverband gesorgt. Trotz der eindeutigen Dominanz der Serben im Widerstand gegen die Deutschen wurde eine Verfassung verabschiedet, die allen sechs Teilrepubliken weitgehende Selbstverwaltung, einen Sitz im Bundespräsidium und sogar das Recht auf Austritt aus dem Staatsverband zustand, wobei die ersten beiden Punkte später auch auf die zu Serbien gehörenden Regionen Kosovo und Vojwodina ausgedehnt wurden. Diese Regelungen schufen nicht nur die formalrechtlichen Voraussetzungen für die Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens, sie hinterließen bei vielen Serben auch das Gefühl, benachteiligt zu werden.

Zum anderen konnte trotz aller Bemühungen der zentralen staatlichen Stellen die wirtschaftliche Kluft zwischen den reicheren Republiken Slowenien und Kroatien und den ärmeren Republiken Serbien (inkl. des Armenhauses Kosovo), Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Montenegro nicht reduziert werden. Sie wurde vielmehr von Jahr zu Jahr größer. War die Schere zwischen dem Lebensstandard in den entwickelten Regionen Jugoslawiens und den unterentwickelten zwischen 1947 und 1967 schon um über 50% auf das 5,1fache gestiegen, so beschleunigte sich diese Auseinanderentwicklung in den 70er und 80er Jahren sogar noch.

Die Entwicklung des Lebensstandards in Jugoslawien (1970=100)

Republik/Region	1970	1987
Slowenien	100	177
Kroatien	100	130
Vojwodina	100	120
Serbien	100	98
Bosnien-Herzegowina	100	72
Montenegro	100	68
Mazedonien	100	51
Kosovo	100	32

Das ökonomische Auseinanderdriften der einzelnen Teile Jugoslawiens wurde allerdings erst im Zusammenhang mit der tiefgreifenden Wirtschaftskrise in den 80ern zu einem politischen Pulverfaß; denn erst die rapide Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation sorgte in den reicheren Landesteilen zunehmend für eine secessionistische Stimmung in der Bevölkerung. Wie groß die Wirtschaftskrise war, zeigen folgende Zahlen: zwischen 1979 und 1987 sank die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von 5,7% auf 0,7%, die Inflationsrate dagegen stieg bis 1988 auf 236%. Die Auslandsschulden waren bis 1987 auf 21 Mrd. \$ angewachsen, so daß der Teil der Deviseneinnahmen, der für Zinszahlungen und Tilgung verwendet werden mußte, von 29% (1981) auf 46% (1987) anstieg. Der Lebensstandard in Gesamtjugoslawien war Ende der 80er Jahre wieder auf das Niveau der frühen 70er zurückgefallen, bei allerdings sehr großen Unterschieden zwischen den einzelnen Teilrepubliken und Regionen.

Nach 1989 nahm die Entwicklung noch dramatischere Züge an. Die zunehmenden Verfallserscheinungen innerhalb Jugoslawiens, das Auseinanderbrechen des Ostblocks mit der Sowjetunion als größtem Handelspartner und der Druck von IWF und Weltbank auf die jugoslawische Regierung unter dem »Reformer« Markovic, einem Kroaten, im Rahmen sog. »Reformmaßnahmen« überschuldete Unternehmen bankrott gehen zu lassen und das Bankensystem zu privatisieren, führten bereits 1990 zu einem Rückgang des Bruttosozialprodukts von 7,5%, 1991 sogar zu einem von 15%.

22% aller Arbeitsplätze in Jugoslawien gingen binnen zweier Jahre verloren. Die Ära, in der Jugoslawien vom Westen massiv mit Krediten unterstützt wurde, um seine Sonderrolle gegenüber dem Ostblock abzusichern, war endgültig vorbei.

Diese tiefe wirtschaftliche Krise führte in Slowenien und Kroatien dazu, daß Forderungen stark zunahmen, die eine drastische Reduzierung der finanziellen Leistungen an den jugoslawischen Gesamthaushalt und eine noch größere Autonomie gegenüber dem Zentralstaat verlangten. Obwohl es auch früher immer wieder derartige Bestrebungen gegeben hatte (so hatte der slowenische Parteichef Kavcic Ende der 60er einen heftigen Konflikt mit Tito riskiert, weil er die geplante Autobahn aus wirtschaftlichen Gründen nicht nach Belgrad, sondern nach Wien und München haben wollte. 1971 wurde an den kroatischen Hochschulen ein Streik ausgerufen, um die Überweisung von Deviseneinnahmen aus dem Tourismus an den nationalen Entwicklungsfonds zu verringern), gewannen sie erst jetzt eine Kraft, die Jugoslawien sprengen sollte. Die von Slowenien und Kroatien 1988 beschlossene einseitige Kündigung der Zahlungen an den Entwicklungsfonds, aus dem die ärmeren Regionen unter-

stützt wurden, bildete den ersten Schritt zur Auflösung Jugoslawiens.

Je energischer Slowenien mit seiner auch auf dem Weltmarkt vergleichsweise konkurrenzfähigen Industrie und Kroatien mit seinem einträglichen Tourismus eine Kürzung ihrer Zahlungen an den Gesamthaushalt forderten, desto heftiger wehrte sich Serbien als Opfer dieser Kürzungen dagegen. Aus einem zunächst vorwiegend ökonomisch motivierten Nationalismus der reicheren Nordrepubliken erwuchs so auf Dauer ein politischer Nationalismus in allen Regionen Jugoslawiens. Eigene Rechte wurden in wachsendem Maße mit langen historischen Traditionen (wie etwa der Zugehörigkeit zum mitteleuropäischen Kulturkreis bei Slowenien und Kroatien oder der Vorkämpferrolle Serbiens bei der Befreiung des Balkans von der osmanischen Herrschaft) begründet. Die gemeinsame jugoslawische Geschichte geriet immer mehr in den Hintergrund.

Die egoistischen ökonomischen Bestrebungen Sloweniens und Kroatiens allein hätten wohl nicht zum Auseinanderfallen ganz Jugoslawiens geführt. Die deutsche Außenpolitik unter Außenminister Genscher hat diese Bestrebungen aber von Anfang an massiv unterstützt und eindeutig das Ziel der Auflösung Jugoslawiens verfolgt. In der zutreffenden Annahme, eine Lostrennung Sloweniens und Kroatiens würde die wirtschaftliche und politische Position Deutschlands auf dem Balkan entscheidend stärken, hat die Bundesregierung Slowenien und Kroatien stets ermutigt, den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen und zu diesem Zweck eine schnelle diplomatische Anerkennung in Aussicht gestellt.

Gleichzeitig wurden die Kräfte, die für ein Weiterbestehen Jugoslawiens eintraten, ökonomisch und politisch unter Druck gesetzt. So sperrte die Bundesregierung im Juli 1991 alle Finanzhilfen für Jugoslawien und alle Hermes-Bürgschaften für den Handel mit Jugoslawien, um dann am 9. August 1991 Hermes-Bürgschaften einseitig für Geschäfte mit Slowenien und Kroatien zu garantieren. Trotz eines zunächst starken Widerstands seitens Frankreichs und Großbritanniens hat die deutsche Regierung sich mit diesem Plan durchgesetzt. Für den Zerfall Jugoslawiens und seine Folgen trägt die Bundesrepublik also eine unmittelbare Verantwortung.

Die Entwicklung im Kosovo bis 1989

Von der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens wurde jene Region am stärksten betroffen, die das Armenhaus Jugoslawiens darstellte, das Kosovo. Wenn heute vielfach der Eindruck erweckt wird, die Zugehörigkeit zu Jugoslawien habe für die Kosovo-Albaner in erster Linie kulturelle Unterdrückung und wirtschaftliche Benachteiligung bedeutet, so geht das an der Realität weitgehend vorbei. Das Kosovo hat (zumindest wirtschaftlich) eindeutig von der Existenz Jugoslawiens profitiert.

Es waren seit dem Ende des 2. Weltkrieges große Anstrengungen unternommen worden, um die Industrialisierung dieser 1945 zu über 90% von der Landwirtschaft abhängigen Region voranzutreiben. Seitens der Zentralregierung sorgte man dafür, daß dort überdurchschnittlich hohe Investitionen getätigt wurden. Der Prozentsatz, den die Investitionen am Bruttosozialprodukt einnehmen, lag im Kosovo zwischen 1953 und 1989 mit 49,8% denn auch erheblich höher als in Gesamtjugoslawien mit 27,4% oder in Serbien mit 27,9%. In den gut zwei Jahrzehnten zwischen 1957 und 1979 stieg das

Zur Vorgeschichte der serbisch-albanischen Auseinandersetzung im Kosovo.

Die serbische Besiedelung des Kosovo begann nach der Völkerwanderung im 6. Jahrhundert. Als sich 600 Jahre später das serbische Feudalreich konstituierte, gehörte der Kosovo wirtschaftlich wie politisch zu dessen Kernland. Der Hauptsitz des serbisch-orthodoxen Patriarchats war denn auch in Pec angesiedelt. Mit der Schlacht auf dem »Amsfeld« (dt. für Kosovo polje) am 28. Juni 1389 begann die Unterwerfung Serbiens durch das osmanische Reich. Deren geradezu mythische Bedeutung in der Tradition des serbischen Nationalismus begründet sich darin, daß das kleine serbische Heer stellvertretend für das gesamte abendländische Christentum der militärischen Übermacht des osmanischen Weltreiches lange widerstehen und wesentliche militärische Verluste beibringen konnte.

Mit dem Beginn der osmanischen Herrschaft auf dem Balkan wurde der Grundstein für den Gegensatz zwischen Serben und Albanern gelegt. Diese waren dort neben den Bosniaken die einzige Volksgruppe, die massenhaft zum Islam übertrat. In ihrer Kernregion hatten sie sich Mitte des 15. Jahrhunderts unter ihrem Führer Skanderbeg wiederholt erfolglos gegen die Osmanen erhoben. In der Folge kam es zur Auswanderung von Albanern aus ihrer bergigen Ursprungsregion in den landwirtschaftlich ertragreicheren Kosovo, wo sie allerdings eine Minderheit blieben. Ohne die Perspektive eines weiteren Widerstandes machte dieser Minderheitenstatus sie zusammen mit ihrer Zugehörigkeit zum muslimischen – also herrschenden – Glauben zu idealen Stellvertretern des osmanischen Herrschaft über die serbische Bevölkerung, was sich für sie auch wirtschaftlich auszahlte. In der Folge militärischer Auseinandersetzungen zwischen osmanischem und habsburgischem Reich wurden dann im 17. Jahrhundert Serben aus dem Kosovo vertrieben, weil sie sich für den Feind engagiert hatten. Sie wurden von Wien als Wehrbauern an der damaligen habsburgischen Grenze zum osmanischen Reich angesiedelt. So wurde das

Bruttosozialprodukt durchschnittlich um 6,8% pro Jahr. Die Zahl der Beschäftigten konnte ein Wachstum von jährlich 5% verzeichnen. Deutlich wird die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung, wenn man sich die Wirtschaftskraft pro Beschäftigten anschaut: 1952 betrug sie im Kosovo noch 52.400 Dinar. 1970 waren es schon 124.100 Dinar. Während es nach dem Krieg 1945 keine asphaltierten Straßen und fast keine Stromversorgung im Kosovo gab, waren Ende der 80er Jahre alle Dörfer an die Stromversorgung angeschlossen und 1.500 km des Straßennetzes asphaltiert. Damit war die Lebenshaltung im Kosovo deutlich besser als im benachbarten Albanien.

Finanziert wurden die für die Industrialisierung und die Verbesserung der Infrastruktur notwendigen Investitionen zu einem beträchtlichen Teil aus einem Entwicklungsfonds, in den die wohlhabenderen jugoslawischen Republiken einzahlen mußten. Die Hälfte bis zwei Drittel der Gelder dieses Fonds gingen durchweg in den Kosovo. Selbst in den letzten Jahren des alten Jugoslawiens, also zwischen 1985 und 1990,

serbische Wort für Grenze zum Synonym für die Bewohner dieser Region, die Krajina-Serben. An ihrer Stelle wurden im Kosovo bewußt Albaner angesiedelt. Über Jahrhunderte verfestigte sich so der ethnische Gegensatz zwischen beiden Bevölkerungsgruppen.

Die Niederlage des osmanischen Reiches im Krieg gegen Rußland beendete 1878 die osmanische Balkanherrschaft. Mit der Unabhängigkeit der »christlichen« Balkanstaaten entstand mit der »Liga von Prizren« auch die Urzelle einer albanischen Nationalbewegung, die sich allerdings zumindest anfänglich auf die Vereinigung der albanischen Gebiete unter osmanischer Oberhoheit orientierte. Ihre Schwäche ließ eine völlige nationale Unabhängigkeit nicht zu; gleichzeitig hatte diese Haltung ihren Ursprung wohl auch in dem Grad ihrer Integration in den osmanischen Staat. Die Albaner sahen sich denn auch eher als Kriegsverlierer, da auch albanisches Siedlungsgebiet an die »christlich-orthodoxen« Staaten Serbien, Montenegro und Griechenland abgetreten werden mußte. Auch am Ende der Balkankriege 1912/13 war der albanische Nationalismus zu schwach, um eine Grenzziehung zu verhindern, die den damaligen Großmachtinteressen entsprach.

Durch den neugeschaffenen Staat Albanien sollte ein serbischer Zugang zum Mittelmeer verhindert werden. Als Ausgleich wurde der Kosovo Serbien einverleibt, um dessen Schutzmacht Rußland ruhigzustellen. Der Wiedererichtung der serbischen Herrschaft im Kosovo folgten massive Repressionen des albanischen Bevölkerungsteils. Diese Entwicklung hatte gravierende Konsequenzen für die Haltung der Kosovo-Albaner gegenüber der späteren faschistischen Besatzung.

Albanien – ohnehin von Italien weitgehend abhängig – war 1939 besetzt worden. Nach der Zerschlagung Jugoslawiens wurde es um den größten Teil des Kosovo zu einem »Großalbanien« erweitert. Im Gegensatz zur Bevölkerung Albanien, die die Okkupation auch als solche erlebten, empfanden die Kosovo-Albaner die Besatzung eher als Befreiung von serbischer Unterdrückung und kollaborierten mehrheitlich mit den Besatzern, die sie auch gegen die Ser-

ben bewaffneten. Der antifaschistische Widerstand hatte es demzufolge hier besonders schwer. Das galt in noch größerem Maße für die Kommunisten, die hier lange Zeit eine kleine isolierte Gruppe blieben. Als Nachkriegsperspektive vertraten sie die Vereinigung mit Albanien bei allerdings enger Verbindung mit Jugoslawien. Damit stellten sie sich gegen die Jugoslawische Befreiungsbewegung, die im November 1943 für den Kosovo den Status einer autonomen Region innerhalb Jugoslawiens festgeschrieben hatte.

Mit der Befreiung im November 1944 kam es im Kosovo zu einem antikommunistischen Aufstand, der sich ausdrücklich gegen die Wiedereingliederung in den jugoslawischen Staat richtete. Erst nach sechsmonatigen Kämpfen konnte die Eingliederung als autonome Region in die Republik Serbien durchgesetzt werden. Obwohl die jugoslawische Staatsführung unter Tito trotz dieses Aufstandes gegen Repressionsmaßnahmen mit antialbanischem Charakter eintrat, ließ sich nicht verhindern, daß der jugoslawische Sicherheitsapparat, der von den Serben (als den wesentlichen Trägern des Befreiungskampfes) dominiert wurde, den Kosovo-Albanern mit besonderem Mißtrauen begegnete.

In der Folge kam es dann auch zu antialbanischen Aktionen, die sich bis Mitte der 60er Jahre hinzogen und in deren Verlauf 80.000 Albaner zur Auswanderung in die Türkei gezwungen worden sein sollen. Weitere Maßnahmen waren Polizeiaktionen zur Einsammlung von Waffen, Prozesse gegen untere und mittlere kommunistische Kader sowie später z. B. auch gegen eine »Nationalbewegung für den Anschluß des Kosovo an Albanien«, deren Führer Adem Demaqi, heute führender Vertreter der UCK, zu langjähriger Haft verurteilt wurde.

Ab Mitte der 60er Jahre setzte sich dann mit dem Sturz des jugoslawischen Sicherheitschefs Rankovic eine Liberalisierung durch, die zur Rehabilitierung vieler Verurteilter führte, vor allem aber zur Folge hatte, daß der albanische Bevölkerungsteil Zugang zum Staats- und Parteiapparat bekam, und die mit dem 1969 erlassenen Regionalstatut dem Kosovo weitgehende Autonomie brachte. 20.4.99 ■

waren es in keinem Jahr nennenswert weniger als 40%. 1987 und 1990 lagen die Zahlungen sogar über 50%. Bosnien-Herzegowina, das nach dem Kosovo die meisten Gelder bekam, erhielt demgegenüber nur zwischen 20% und 30%.

Die wirtschaftlichen Zuwendungen, die von anderen Teilrepubliken in den Kosovo flossen, wurden zum Teil durch die Lieferung billiger Rohstoffe aus dem Kosovo ausgeglichen, von der die reicheren Landesteile profitierten. Dennoch blieb per Saldo ein deutlicher Zustrom an finanziellen Mitteln bestehen. Seine Wirkung auf den Lebensstandard wurde durch die sehr hohe Geburtenrate im Kosovo, die nicht nur weit über dem jugoslawischen Durchschnitt lag, sondern auch die höchste in Europa sein soll, allerdings in starkem Maße neutralisiert. Allein zwischen 1971 und 1981 wuchs die Bevölkerung des Kosovo um 27,4% verglichen mit nur 8,9% im gesamtjugoslawischen Durchschnitt. 1980 wies das Kosovo dementsprechend eine Bevölkerungsdichte von 128 Einwohnern pro km² auf, verglichen mit nur 87,6 Einwohnern pro km² in ganz Jugoslawien. Das Pro-Kopf-Ein-

kommen stieg bis zum Beginn der Wirtschaftskrise zwar stetig, es blieb jedoch immer weiter hinter dem der entwickelten Teile Jugoslawiens zurück. Laut Weltbankberechnungen erreichte der Kosovo pro Kopf 1953 noch 42% des Wohlstands der entwickelten Gebiete Jugoslawiens; 1971 waren es nur noch 28%. Zwischen 1971 und 1989 kam es dann zu einer noch schnelleren Vertiefung der Kluft. Während Slowenien und Kroatien um ein Drittel bis zwei Drittel zulegten, mußte der Kosovo eine Verschlechterung um über zwei Drittel hinnehmen. Die starke Bevölkerungszunahme verschärfte das Problem der Arbeitslosigkeit vor allem seit Beginn der wirtschaftlichen Krise. Die Zahl der Arbeitsplätze konnte mit der der Arbeitsplatzsuchenden nicht mehr Schritt halten. Eine große Anzahl gut ausgebildeter Menschen hatte keine Chance mehr, eine adäquate Beschäftigung bzw. überhaupt eine Beschäftigung zu finden.

Die wesentliche Folge der wirtschaftlichen Verschlechterung war eine starke Zunahme nationalistischer Bestrebungen. Obwohl der Kosovo von der Existenz Jugoslawiens ganz

Vom »Aktivierungs-« zum »Angriffsbefehl«

12/13. Oktober 1998 Slobodan Milosevic und US-Vermittler Richard Holbrooke kommen zu einem Agreement, wonach die serbischen Truppen unter internationaler Kontrolle aus dem Kosovo zurückgezogen und dort zugleich 2000 OSZE-Inspektoren stationiert werden sollen. Parallel dazu gibt der NATO Rat die Activation Order für begrenzte Luftschläge. 48 Stunden später stimmt Belgrad NATO-Überwachungsflügen über dem Kosovo zu.

16. Oktober Mit 500 Ja-Stimmen, 62 Gegenstimmen, 18 Enthaltungen beschließt der Bundestag, der NATO 14 Tornado-Kampfflugzeuge und 500 Mann Bodentruppen der Bundeswehr für mögliche Militäroperationen zur Verfügung zu stellen.

27. Oktober Trotz eines weitgehenden Abzugs serbischer Truppen aus dem Kosovo gilt der NATO Einsatzbefehl weiter – etwa 400 Flugzeuge der Allianz werden auf Luftschläge vorbereitet

5. November Der NATO-Rat beschließt die Rekrutierung einer Schnellen Eingreiftruppe zum Schutz der OSZE-Mission im Kosovo: Stärke 1.800 Mann. Sie soll in Mazedonien stationiert werden und im Konfliktfall notfalls innerhalb von sechs Stunden die Krisenprovinz erreichen. Beteiligen wollen sich sechs NATO-Staaten, darunter Deutschland. Dieses Korps wird später auf 3.000 Mann aufgestockt.

November/Dezember Die UCK¹⁾ versucht in Stellungen nachzurücken, die von der jugoslawischen Armee geräumt wurden, Mitte Dezember beginnen jugoslawische Polizei- und Militäreinheiten daraufhin erneut mit einer Offensive gegen die UCK im Raum Pristina und in der Region um Drenica. Die OSZE-Beobachter geraten zwischen die Fronten.

3. Dezember Das jugoslawische Parlament erklärt, eine Abspaltung von »Kosovo und Metohija« sei nicht zu akzeptieren. Die Bundesrepublik Jugoslawien werde »ihre Souveränität und territoriale Integrität um jeden Preis verteidigen«.

10. Dezember Die kosovo-albanische Seite lehnt einen Friedensplan des US-Sonderbotschafters Holbrooke ab, der auf eine weitgehende Autonomie des Kosovo – jedoch keine staatliche Trennung von Jugoslawien – hinausläuft

12. Dezember Sechs junge Serben werden bei einem Überfall Maskierter auf eine Bar in Pec erschossen, fünf Tage später entführen UCK-Angehörige den Vizebürgermeister von Polje. Seine Leiche wird einen Tag danach in einem Straßengraben gefunden, in Pristina werden zwei serbische Polizisten von Unbekannten erschossen.

31. Dezember 1998 In der Neuen Zürcher Zeitung schreibt Lothar Rühl, ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium: »Eine faktische, wenn auch indirekte Unterstützung einer kosovo-albanischen Sezession von Jugoslawien hinter der Fassade eines „peacekeeping“ oder „Wiederherstellung des Friedens“ durch die Allianz würde der erklärten Politik der NATO- und EU-Partner zuwiderlaufen. Sie würde gegen das Völkerrecht verstoßen und die OSZE wie die UNO im kritischen Moment der NATO-Erweiterung desavouieren und lähmen. Sie würde außerdem das Verhältnis zu Rußland weiter belasten.«

13./14. Januar 1999 Norwegens Außenminister Vollebaek vermittelt als amtierender OSZE-Vorsitzender die Freilassung von acht, durch die UCK gefangen gehaltenen jugoslawischen Soldaten im Gegenzug werden neun UCK-Angehörige freigelassen. Vor dem Parlament in Rom erklärt Außenminister Dini, die Unterstützung der UCK durch die albanische Regierung unterlaufe alle diplomatischen Schritte zu einer friedlichen Lösung.

15. Januar In der Nähe der Gemeinde Racak werden die Leichen von 40 Kosovo-Albanern entdeckt. Die UCK spricht von einem Massaker der jugoslawischen Polizei - die wiederum erklärt, es handele sich UCK-Kämpfer, die im Gefecht erschossen wurden. Eine von der EU Beauftragte finnische Untersuchungskommission erklärt nach ihren Recherchen am 17. März, mehr als die Hälfte der Opfer sei »von Kugeln im Genick und Kopfbereich getroffen« worden. Es handle sich »um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit«. Gleichzeitig widerspricht die Leiterin der Kommission, Helena

unzweifelhaft erheblich profitiert hatte, wuchs mit dem Rückgang des Lebensstandards trotzdem das Gefühl, von der Zentralregierung und vor allem von den Serben benachteiligt zu werden. Dieses Gefühl ist nur auf dem Hintergrund der historischen Entwicklung in dieser Region zu verstehen (siehe Kasten: Zur Vorgeschichte der serbisch-albanischen Auseinandersetzungen). Der Konflikt zwischen Serben und Albanern um das Gebiet des Kosovo existiert schon seit langer Zeit. Das Kosovo war seit dem 11. Jahrhundert zentrales Siedlungsgebiet der Serben. Das änderte sich auch nach der Eroberung durch die Türken nur allmählich. Unter deren Herrschaft siedelten sich erst seit dem 18. Jhd. zunehmend Albaner dort an, während die Serben mehr und mehr nach Norden verdrängt wurden. Die moslemisch gewordenen Albaner wollten Ende des letzten Jahrhunderts im Gegensatz zu den christlichen Serben denn auch keine Abspaltung vom osmanischen Reich. Nach der Gründung Serbiens bildeten sie dann im neuen serbischen Staat wie auch im Zwi-

schenkriegsjugoslawien eine ethnische wie religiöse Minderheit, die spürbar unter Repressionen zu leiden hatte. Aufgrund dieser Erfahrung arbeiteten viele Kosovo-Albaner (im Unterschied übrigens zu den Albanern in Albanien, die Widerstand leisteten, weil sie aufgrund ihrer vorhergehenden Selbständigkeit die Italiener als Besatzungsmacht empfanden) im 2. Weltkrieg mit der deutschen und der italienischen Besatzungsmacht zusammen, um es den Serben »heimzuzahlen«. Die von Albanern gebildete SS-Division Skanderbeg verübte massive Verbrechen an der serbischen Bevölkerung. Nach 1945 kam es dann zu Vergeltungsaktionen der Serben.

Erst durch die umfangreiche Wirtschaftshilfe seitens der jugoslawischen Zentralregierung, vor allem aber durch die von Tito 1974 verkündete Autonomie konnte dieser Konflikt spürbar entschärft werden. Die autonome Region Kosovo innerhalb der Republik Serbien erhielt auf den Gebieten Wirtschaft, Justiz und Verwaltung Autonomierechte, die sie

Ranta, einem Bericht der Washington Post, wonach die Untersuchungsergebnisse ein Massaker bewiesen.

18. Januar Die Belgrader Regierung verweist den Chef der OSZE-Mission, William Walker des Landes – zieht diese Entscheidung dann aber unter dem Druck der Kontaktgruppe (USA, Rußland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland) wieder zurück.

29. Januar 1999 Die Kontaktgruppe fordert Jugoslawien und die Kosovo-Albaner ultimativ zu Friedensgesprächen nach dem Vorbild der »Konferenz von Dayton« auf und legt einen »Zehn-Punkte-Plan« vor, bei dem militärische Aspekte ausgeklammert bleiben. Das Dokument beinhaltet folgende Elemente:

- sofortiger Waffenstillstand;
- Verifizierung durch eine OSZE-Mission;
- friedliche Lösung des Konflikts;
- für drei Jahre Etablierung eines Interim-Status für das Kosovo auf der Basis einer weitgehenden Autonomie, bevor eine endgültige Lösung vereinbart wird;
- Erhalt der Integrität Jugoslawiens;
- freie und faire Wahlen unter QSZE Aufsicht
- Aufbau demokratisch repräsentativer Institutionen im Kosovo;
- Amnestie für politische Gefangene;
- Straffreiheit für Taten im Zusammenhang mit dem Konflikt – ausgenommen sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit;
- Anpassung der Gesetze der Bundesrepublik Jugoslawiens an den neuen Rechtsrahmen Kosovos.

6. Februar Beginn der Kosovo-Konferenz von Rambouillet – den Vorsitz führen die Außenminister Großbritanniens und Frankreichs.

18. Februar Rußland erklärt, es sei »unter bestimmten Bedingungen« bereit, in das Kosovo Bodentruppen (nach dem SFOR-Modell) zu entsenden.

23. Februar Die Verhandlungen in Rambouillet werden vertagt. Serbiens Präsident Milutinovic erklärt, Jugoslawien sei zur Unterschrift unter ein Autonomieabkommen auf der

Basis des Zehn-Punkte-Plans der Kontaktgruppe bereit – »eine Stationierung von NATO-Einheiten oder anderen ausländischen Militärs auf jugoslawischem Territorium« werde aber abgelehnt. Trotz des Drucks von US-Außenministerin Albright verweigert auch die kosovo-albanische Delegation dem vorliegenden Vertragsentwurf ihre Zustimmung.

15. März Bei Wiederaufnahme der Friedenskonferenz – diesmal in Paris – unterschreibt die albanische Seite einen vorliegenden Vertragstext; während die jugoslawische Delegation ablehnt. Sie begründet dies mit der vorgesehenen Stationierung von NATO-Truppen, die in einer Stärke von 28.000 Mann die Einhaltung des Vertrages überwachen sollen, sowie mit Änderungen des Vertragstextes, die es nach Rambouillet I geben hat. So soll es im Kosovo unter anderem nur noch eine symbolische Präsenz jugoslawischer Sicherheitskräfte geben, die UCK nur teilweise entwaffnet werden (Abgabe schwerer, nicht von Handfeuerwaffen) und nach drei Jahren im Kosovo »ein Mechanismus für eine endgültige Regelung auf der Grundlage des Volkswillens« gefunden werden, was die jugoslawische Seite als Option auf ein von ihr abgelehntes Referendum deutet. Der Vertragstext besagt gleichzeitig, daß Veränderungen im Status der Provinz Kosovo – also auch Grenzkorrekturen – nur in Übereinstimmung mit den Nachbarstaaten vorgenommen werden dürfen.

Über den Annex B ist nicht (mehr) verhandelt worden. Er wurde jedoch von den Kosovo-Albanern unterzeichnet. Danach hätten sich NATO-Truppen in ganz Jugoslawien, etwa entlang der Nachschublinien vom Bündnismitglied Ungarn nach Kosovo, frei bewegen können (Artikel 8), und sie wären von allen rechtlichen Verfahren ausgenommen (Artikel 6), unterlägen also nicht der jugoslawischen Justiz.

22./23. März Bei Verhandlungen in Belgrad überbringt Richard Holbrooke eine »letzte Warnung«, die jedoch zu keiner veränderten Position der jugoslawischen Seite führt. NATO-Generalsekretär Solana erklärt die Gespräche für gescheitert.

24. März Die NATO beginnt mit ihren Luftangriffen auf Jugoslawien. Entnommen aus »Freitag« vom 2. 4. 99 ■

*)UCK- Ushtria Clirimtare e Kosoves

einer Republik weitgehend gleichstellten. Ging es um die Wahl des gesamtjugoslawischen Präsidenten oder des Parteichefs kam entsprechend dem üblichen Rotationsverfahren nach einer bestimmten Zeit immer auch ein Kosovare auf diesen Posten. Das einzige, was den Kosovo juristisch noch von Republiken wie Slowenien oder Serbien unterschied, war die Tatsache, daß in den Verfassungen jener Teilrepubliken ausdrücklich das Recht verankert war, den Bund zur Gesamtrepublik auflösen zu können. Dieses Recht hatte der Kosovo nicht.

Bis zur Aufhebung des Autonomie-Statuts durch das serbische Parlament blieb die politische Lage im Kosovo trotz zunehmender nationalistischer Regungen relativ ruhig. Die 1945 noch fast die Hälfte der Bevölkerung stellenden Serben, Montenegriener und Mazedonier verließen aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen zu über 50% das Kosovo, so daß die Kosovo-Albaner schließlich knapp 90% der Bevölkerung stellten. Nur zweimal, 1968 und 1981, kam es zu große-

ren Konflikten. Handelte es sich 1968 noch um Nachwehen der Nachkriegsära, so war für die Demonstrationen an der Universität von Pristina 1981 vor allem die unbefriedigende Lage der akademischen Intelligenz ausschlaggebend. Der schnelle Ausbau und die umfassende »Albanisierung« des Bildungssystems, die Konzentration der albanischen Studierenden auf geisteswissenschaftliche Fächer und die mit dem starken Bevölkerungswachstum zusammenhängende Kluft zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitsplätzen sorgte für zunehmende Unruhe unter den Studierenden. Die Anzahl der Studierenden an der Universität von Pristina lag 1981 bei 47.000, die Zahl der Arbeitsplätze im gesellschaftlichen Sektor, also außerhalb von privater Landwirtschaft, Handwerk und Handel, mit 183.000 nur knapp viermal so hoch. Auf 1.000 Einwohner kamen im Kosovo damals nur 107 Arbeitsplätze, verglichen mit 253 im jugoslawischen Durchschnitt.

Die schlechten Berufsaussichten gerade für Geisteswissenschaftler führten maßgeblich zu den Unruhen, die trotz

Das Racak-Massaker »passte«:

Der Krieg der USA gegen Vietnam trat 1964 in die entscheidende Phase, als die USA Bodentruppen schickten und Nordvietnam bombardierten. Bis dahin waren die USA lediglich »inoffiziell« am Bürgerkrieg beteiligt. Um aber diese Steigerung gegenüber der amerikanischen Öffentlichkeit und dem Kongress durchzusetzen, bedurfte es einer Rechtfertigung. Diese lieferte dann der sogenannte »Tonking-Zwischenfall«.

Angeblich sollen nordvietnamesische Patrouillenboote ein amerikanisches Kriegsschiff im Golf von Tonking vor der vietnamesischen Küste beschossen haben. Heute weiß man, dass dieser Zwischenfall eine amerikanische Provokation war. Aber er genügte damals, um im Kongress eine Resolution durchzubringen, mit der die US-Regierung die Vollmacht erlangte, gegen Vietnam neun Jahre einen totalen Krieg zu führen, Kambodscha zu verwüsten und Laos zu bombardieren.

Die »International Herald Tribune« berichtet nun am 19.4.1999 über das parallele Ereignis im jetzigen Krieg gegen Jugoslawien. Schon im März 1998 war im US-Außenministerium klar, dass man einen Krieg gegen Jugoslawien führen müsse. Das Problem war aber, wie man die eigene Regierung, den Kongress, die Öffentlichkeit und auch die NATO-Verbündeten überzeugt. Im Herbst 1998 war es immerhin schon gelungen, der NATO einen Einsatzbefehl zur Bombardierung Jugoslawiens zu erteilen, wenn die Belgrader Regierung sich nicht einverstanden erklären würde, ihre Armee aus dem Kosovo abzuziehen und eine OSZE-Beobachtertruppe zuzulas-

sen. Das war aber nur ein Teilerfolg. Noch hatte man den Krieg nicht.

Die »International Herald Tribune« berichtet nun, dass am 15. Januar ein Treffen im Weißen Haus stattfand im engsten außenpolitischen Beraterkreis um Präsident Clinton. Außenministerin Albright wollte eine US- und Nato-Intervention im Kosovo. Aber sie kam nicht durch.

Einen Tag später, am 16. Januar, wurde das »Racak-Massaker« entdeckt und breit in den internationalen Medien bekanntgemacht. (In dem Dorf Racak waren nach einem Gefecht zwischen UCK und jugoslawischer Armee am Dorfrand über 40 Leichen von Albanern gefunden worden, schön aufgereiht für die internationalen Beobachter. Natürlich wurden diese Toten sofort den »Serben« in die Schuhe geschoben, die Untersuchungsberichte sind bis heute unklar oder werden nicht veröffentlicht.)

Drei Tage später, am 19. Januar, tagte im Weißen Haus derselbe Kreis und diesmal »stieß Mrs. Albright eine offene Tür auf«: Der Beschluss, das Kosovo-Problem militärisch zu lösen, wurde gefasst. »Innerhalb von zwei Tagen besprach Clinton telefonisch den Plan mit Blair« und »am 30. Januar stimmten die NATO-Minister dem zweiten 'Aktivierungsbefehl' des Bündnisses zu, um den Krieg vorzubereiten«. Die Pariser Verhandlungen danach waren keine Verhandlungen mehr, sondern Kapitulationsgespräche, denn »die Grundlagen waren nicht verhandelbar, inklusive einer NATO-Truppe, um die Abmachungen durchzusetzen.«

»Kein Geheimnis ist so groß wie das, in dem Kriege geboren werden.« (Lenin) ■

ihrer weitgehenden Isolierung von der restlichen Bevölkerung mit massivem Polizeieinsatz niedergeschlagen wurden und mit der Verhaftung Tausender von Protestierenden nicht nur ein Konfliktpotential für die Zukunft schufen, sondern auch den organisatorischen Kern der heutigen UCK legten.

Die Verschärfung des Konflikts im Kosovo

Im März 1989 wurde die unter Tito geltende Autonomie des Kosovo de facto abgeschafft. Seit dem 5. Juli 1990 wird der Kosovo von Belgrad aus sogar zwangsverwaltet. Dieses Vorgehen Serbiens war die unmittelbare Reaktion auf die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo durch die führenden politischen Vertreter der dortigen Bevölkerung. Ein entsprechendes Unabhängigkeits-Referendum wurde allerdings erst im September 1991 durchgeführt.

Über mehrere Jahre hinweg sah sich die Mehrheit der Kosovo-Bevölkerung durch die ‚Demokratische Liga Kosovo‘ (LDK) repräsentiert, an deren Spitze der Schriftsteller Ibrahim Rugova steht, der 1992 und am 22. März 1998 jeweils in Wahlen, welche die Serben nicht behinderten, zum Präsidenten der sogenannten ‚Republik Kosovo‘ gewählt wurde. International anerkannt wurde diese Republik jedoch nicht. Die Rugova-Partei setzte ausdrücklich auf den Weg des gewaltlosen Widerstandes. Die Opposition gegen die serbische Zentralregierung hatte drei Ziele: Veränderung der politischen Strukturen, was sie selbst als ‚Demokratisierung‘

bezeichnete; Schaffung einer Marktwirtschaft im westlichen Sinne; Vereinigung mit dem albanischen Mutterland.

Die Rugova-Bewegung baute praktisch einen Parallel-Staat auf: Die Kosovo-Albaner schickten ihre Kinder nicht mehr in die jugoslawischen Schulen, sondern errichteten eigene. Das gleiche galt für die Krankenhäuser. Seit Mitte der 90er Jahre radikalisierte sich die kosovo-albanische Nationalbewegung dann zunehmend. Zum einen wurde die wirtschaftliche Lage immer bedrückender. Die Industrieproduktion ging bereits in den Jahren 1988 bis 1994 um durchschnittlich 17,5% zurück. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre sank sie dann so weit, daß in jenem Zeitraum durchgängig eine Arbeitslosenrate von 70% gemessen wurde. Zum anderen erwies sich der Weg des gewaltlosen Widerstandes in den Augen vieler Kosovo-Albaner als fruchtlos. Beim Dayton-Abkommen war eine Regelung für den Kosovo nicht vorgesehen. Der Westen brauchte die Milosevic-Führung damals noch, um die Regelungen im übrigen Jugoslawien durchsetzen zu können und hatte damals auch kein Interesse an einer weiteren Veränderung des territorialen Status quo auf dem Balkan.

Die drastische Verschärfung des Kosovo-Konflikts in den beiden letzten Jahren geht Hand in Hand mit dem Aufstieg der UCK (Ushtria Clirimtare e Kosoves/Befreiungsarmee des Kosovo). Entstanden 1993 durch den Zusammenschluß verschiedener Vorläuferorganisationen war die UCK lange Zeit



»PROPAGANDA«-FOTOS
AUS DEM JUGOSLAWISCHEN
FERNSEHEN

nur propagandistisch tätig. Mit dem Dayton-Abkommen von Ende 1995 änderte sich das. Aus Sicht vieler UCK'ler wurden Serbien in Dayton Zugeständnisse gemacht, während der Kosovo im Abkommen nicht einmal erwähnt wurde. Gewalt schien daher das einzige Mittel zu sein, um sich Gehör zu verschaffen. Diese Sichtweise fand bei einer wachsenden Zahl von Kosovo-Albanern Zustimmung, was den Zulauf zur UCK erhöhte. Zwischen Frühjahr 1996 und Frühjahr 1998 verübte die UCK bereits ca. 50 Anschläge auf serbische Polizisten und Funktionäre. 1998 eskalierte der Konflikt dann im Zusammenhang mit Entwicklungen in Albanien. Anfang 1997 brach dort ein pyramidenartiges Finanzsystem zusammen, was für einen Großteil der albanischen Bevölkerung eine umfassende Verarmung zur Folge hatte. Daraus resultierten bürgerkriegsähnliche Unruhen, bei der viele Kasernen geplündert wurden, wesentliche Quelle der Ursprungsbewaffnung der UCK. Insgesamt sollen mind. 100.000 leichte

Waffen bis Anfang des letzten Jahres die Grenze gewechselt haben.

Die serbische Regierung begann daraufhin Ende Februar/Anfang März 1998 – zunächst noch vorwiegend mit Polizeikräften – eine Offensive gegen die UCK. Einen durchgreifenden Erfolg konnte Serbien jedoch nicht erreichen, was nicht zuletzt auch daran lag, daß das westliche Ausland immer wieder eine Mäßigung der Serben einforderte, zugleich jedoch hinnahm, wenn der UCK aus dem albanischen Exil Gelder und Waffen zuflossen. Mitte letzten Jahres war die Zahl der Aufständischen dann bereits auf 50.000 angewachsen. Ende Juni 1998 kontrollierte die UCK bereits ein Drittel des Kosovo. Die Kämpfe hatten den Charakter eines Volksaufstandes angenommen. Damals drängten die USA und die westliche Kontraktgruppe darauf, daß sich die UCK mit den gemäßigten Rugova-Leuten zusammensetzen und versuchen sollte, mit der Belgrader Führung einen Kompromiß auszuhandeln. Die UCK lehnte das ab, ja forderte sogar ausdrücklich die Schaffung eines Großalbanien.

Da die Erreichung dieses Zieles nur militärisch durchsetzbar ist, setzte die UCK auf die Forcierung des Konfliktes. Im Sommer letzten Jahres startete sie eine größere Offensive. Die UCK'ler gaben die bis dahin verfolgte Guerillataktik auf und versuchten sich in offenen Feldschlachten, was sich, da sie dazu zu schwach waren, auf der Stelle rächen sollte. Die Serben setzten zu einer massiven Gegenoffensive an und besiegten schließlich einen Großteil der damaligen UCK-Verbände. Die UCK konnte aber nicht völlig zerschlagen werden, weil sie in Nordalbanien ein Rückzugsgebiet besaß und noch besitzt, das von Serbien nicht erobert werden kann, und es ihr nach ihren Anfangserfolgen gelungen war, vom Rugova-Parlament als offizielle Armee der Kosovo-Albaner anerkannt zu werden, was eine immense politische Aufwertung darstellte.

Serbien wollte das Problem dennoch endgültig lösen. Schnell schaukelte sich der Konflikt deshalb hoch, so daß seit Mitte September der Westen mit einem Luftschlag drohte. Die Belgrader Milosevic-Führung mußte dann im Oktober aufgrund des Holbrooke-Abkommens die Zulassung von rund 2.000 OSZE-Beobachtern im Kosovo sowie den Rückzug der serbischen Einheiten akzeptieren (näheres zum Abkommen in der »Chronologie des Kosovo-Konflikts seit Oktober 1998«, Seite 6). Damit bekam die UCK eine Atempause, die sie nutzen sollte. Schon Ende Oktober begann sie in die Gebiete, die sie zuvor hatte räumen müssen, wieder einzusickern. Bis Anfang 1999 hatte sie erneut einen Großteil der ländlichen Gebiete unter Kontrolle. Sie versuchte allerdings nicht mehr, die Serben soweit aus zentralen Positionen (wie den Städten) zu verdrängen, um dann »befreite Gebiete« zu bilden. In der Winterpause hatte sich zudem die Bewaffnung der UCK deutlich verbessert: Im Sommer war sie vor-

Zitate, Zitate...

»Die Serben waren immer Unruhestifter. Wir müssen sie jetzt zur Strecke bringen. Der Balkan darf nicht mehr Pulverfaß Europas bleiben. Auch Rußland darf hier nicht wieder wie vor dem Weltkrieg hineinfingern. Wien ist an diese Dinge mit der alten, guten Diplomatie herangegangen. Wir müssen hier machtmäßig Ordnung schaffen. Das geschieht jetzt.(...) Ich lese viel Material über Serbien, Land, Leute, Geschichte. Ein tolles Land! Und ein noch tollereres Volk. Aber wir werden damit fertig werden« Joseph Goebbels, 8.4.1941 (Tagebücher)

»Wir müssen Serbien in die Knie zwingen!«
Bundesaußenminister Dietrich Genscher, 24.5.1992

»Für uns ist Serbien wichtiger als Einsätze in anderen Kontinenten.«
Wolfgang Schäuble, April 1994

»Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt (...) Wenn die internationale Rechtsordnung gebrochen wird oder der Frieden gefährdet ist, muß Deutschland auf Anforderung der Völkergemeinschaft auch militärische Solidarbeiträge leisten können. Qualität und Quantität der Beiträge bestimmen den politischen Handlungsspielraum Deutschlands und das Gewicht, mit dem die deutschen Interessen international zur Geltung gebracht werden können.«

Die Neudefinition der
»vitalen Sicherheitsinteressen« Deutschlands,
in den Verteidigungspolitischen Richtlinien
der Bundesregierung von 1993



wiegend mit leichten Waffen ausgerüstet, nun verfügte sie über panzerbrechende Waffen und die Luftabwehrrakete Stinger.

Die Rolle der NATO

Der Zerfall Jugoslawiens und die weitere Entwicklung (bis hin zur Bombardierung durch die NATO) sind stets massiv von der NATO oder ihren wichtigen Mitgliedsländern beeinflusst worden. An führender Stelle war dabei zunächst die Bundesrepublik Deutschland aktiv. Das begann schon in den 70er und 80er Jahren mit Planspielen des BND (zuletzt unter dem späteren Außenminister Kinkel), in denen die Nutzung ethnischer Rivalitäten zur Aufteilung Jugoslawiens durchgespielt wurde. Praktisch wurde es dann Ende der 80er Jahre mit der tatkräftigen Unterstützung des »wiedervereinigten« Deutschlands für die Unabhängigkeitsbestrebungen Sloweniens und Kroatiens. Während das deutsche Vorgehen in Jugoslawien zu diesem Zeitpunkt von Frankreich und Großbritannien noch deutlich kritisiert wurde (ging es doch in erster Linie um eine Verbesserung der deutschen Position auf dem Balkan auf Kosten des von Frankreich und Großbritannien traditionell unterstützten Serbiens) und die USA sich eher abwartend verhielten, weil der bevorstehende Zerfall der Sowjetunion mit den daraus zu erwartenden Konflikten ihr ganzes Interesse beanspruchte, änderte sich das Bild seit der Auflösung Jugoslawiens dann mehr und mehr.

Es war nun zunehmend weniger die deutsche Regierung, die die Entwicklung vorantrieb, sondern immer stärker die US-Administration, allerdings zumeist mit deutlicher Unterstützung Deutschlands. Bei den Auseinandersetzungen zwischen Kroatien und Serbien lieferte die Bundesrepublik zwar massiv Waffen an Kroatien, die NATO-Aktionen dominierten aber die USA. Sie drängten im Juni 1995 auf die Bildung einer »Schnellen Eingreiftruppe« der NATO, deren Entsendung nach Bosnien-Herzegowina im selben Monat dann bei Stimmenthaltung Rußlands und Chinas im UN-Sicherheitsrat beschlossen wurde.

Zwar noch mit UN-Mandat, aber schon unter völliger Ausschaltung des UN-Beauftragten Akashi wurden die militärischen Angriffe auf die bosnischen Serben geplant und vorgetragen. Die Bombardierung von serbischen Stellungen bei Sarajewo und anderswo wurde ausschließlich entlang der militärischen Befehlsstränge der NATO geplant und durchgeführt. Die (heute immer wieder als Beleg für die Erfolgsaussichten von Luftangriffen angeführte) Beendigung des Bosnien-Kriegs wurde allerdings im wesentlichen durch die erfolgreiche Offensive der vom Westen hochgerüsteten kroatischen Armee gegen die bosnischen Serben erreicht.



Nachdem bis zu diesem Zeitpunkt schon ungefähr 200.000 Serben aus der Krajina, ihrem Siedlungsgebiet seit Jahrhunderten, vertrieben worden waren, mußten nun innerhalb weniger Wochen noch einmal ca. 250.000 fliehen. Diese Flüchtlingswelle wurde von den deutschen Medien systematisch heruntergespielt. Sie erregte die westliche Öffentlichkeit damals nicht und ist heute so gut wie vergessen. Von Völkermord, Deportation oder »humanitärer Katastrophe« war in diesem Zusammenhang nie die Rede.

Die Änderung in der Haltung der USA hatte zwei Ursachen, die wir damals wie folgt kommentierten: *»Zum einen gibt das ‚Versagen‘ der UN in Bosnien den USA die Gelegenheit, bei wichtigen Konflikten mittels der NATO das Heft wieder stärker in die eigene Hand zu nehmen. Nachdem sich die Hoffnungen, die UN problemlos als Mittel zur Sicherung des sog. ‚neuen Weltordnung‘ einsetzen zu können, zerschlagen haben, hat man sich auf seiten der USA wie auch der anderen führenden westlichen Staaten wieder auf die traditionellen Kräfte wie vor allem die NATO als Instrument zur Durchsetzung der eigenen Interessen besonnen... Die UN sollen nur noch das offizielle Mäntelchen abgeben, die wirklichen Entscheidungen will man sich selbst vorbehalten...«*

Der zweite und letztlich entscheidende Grund für die veränderte Politik der USA wie auch die verschärfte Gangart des Westens insgesamt ist die Entwicklung des Verhältnisses zu Rußland. Die Weigerung Rußlands, die ihm vom Westen anfänglich zugedachte Rolle zu spielen, hat nicht nur das Klima zunehmend frostiger gestaltet, sondern den Westen auch dazu bewogen, die eigenen Interessen in den wesentlichen Punkten mit weniger Rücksichtnahme auf die Vorbehalte Rußlands als noch vor zwei, drei Jahren zu verfolgen.« (Arbeiterpolitik 4/1995)

Die hier skizzierte Entwicklung hat sich seither ungebrochen fortgesetzt. Die NATO-Osterweiterung ist ungeachtet der massiven Proteste Rußlands durchgesetzt worden, und beim jetzigen Angriff auf Jugoslawien hat man seitens der NATO von vornherein auf die Legitimation durch einen UN-Beschluß verzichtet, weil er angesichts der Position Rußlands und Chinas nicht zu bekommen war, der russischen



Regierung also bewußt vor den Kopf gestoßen.

Entscheidend für die Verschärfung des Kurses waren die USA. Sie wollen die NATO zu einer universal einsetzbaren Eingreiftruppe umgestalten, und zwar in erster Linie mit Blick auf die Situation in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und im Nahen Osten. Sie nutzen den Kosovo-Konflikt dazu, dieses Ziel gegenüber den noch zögerlichen europäischen Verbündeten durchzusetzen. Wie nicht nur der erst nachträglich bekannt gewordene Annex B der Vertragstextes zeigt, war das Abkommen von Rambouillet deshalb von vornherein darauf ausgelegt, Serbien als alleinigen Störfaktor präsentieren zu können und so den geplanten Angriff vor der westlichen Öffentlichkeit legitimieren zu können (s. dazu die Chronologie des Kosovo-Konflikts).

Außerdem bietet ein solches Vorgehen den USA den Vorteil, mittels der NATO ihren Fuß auf europäischem Boden zu behalten. Dieser Aspekt gewinnt angesichts der Einführung des Euro und der damit langfristig drohenden Konkurrenz durch eine auch politisch einheitlicher agierende EU zunehmend an Bedeutung. Wie das Verhalten der meisten europäischen Staaten beim Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern oder im 2. Golfkrieg gezeigt hat, droht den USA in Zukunft eine stärker an den eigenen Interessen ausgerichtete eigenständige europäische Außenpolitik. Das möglichst weitgehend zu verhindern oder zumindest zu kontrollieren, ist für die USA von großer Bedeutung. Diese auf den Kosovo-Konflikt bauende Strategie der USA hatte die Adenauer-Stiftung nach Angaben der Berliner Zeitung bereits 1998 prognostiziert.

Es ist nun bereits Realität, was eigentlich erst bei der Jubiläumstagung der NATO Ende April diesen Jahres beschlossen werden sollte: Die NATO hat ihr Statut de facto bereits dahingehend geändert, daß sie aus einem Verteidigungsbündnis mit klar abgegrenztem Einsatzgebiet zu einer weltweit einsetzbaren Militärmacht wird. Außerdem ist die Bindung an ein UN-Mandat zugunsten einer Selbstmandatierung abgeschafft worden. Was sich bei den nur noch notdürftig durch UN-Mandat abgedeckten Luftangriffen auf den Irak seit Ende 1998 schon abzeichnete, ist jetzt endgültig realisiert. Die NATO erteilt sich ihre Aufträge zum Einsatz in aller Welt selbst. Der UN ist nur noch eine Nebenrolle zugeordnet, die sie, wie die letzten, deutlich an die NATO-Forderungen angelehnten Äußerungen von UN-Generalsekretär Kofi Annan zeigen, in ihrer Spitze auch akzeptiert.

Die NATO wird nun überall dort eingreifen, wo ihrer Meinung nach ihre Interessen oder die eines ihrer Mitglieder auf dem Spiele stehen. Das richtet sich vor allem gegen Rußland, das militärisch immer noch eine Großmacht ist, und z.T. auch China sowie alle sog. »Schurkenstaaten«, d.h. alle Länder (wie derzeit z.B. Libyen, den Irak oder den Sudan), die sich der westlichen Politik in der ein oder anderen Weise widersetzen. Ihnen wird am Beispiel Jugoslawiens demonstriert, was es bedeutet, sich den Interessen der USA und der NATO entgegenzustellen. Daher kann die NATO, je länger der Konflikt dauert, um so schwerer einem Kompromiß zustimmen, der für sie einen (auch nur teilweisen) Gesichtverlust beinhaltet. Wenn hinsichtlich aller potentiellen Gegner die geplante abschreckende Wirkung erreicht werden soll, darf Jugoslawien mit seinem Widerstand nicht erfolgreich sein, dies die konsequente Logik des NATO-Einsatzes. Die Zerstörung der jugoslawischen Wirtschaft wird daher immer weiter vorangetrieben, so daß das Land nach dem Krieg für lange Zeit ökonomisch nicht mehr auf eigenen Beinen stehen kann, also von Hilfe (vor allem seitens des Westens) abhängig ist. Außerdem liegt in dieser Logik letztlich der Ein-

Wiederholbare Feststellung

Wenn ein großes Land ein kleines Land überfällt ist es Mord

Wenn ein großes Land ein kleines Land überfällt im Namen der Freiheit ist es Mord und das große Land schändet den Namen der Freiheit

Wenn ein großes Land ein kleines Land überfällt im Namen der Sicherheit und im Namen des Friedens ist es Mord an dem kleinen Land und an Frieden und Sicherheit

Wenn ein großes Land Helfer bezahlt die das kleine Land überfallen ist es Mord aus dem Hinterhalt mit bezahlten Mördern

Wenn ein großes Land ein kleines Land überfällt und die Freunde des großen Landes halten es nicht davon ab ist es Mord und die Freunde sind seine Spießgesellen oder sind seine Sklaven

Ob im Norden im Süden im Osten oder im Westen ob vorgestern oder gestern ob heute oder morgen: Wenn ein großes Land ein kleines Land überfällt ist es Mord

Erich Fried, ca. 1982



satz von Bodentruppen. Auch wenn er vermutlich nicht von vornherein geplant war, so wird er mit jedem Tag, den die Belgrader Regierung die Bombardierung übersteht, wahrscheinlicher.

Die Reaktion in der Bundesrepublik

Daß deutsche Truppen erstmals seit 1945 wieder aktiv an einem Angriffskrieg beteiligt sind, und zwar unter Bruch des Völkerrechts, des noch gültigen NATO-Statuts und des Grundgesetzes, wird von der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung (in der ehemaligen DDR sind die Mehrheitsverhältnisse anders) bislang als unvermeidlich akzeptiert. Die Geschlossenheit der Bonner Politiker und die weitgehend einseitige Berichterstattung der deutschen Medien sorgen für eine Haltung, die sich in dem Satz zusammenfassen läßt: man muß Jugoslawien jetzt bombardieren, um die massiven Menschenrechtsverletzungen bzw. (in der Sprache der meisten Politiker und Medienvertreter) den Völkermord an den Kosovo-Albanern zu verhindern. Auch offensichtliche Falschmeldungen wie etwa die über die Internierung von 100.000 Menschen im Fußballstadion von Pristina, die Verteidigungsminister Scharping als Beleg für seine Aussage von den KZs angeführt hat, oder die über die Ermordung führender Intellektueller im Kosovo haben diese Haltung bisher nicht zu ändern vermocht.

Die Bevölkerung ist auf die neue Rolle der Bundeswehr allerdings auch schon seit Jahren vorbereitet worden, und zwar nicht nur von der Kohl-Regierung, sondern auch von Teilen der damaligen Opposition. Bereits 1992 rief die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen nach einer militärischen Intervention in Jugoslawien, und der damalige DGB-Vorsitzende Meyer trat als Befürworter von Kampfeinsätzen der Bundeswehr in Jugoslawien auf, offiziell natürlich immer nur zum Zwecke der Verteidigung von Menschenrechten. Am 30.6. 1995 stimmten außer der Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP auch 41 SPD-Abgeordnete und 4 Mitglieder der Grünen-Fraktion für eine Entschließung des Bundestags, die einen Einsatz von Bundeswehr-Tornados in Bosnien ohne zeitliches Limit und auch mit veränderten Einsatzplänen vorsah. Daß eine rot-grüne Bundesregierung jetzt erstmals die Mitwirkung bei einem Angriffskrieg beschließt, ist daher weniger überraschend, als es auf den ersten Blick anmutet.

Es regt sich allerdings von zwei Seiten Widerstand gegen die Politik der Bundesregierung. Auf der einen Seite warnen eher konservativ eingestellte Politiker wie der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt oder der ehemalige Hamburger

Bürgermeister Henning Voscherau von der SPD bzw. der frühere Staatssekretär im Verteidigungsministerium und jetzige Vizepräsident der parlamentarischen Versammlung der OSZE Willy Wimmer von der CDU oder der CSU-Rechtsaußen Peter Gauweiler vor den Risiken der jetzigen Vorgehensweise. Sie dürften bei ihrer Kritik in erster Linie die Verschlechterung des Verhältnisses zu Rußland und die stärkere Einbindung Deutschlands in die US-Politik im Blickpunkt haben. Ihr Protest wird allerdings zunehmend leiser, wie die immer unkritischer ausfallenden Äußerungen von Ex-Verteidigungsminister Volker Rühe deutlich zeigen. Offensichtlich halten es die meisten von ihnen mit Henry Kissinger, der anfänglich auch prinzipiell gegen den Angriff war, jetzt aber sagt, daß man, wenn man schon militärisch eingreife, dann auch gewinnen müsse. Ein Rückzug käme nun nicht mehr in Frage, weil er die Glaubwürdigkeit der NATO und damit deren Abschreckungsfähigkeit gefährde. Mit diesem Argument wird besonders in den USA jetzt auch zunehmend der Einsatz von Bodentruppen verlangt.

»Die Welt«, 17.4.99:

»Wir zollen den Pazifisten von einst Achtung, wenn sie heute maßvoll militärische Operationen verantworten. Doch wie vereinbaren sie das, was sie heute tun, mit dem, was sie im letzten Herbst noch sagten? Wie kann der Außenminister vor sich selbst rechtfertigen, daß er vor wenigen Jahren im Falle Bosniens genau das als Rückfall Deutschlands in den Militarismus geißelte, was er jetzt selbst verantwortet? Wie solide ist ein solcher Sinneswandel, wie stark ist er von Einsicht und Notwendigkeit, wie stark womöglich aber auch von Opportunismus und neuer Rolle geprägt?«

Fast der ganze Bundestag feierte den Außen- und den Verteidigungsminister; das war gut so. Und doch störte der Tonfall. Allzu laut, allzu entschlossen, in einer höchst schwierigen Frage allzusehr auf die Durchschlagskraft des moralischen Arguments setzend, kamen die beiden zivilen Bellizisten daher. Fast klang es, als riefen sie sich Mut zu, als müßten sie die Hundertfünfzigprozentigen geben, um eigene Zweifel zu überspielen.

PRISTINA
28./29.03.99.



Auf der anderen Seite demonstrieren immer mehr Menschen gegen die NATO-Politik, weil sie sich Sorgen um die weitere Entwicklung machen bzw. Angst vor einer Ausweitung des Krieges oder der veränderten NATO-Strategie haben. Die Ostermärsche waren in diesem Jahr so groß wie schon lange nicht mehr. So waren beispielsweise in Berlin ca. 12.000 Menschen an der Demonstration beteiligt, in Hamburg ca. 5.000, in Frankfurt ca. 4.000, in Nürnberg ca. 2.500, in Kassel ca. 1.500 und in Bielefeld ca. 1.000. Vor und nach den Ostermärschen sind in vielen Städten außerdem weitere Demonstrationen, Kundgebungen, Blockaden, Mahnwachen oder Informationsstände organisiert worden.

Auch in der SPD, bei den Grünen und in den Gewerkschaften gibt eine wachsende Kritik an der Politik der Bundesregierung, die aus Rücksichtnahme auf die »eigene« Regierung in Bonn zumeist allerdings nur abgeschwächt geäußert wird. So stimmten nur jeweils sieben Abgeordnete der Grünen und der SPD offen gegen die Beschlußvorlage der Bundesregierung zum Einsatz der Bundeswehr in Jugoslawien. Beim SPD-Sonderparteitag blieben die Kritiker trotz einer sehr moderaten Gegenresolution ebenfalls deutlich in der Minderheit. Auch die Austritte aus den beiden Parteien halten sich bisher in Grenzen. Die Angst, die nach zwei Jahrzehnten gerade erst wieder errungene Macht in Bonn schon wieder zu gefährden, diszipliniert die meisten Kritiker noch. Wie eine ganze Reihe von Protesten zeigt, wächst das Unbehagen an der Politik der Regierung bei vielen Parteimitgliedern aber von Tag zu Tag. Inzwischen hat er auch die Spitzen der Regierungsparteien erreicht. Mit der Staatssekretärin im Umweltministerium, Gila Altmann, hat sich erstmals ein Regierungsmitglied der Grünen eindeutig gegen den Krieg ausgesprochen, und mit den Landesvorständen der Bremer und der bayerischen SPD haben bereits zwei hohe Gremien der SPD eine sofortige Beendigung der Bombardierung Jugoslawiens gefordert.

Trotz des Schweigens der meisten Gewerkschaftsvorstände ist die Lage im Gewerkschaftsbereich ähnlich. Als Antwort auf die ohne jegliche innergewerkschaftliche Diskussion erfolgte bedingungslose Unterstützung des Regierungskurses durch den DGB-Vorsitzenden Schulte kursieren bereits zahlreiche Unterschriftenlisten (u.a. der HBV Thüringen, der ÖTV Bayern und der IG Medien Wiesbaden) gegen den Krieg in Jugoslawien, die auch die Namen höherer

Die Dinge erkennen, wie sie sind...

War die bürgerliche Kritik dem Kriege gegenüber auf die Flüche oder Gebete beschränkt, womit mittelalterliche Mönche die Pest oder sonstige verheerende Seuchen bekämpften, so durfte die proletarische Kritik den Krieg untersuchen wie der Arzt, der vor allen Dingen die wirklichen Ursachen der Krankheit erforscht, um danach ihre Heilmittel zu bemessen. Es hat gewiß auch daran nicht gefehlt, aber es ist doch immer viel zuviel an sittlicher Entrüstung über den Krieg verbraucht und viel zuwenig an wirklichem Studium des Krieges geleistet worden.

Gewiß – die Greuel des Krieges sind so furchtbar, daß sie in jedem menschlich empfindenden Menschen zunächst Empörung und Entsetzen erwecken. So wird man inmitten einer verheerenden Seuche viel größere Teilnahme für die Kranken empfinden als für den Arzt, der in scheinbarer Gefühllosigkeit seines Amtes waltet. Aber der gefühlloseste Arzt nützt dem Kranken immer noch mehr, als ihm unsere innigste Teilnahme nützen kann. So ist der kleinste Beitrag zur wirklichen Erkenntnis des Krieges immer noch wertvoller als die herrlichste Zornrede gegen den Krieg. Worauf es uns ankommen muß, ist nicht, die moralische Unvernünftigkeit des Krieges zu beweisen – denn das besorgt der Krieg schon selbst –, sondern die historische Vernunft zu erkennen, die er innerhalb der Klassengesellschaft hat. Hat man die erfaßt, so steht man auf festem Boden auch gegenüber dem Kriege, unter wie überwältigenden Eindrücken er immer hereinbrechen mag, während die flammendste Empörung über den Krieg noch nicht die geringste Bürgschaft dafür bietet, daß sie [nicht] zur ebenso flammenden Begeisterung für den Krieg wird, sobald sein eherner Tritt die Welt erschüttert.

Die eigentümliche Schwierigkeit der Aufgabe, die hier zu lösen ist, besteht darin, daß sie die Dinge erkennen soll, wie sie sind, ohne daß die Erkenntnis der Dinge je die Grenze überschreitet, wo sie sich in eine Anerkennung verwandelt. Das ist uns zwar an den Erscheinungen der Klassengesellschaft gegenüber ganz geläufig, aber nicht ebenso gegenüber dem Kriege, der nun einmal, wie keine andere geschichtliche Erscheinung, die Leidenschaften bis auf den Grund aufregt.

Franz Mehring, Ges. Schriften, Bd. 8:
Zur Kriegsgeschichte und Militärfrage,
Berlin, Dietz 1976, S. 406

Gewerkschaftsfunktionäre wie etwa die des IG-Medien-Vorsitzenden Detlef Hensche oder der HBV-Vorsitzenden Margret Mönig-Raane enthalten. Eine von zahlreichen Journalisten und Journalistinnen unterzeichnete Unterschriftenliste ist in der »Frankfurter Rundschau« veröffentlicht worden. Außerdem hat sich inzwischen der Hauptvorstand der IG Medien gegen die Bombardierung Jugoslawiens gewandt (Stand vom 20.4.99).

Insgesamt gilt jetzt, alle Kräfte auf die Herausbildung eines möglichst großen Widerstands gegen den Krieg in Jugoslawien zu konzentrieren. Je zahlreicher und größer die Proteste hierzulande (wie auch in den anderen NATO-Ländern) sind, desto schwerer wird es den Regierungen der Bundesrepublik und der anderen NATO-Länder fallen, den Krieg fortzusetzen sowie vor allem den (von Politikern und Militärs zunehmend geforderten und bereits vorbereiteten) Einsatz von Bodentruppen zu beschließen.

Wer die neue NATO-Strategie und die damit verbundenen Pläne der Herrschenden bekämpfen will, der hat jetzt eine Gelegenheit dazu. 20.4.99 ■

Der Klassenkampf wird sichtbarer

»Das Kapital probt die Revolution.« Mit diesem Satz charakterisierte die Wirtschaftswoche schon Anfang März, also noch vor dem Rücktritt Oskar Lafontaines, das Vorgehen des deutschen Kapitals in den letzten Wochen. Hatten die Unternehmerverbände und großen Konzerne unmittelbar nach der Bundestagswahl noch die Bereitschaft zur Kooperation mit der neuen Bundesregierung erkennen lassen (der Vorstandsvorsitzende der Commerzbank, Martin Kohlhausen, hatte noch beim Neujahrsempfang der Industrie- und Handelskammer in Ludwigsburg vor einer vorschnellen und »überzogenen Kritik« an der Regierung Schröder gewarnt) so hat sich der Kurs der Unternehmer seither entscheidend verändert. Sie setzen seit Wochen voll und ganz auf Konfrontation.

Erste Erfolge des Unternehmerlagers in Bonn

Angedeutet hat sich dieser Kurs bereits bei den ersten Gesprächen über das »Bündnis für Arbeit«, der Neuregelung der sog. »630-Mark-Jobs« und bei den »Energie-Konsens«-Verhandlungen. In allen drei Fällen waren die Unternehmer in dem Bemühen erfolgreich, ihre Interessen stärker zur Geltung zu bringen. Beim »Bündnis für Arbeit« konnten sie durchsetzen, daß zusätzlich zu den vorgesehenen Themen auch die Frage nach der »Sicherung des Standorts Deutschland« mit auf die Tagesordnung genommen wurde, bei der Neuregelung der »630-Mark-Jobs« konnten sie verhindern, daß es zu einer für sie mit zusätzlichen Kosten verbundenen wirklichen Veränderung kam, und bei den »Energie-Konsens«-Gesprächen konnten sie die Atomausstiegspläne von Umweltminister Trittin zu Fall bringen.

Diese Erfolge haben das Unternehmerlager ganz offensichtlich dazu veranlaßt, den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen. Wenn die Schröder-Regierung schon bei einem vergleichsweise dezenten Vorgehen der Unternehmer zurückwich, so die Logik, was wäre dann erst mit massiven Drohungen zu erreichen. Außerdem konnten auf diese Weise die Konflikte im eigenen Lager am besten überbrückt werden.

Die Metall-Tarifrunde: Der Angriff der Unternehmer wird gestoppt

Während der Metall-Tarifrunde machten der DIHT-Präsident Hans-Peter Stihl und Gesamtmetall-Chef Werner Stumpfe den Anfang. Beide drohten mit dem Abbruch der Gespräche über ein »Bündnis für Arbeit«, sollte es zu einem Streik in der Metallindustrie kommen. Mit dieser Drohung sollte die Bundesregierung veranlaßt werden, auf die IG-Metall Druck auszuüben und sie zum Nachgeben zu bewegen. Bundeskanzler Schröder kam diesem Wunsch allerdings nur halb entgegen. Er rief die Tarifparteien zwar zur »Vernunft« auf und forderte, in erster Linie an die Adresse der Gewerkschaften gerichtet, die Tarifverhandlungen so zu führen, »daß nicht nur 1999 ein wirtschaftlich erfolgreiches Jahr wird, sondern das auch im Jahre 2000 der Fall sein wird«, ansonsten aber betonte er den hohen Stellenwert der Tarifautonomie und hielt sich entgegen den Erwartungen der Metallunternehmer weitgehend aus dem Konflikt heraus.

Die Tarifrunde lief nicht nur in diesem Punkt anders, als Gesamtmetall gehofft hatte. Mit einem Angebot, das eine Lohnerhöhung von 2%, eine Einmalzahlung von 0,5% je nach Ertragslage der Firmen und ein ebenfalls vom wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen abhängiges Weihnachtsgeld vorsah, hatte man bewußt auf Konfrontation gesetzt. Hatte Gesamtmetall-Vorsitzender Stumpfe noch im Juni letzten Jahres mit dem IG-Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel einen Neubeginn der gegenseitigen Beziehungen in Richtung auf Konsens statt Konfrontation vereinbart und im Sinne dieser »neuen Partnerschaft« dann im Spätsommer einen Tarifabschluß in Höhe von 4% als angemessen in Aussicht gestellt, so war davon plötzlich nichts mehr zu merken.

Der Bezirksleiter der IG Metall in Nordrhein-Westfalen, Harald Schartau, bekam das als erster zu spüren. Er gehört zu jenen Funktionären in der IGM, die den Kurs der »neuen Partnerschaft« besonders stark unterstützt haben und glaubten, mit einer sachlichen und bewußt »unideologischen Tarifpolitik« schnell zu vernünftigen und im beiderseitigen Interesse liegenden Abschlüssen kommen zu können. Nordrhein-Westfalen sollte daher auch den Vorreiter spielen. Die sture Haltung der Unternehmer hat diese Absicht durchkreuzt. Von »neuer Sachlichkeit« war nichts zusehen. Für Gewerkschafter wie Schartau war das ein harter Schlag, meinten sie doch, Tarifpolitik in Zukunft mit »vernünftigen« Argumenten statt mit gewerkschaftlicher Kampfkraft führen zu können.

Das Angebot der Metall-Unternehmer wirkte auf die Gewerkschaftsmitglieder wie eine Provokation. Vor allem in den Großkonzernen hatten die Belegschaften in den letzten Jahren verfolgen können, wie die Firmen aufgrund massiver Rationalisierungsmaßnahmen und eines umfangreichen Personalabbaus ihre Gewinne in immer neue Rekordhöhen hatten steigern können, während das Reallohniveau gerade einmal gehalten werden konnte und die Arbeitsbelastungen ständig stiegen. Die Forderung der IGM von 6,5% bewegte sich für diese Belegschaften am unteren Rand dessen, was man sich erhoffte. Die Aussage Zwickels vom »Ende der Bescheidenheit« hatte diesbezügliche Erwartungen bestätigt. Außerdem waren viele Mitglieder, vor allem aber die Funktionäre, ehren- wie hauptamtliche, empört über den Versuch Gesamtmetalls, die Position der Gewerkschaften durch die Verlagerung der Entscheidung über Einmalzahlung und Weihnachtsgeld in die Betriebe weiter schwächen zu wollen. Wenn nicht mehr »nur« die Arbeitszeiten, sondern auch wesentliche Teile des Lohns zwischen den Unternehmensleitungen und den Betriebsräten verhandelt würden, mußte das angesichts der rechtlichen Bindungen der Betriebsräte durch das Betriebsverfassungsgesetz und ihrer Erpreßbarkeit durch die Konkurrenz anderer Betriebe zu einer weiteren Verschlechterung der Lage der Beschäftigten und einer weiteren Schwächung der Position der IGM führen.

Die IGM hatte dementsprechend in den meisten Tarifbezirken Westdeutschlands keine Schwierigkeiten, die Belegschaften zu massiven Warnstreiks aus den Betrieben zu holen. An vielen Orten kam es zu umfangreichen Arbeitsniederlegungen und großen Demonstrationen. Bis zu 50.000

Metaller pro Tag nahmen an den Warnstreiks teil. Die Unternehmer, die die Streikbereitschaft der Belegschaften völlig unterschätzt hatten, wie mehrere Umfragen unter Managern und auch das praktische Verhalten von Gesamtmetall zeigten, mußten schließlich zum Rückzug blasen. Sie hatten zwar gehofft, mit dem Mittel einer außerplanmäßigen Schlichtung noch einmal in die Offensive zu kommen, mußten letztlich unter dem Schlichter Hans Jochen Vogel im Bezirk Baden-Württemberg aber in einen Kompromiß einwilligen, der in den wesentlichen Punkten einer Niederlage gleichkam. Neben einer aus ihrer Sicht zu hohen prozentualen Lohnerhöhung um 3,2% mußten sie vor allem ihre Forderungen nach ertragsabhängigen Zahlungen, d.h. ihre Hoffnung, auch wichtige Teile der finanziellen Bestandteile des Tarifvertrags auf betrieblicher Ebene verhandeln zu können, erst einmal begraben.

Im Gegensatz zu den vollmundigen Erklärungen von Gesamtmetall-Chef Stumpfe nach dem Abschluß, der von einer Übernahme des Ergebnisses in anderen Tarifbezirken abgeraten und mit einer Verweigerung der Verbände in Ostdeutschland gedroht hatte, wurde der Abschluß nach anfänglichem Zögern (so lehnte z.B. die große Tarifkommission der Unternehmer in Niedersachsen die Übernahme zunächst ab) mit wenigen Änderungen in allen Tarifgebieten, auch denen im Osten, übernommen. Er bildete auch die Orientierungsbasis für die Abschlüsse in den anderen Branchen, vom öffentlichen Dienst bis zur Versicherungswirtschaft.

Die Bedeutung des Metalltarifabschlusses war besonders im öffentlichen Dienst zu sehen, wo es lange Zeit überhaupt kein Angebot der öffentlichen Arbeitgeber gab. Die Hoffnung, unter Verweis auf die leeren öffentlichen Kassen die Tarifpolitik der letzten Jahre mit minimalen Tarifierhöhungen fortsetzen zu können, erfüllte sich angesichts der Vorgabe aus der Metallindustrie aber nicht. Der prozentuale Abschluß mußte sich entgegen den ursprünglichen Planungen der Arbeitgeber an dem der IGM orientieren. Für viele Beschäftigte des öffentlichen Dienstes fiel das prozentuale Ergebnis damit besser aus, als sie erwartet hatten. Allerdings mußte die ÖTV dafür einen Preis zahlen, dessen Höhe noch nicht abzuschätzen ist. Ihr wurde das Zugeständnis abgerungen, einem Einstieg in betriebliche Verhandlungen über eine umfassende Flexibilisierung der Arbeitszeiten und damit einer drohenden Reduzierung der Überstundenzahlungen zuzustimmen. Sie holt damit nach, was die Industriegewerkschaften vorexerziert haben. Für halbwegs akzeptable Lohnabschlüsse muß mit einer Flexibilisierung der Arbeitszeit gezahlt werden. Ob der noch laufende Tarifkonflikt im Bankgewerbe ähnlich ausgeht, kann derzeit noch nicht sicher gesagt werden. Die Tatsache, daß die Unternehmen ab dem 1. April auch ohne Einigung 3,1% mehr Gehalt zahlen, den Versuch, das 13. Monatsgehalt als leistungsabhängige Prämie zu zahlen, ebenso wieder zurückgezogen haben wie die Drohung, die Direktbanken würden dem Arbeitgeberverband nicht beitreten, dafür aber die Einführung des Samstags als Regelarbeitstag durchsetzen wollen, spricht insgesamt allerdings für einen Abschluß, der inhaltlich dem des öffentlichen Dienstes vergleichbar sein dürfte.

Die Unternehmer setzen auf politische Konfrontation

Als mit dem Resultat der Metall-Tarifrunde offensichtlich wurde, daß sich die Hoffnung auf eine spürbare Unterstützung der Bundesregierung in den Tarifauseinandersetzungen

trotz des Aufrufs von Schröder nicht erfüllen würde, konzentrierten die Unternehmerverbände ihr Vorgehen vollständig auf die politische Ebene.

Hatte Gesamtmetall-Chef Stumpfe schon während der Tarifauseinandersetzung davon gesprochen, man könne »schlecht auf der einen Seite im Streik und Streit miteinander umgehen...und auf der anderen Seite hoffen, daß wir in einem Bündnis für Arbeit alsbald zu gemeinsamen Arbeitsergebnissen finden werden«, so forderte der Vorsitzende der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Dieter Hundt, unmittelbar nach dem Ende der Metall-Tarifrunde unmißverständlich die Einbeziehung der Tarifpolitik in das Bündnis für Arbeit: »Wir brauchen für wichtige Bereiche der Lohn- und Tarifpolitik ebenso wie für wichtige Bereiche der Gesetzgebung einen grundsätzlichen Handlungs- und Zielkonsens im Bündnis für Arbeit.« Darunter sei zu verstehen, daß man sich im Sinne von Lohnleitlinien generell auf Lohnsteigerungen entsprechend einer Formel Produktivitätssteigerung »abzüglich eines halben Prozentpunktes für jeweils zwei volle Punkte Arbeitslosigkeit« verständige. Außerdem halte er es für erforderlich, daß das Bündnis über Streiks und Warnstreiks im vornherein informiert werde. Ohne die Einbeziehung einer solchen tarifpolitischen Grundvereinbarung in das »Bündnis für Arbeit« seien keine Ergebnisse hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen zu erreichen.

Der Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, ging noch einen Schritt weiter. Er stellte sogar die weitere Teilnahme an den Gesprächen in Frage, weil die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zusammen mit der Tarifpolitik der Gewerkschaften Arbeitsplätze vernichte und man sich nicht »zum Komplizen für den Abbau von Arbeitsplätzen machen« wolle.

Die Debatte um die Steuerpolitik

Gestärkt durch den CDU-Sieg bei der hessischen Landtagswahl bliesen die Unternehmer in der Diskussion um die Steuerreform dann ganz unverhüllt zum Angriff auf jene Teile der Bundesregierung, die ihrer Ansicht nach einen Kurs der Umverteilung von oben nach unten vertraten. Ins Visier geriet dabei ganz besonders der Bundesfinanzminister und SPD-Vorsitzende Lafontaine. Er stand mit seiner Kritik an der neoliberalen Angebotspolitik und seiner Forderung nach einer Stärkung der Massenkaufkraft als Symbol für jene Kräfte, die die in den letzten 15 Jahren erfolgte Umverteilungspolitik von unten nach oben zumindest teilweise wieder umzukehren versuchten.

In einer bislang noch nicht dagewesenen Art und Weise wurden die Steuerpolitik der Bundesregierung und vor allem der Finanzminister öffentlich angegriffen und die Regierung unter Druck gesetzt. In einem offenen Brief warnten 22 deutsche Spitzenmanager (vom Vorstandsvorsitzenden von Krupp, Gerhard Cromme, über die Chefs von Hoechst und Siemens, Jürgen Dormann und Heinrich von Pierer, bis hin zu den Spitzen der großen Banken und Versicherungen war fast alles vertreten, was in der deutschen Wirtschaft Rang und Namen hat) vor den verheerenden Folgen der Steuerreform für die deutsche Wirtschaft.

Allen voran drohten die von den neuen Steuergesetzen besonders betroffenen Energie- und Versicherungskonzerne mit der Verlagerung von Investitionen, Tochtergesellschaften und z.T. auch ihrer Stammsitze ins Ausland. Die neue Bundesregierung sei dann für die Konsequenzen, den Abbau

Tausender von Arbeitsplätzen verantwortlich, so ihre Argumentation.

Einzelne Topmanager gingen noch weiter. Der Vorstandsvorsitzende der Mannheimer Versicherung drohte sogar damit, daß sein Unternehmen keine Bundesanleihen mehr zeichnen werde, und malte dabei ein Szenario an die Wand, demzufolge die Bundesregierung bei einer Fortsetzung ihrer Steuerpolitik damit zu rechnen habe, daß die Versicherungswirtschaft als einer der größten Zeichner solcher Anleihen die Bundesregierung durch eine umfassende Verweigerungshaltung in finanzielle Schwierigkeiten bringen könne.

Obwohl dieses juristisch an Erpressung und Nötigung von Verfassungsorganen erinnernde Verhalten auch in den eigenen Reihen nicht ganz unumstritten war und bis heute ist (der Vorstand eines anderen großen Versicherungsunternehmens distanzierte sich in der Süddeutschen Zeitung von den Drohungen der Mannheimer Versicherung) und sich selbst der wirtschafts- und finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Friedrich Merz, genötigt sah, die Wirtschaft während der Bundestagsdebatte darauf hinzuweisen, daß ein solches Vorgehen trotz aller berechtigten Kritik an den Steuerplänen der Regierung Schröder nicht mit den Gepflogenheiten eines demokratischen Rechtsstaats zu vereinbaren sei, behielt das deutsche Kapital diesen Kurs bei. Es demonstrierte damit erstmals ganz und gar unverhohlen und ohne die ansonsten üblichen Verbeugungen vor dem parlamentarischen System und dem bürgerlichen Rechtsstaat seinen gesamtgesellschaftlichen Machtanspruch.

Daß es sich bei der Steuerkontroverse in erster Linie um eine grundsätzliche politische Auseinandersetzung handelt und nicht um die Reaktion von Unternehmen, die sich durch die Steuerreform tatsächlich wirtschaftlich bedroht sehen, ist leicht zu erkennen, wenn man sich die reale Steuerbelastung der deutschen Wirtschaft betrachtet. Nach Angaben der OECD wurden im Zeitraum von 1991 bis 1996 die Unternehmensgewinne in Deutschland mit durchschnittlich 8%, in den USA mit 16% und in Großbritannien sogar mit 48% besteuert. Beim Anteil der Unternehmenssteuern am gesamten Steueraufkommen liegt Deutschland im internationalen Vergleich dementsprechend weit hinten. Mit einem Anteil von nur 3,8% rangierte es 1996 nach OECD-Angaben unter den Industriestaaten zusammen mit Frankreich auf den beiden letzten Plätzen, während Großbritannien und die USA mit Anteilen von 10,5 bzw. 9,6% an der Spitze lagen.

Obwohl solche Vergleiche immer mit Vorsicht zu genießen sind, weil die nationalen Steuersysteme in vielen Punkten nicht zu vergleichen sind (so werden z.B. in vielen Ländern Sozialleistungen stärker als hierzulande aus dem Steueraufkommen bezahlt), zeigen diese Zahlen doch, daß aus Unternehmersicht von einem »Hochsteuerland« Deutschland keine Rede sein kann. Der Angriff auf die Steuerpläne der Regierung galt weniger den konkreten Maßnahmen, die noch vor wenigen Monaten auch von Kapitalseite als insgesamt sinnvoll angesehen worden waren,

sondern den Teilen der Sozialdemokratie und der Grünen, die es mit dem versprochenen Politikwechsel ernster meinten.

Der Rücktritt von Oskar Lafontaine

Sein erstes prominentes Opfer fand dieser Klassenkampf von oben in Oskar Lafontaine. Er trat nach immer heftiger werdenden Angriffen der Wirtschaft und der Medien auf seine Person (der Spiegel beispielsweise nannte ihn einen »gnadenlosen Umverteiler«, der alle notwendigen Reformen verhindere, und in Wirtschaftskreisen bezeichnete man ihn durchweg als Standortrisiko und Investitionsbremsen), Mitte März zurück. Der Jubel in den Kreisen der Wirtschaft war nach diesem Schritt denn auch unüberhörbar. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes der deutschen Versicherungsunternehmen, Hans Schreiber, sprach gar davon, dies sei »einer der schönsten Tage meines beruflichen Lebens«.

Mit Lafontaine war jener Politiker zurückgetreten, der in den Augen der Öffentlichkeit wie kein anderer Spitzenpolitiker der Regierung den Politikwechsel repräsentierte. Wenn der Spiegel ihn in kritischer Absicht mit dem Satz zitiert: »Das Wort soziale Gerechtigkeit gilt wieder in Deutschland«, so machte genau diese Haltung seine Popularität bei vielen SPD- und Gewerkschaftsmitgliedern aus. Er stand für eine Politik, die sozialer Gerechtigkeit wieder einen höheren Stellenwert einräumte, und bildete damit für viele SPD-Wähler und -Mitglieder das notwendige Gegengewicht zum »Genossen der Bosse«, Bundeskanzler Schröder. Obwohl dieses Image nur teilweise richtig ist (Lafontaine war schon vor Jahren immerhin einer der ersten, der von den Gewerkschaften mehr Flexibilität im öffentlichen Dienst forderte, und auch derjenige, der auf dem letzten Sonderparteitag der SPD für eine grundlegende Reform der Kranken- und Arbeitslosenversicherung in Richtung Bedürftigkeitsprinzip eintrat), ist Lafontaine doch zum Symbol für eine stärker sozial ausgerichtete Regierungspolitik geworden. Sein Abgang wird dem-

Nur als vehementer Kritiker der Natostrategie wäre Lafontaine für seine Anhänger glaubhaft

Ein Rücktritt nach den ersten Einsätzen im Kosovo hätte die Bundesregierung gefährdet / Von Günter Bannas ^{F&E} 6.4.99

... Partei von Lafontaine auf dem Parteitag reden, dann müßte er, um im Angesicht seiner Anhänger glaubhaft zu bleiben, vehement den Kurs der Nato und der Regierung kritisieren. Offenbar hat er das kommen sehen, ohne es verhindern zu können. Nicht als Finanzminister und erst recht nicht als Parteivorsitzender hätte er die Beteiligung der Bundeswehr an den Nato-Einsätzen verantworten wollen und verantworten können. Hätte er sie öffentlich kritisieren können?

Es scheint kein Zufall zu sein, daß sein Rücktritt wenige Tage vor dem Beginn des Krieges im Kosovo lag. Ein Rücktritt nach den ersten Einsätzen der Nato in Jugoslawien hätte die Partei in einer Krise gestürzt, die die Regierungsfähigkeit gefährdet hätte. Die Parteilinke hätte seinen Rücktritt als Widerstand gegen die Nato-Operationen bewertet – und Lafontaine hätte sich nicht

...mal dagegen wehren können. Nun dürfte er sich in seinen Bedenken bestätigt sehen, daß der Nato-Einsatz das Gegenteil vom Gewollten bewirkte. Ebenso dürfte er in Zweifel ziehen, daß auch wegen des Prinzips der Bündnissolidarität, die Deutschland seinen Partnern gegenüber zu wahren hat, Menschen umgebracht werden müssen. Schon vor zwanzig Jahren war Lafontaine der Friedensbewegung näher als es Schröder war.

Zwischenzeitlich gab es Überlegungen die Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit auf andere Weise zu beheben. Auf die Formel eines »Er oder ich« können sie gebracht werden. Doch war das in Wirklichkeit der Einstieg in den Ausstieg. Bei allen Vorbehalten war sich Lafontaine bewußt, daß es Schröder war, der den Wahlkampf gewonnen hatte. Wohl litt Lafontaine auch darunter, daß seit dem Regierungswechsel sein öffentliches Ansehen ge-

entsprechend als Sieg der »Reformer« um Schröder, Clement und Hombach gewertet.

Der Spagat der Regierung geht weiter

Wieweit sich die Regierungspolitik nun tatsächlich weiter zugunsten der Unternehmer verschieben wird, bleibt allerdings abzuwarten. Der Rücktritt Lafontaines löst ja nicht das grundsätzliche Problem, vor dem die SPD steht. Sie muß, um Wahlen zu gewinnen, auch dem Bedürfnis großer Bevölkerungsschichten nach sozialer Absicherung Rechnung tragen. Ihr Sieg bei den Bundestagswahlen hat in diesem Wunsch schließlich eine wesentliche Ursache. Vor allem un- und angelernte Beschäftigte, aber auch viele Facharbeiter und qualifiziertere Angestellte erhoffen sich von dieser Regierung Schutz vor den zunehmenden Angriffen des Kapitals und den Risiken der Globalisierung.

Diese Haltung trifft sogar auf einen Teil der sog. »neuen Mitte« aus relativ gut verdienenden Angestellten, Beamten und Selbständigen zu. Durchgreifende Reformen im Sinne der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft werden zwar für unumgänglich gehalten, soziale Sicherheit behält für einen Teil der abhängig Beschäftigten unter ihnen aber dennoch einen hohen Stellenwert. Der Spagat der SPD zwischen den verschiedenen Erwartungen ihrer Wähler, ihrer Mitglieder und der Unternehmer (s. den Leitartikel in der letzten Ausgabe der Arbeiterpolitik) dürfte also weitergehen, die Unternehmer haben allerdings zweifellos einen Etappensieg errungen.

Dieser Erfolg fällt allerdings weit weniger umfangreich aus, als es, je nach Standpunkt, nach ersten Äußerungen aus dem Unternehmerlager und der Regierungskoalition vielfach erhofft oder befürchtet worden war. Wenn nach dem Rücktritt von Lafontaine der frühere SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Friedhelm Farthmann, diesen Vorgang mit den Worten kommentierte: »Wir tun so, als gäbe es immer noch den mittellosen Proletarier, aber das interessiert an der New Yorker Börse niemand«, die SPD-Ministerpräsidenten Beck, Clement und Glogowski weitere Entlastungen der Wirtschaft forderten und die Finanz- und Wirtschaftspolitiker der Grünen für eine Verbesserung der Investitionsbedingungen, eine weitere Senkung der Unternehmenssteuern auf max. 35% und die Schaffung eines Niedriglohnsektors eintraten, dann schien es zunächst, als hätte sich das Kapital auf ganzer Linie durchgesetzt. Als dann die Forderung der Unternehmerverbände nach einer sofortigen und grundlegenden Korrektur der Steuerreform aber auf wenig Resonanz stieß, die Steuerreform vielmehr unverändert im Bundesrat verabschiedet wurde, und Bundeswirtschaftsminister Müller gar die Kommentare von Wirtschaftsvertretern zum Rücktritt Oskar Lafontaines mit den Worten kritisierte, sie seien »substanzlos, oft sogar unverschämt« gewesen und deuteten auf »ein mangelndes Politikverständnis« hin, und einen »objektiven Korrekturbedarf« in Richtung soziale Gerechtigkeit konstatierte, war die anfängliche Euphorie schnell wieder verflogen. Der Höhenflug des Euro, dessen Schwäche gegenüber dem Dollar man in Wirtschaftskreisen immer mit der Lafontaine-Politik erklärt hatte, war denn auch nur von kurzer Dauer und die von den Börsianern seit Wochen beklagte »Lafontaine-Delle« im Dax konnte ebenfalls nicht »nachhaltig behoben« werden. Der Dax bewegte sich schon nach wenigen Tagen wieder dort, wo er auch vor dem Rücktritt gestanden hatte.

Das deutsche Kapital hat angesichts der Unsicherheit, was der Rücktritt von Lafontaine tatsächlich an Änderungen zu seinen Gunsten bringen wird, die Angriffe auf die Regierung denn auch fortgesetzt. Unmittelbar nach der Verabschiedung der Steuerreform im Bundesrat haben Unternehmervertreter eine sofortige Wende in der Wirtschafts- und Steuerpolitik und in einem ersten Schritt die Vorziehung der geplanten Steuerentlastungen für die Wirtschaft gefordert. Anknüpfend an diesbezügliche Äußerungen prominenter SPD und Grünen-Politiker verlangen sie einen Steuersatz von max. 25-30% für die Unternehmen.

Nur eigener Widerstand hilft gegen die Angriffe des Kapitals

Für aktive und kritische Gewerkschafter läßt das Vorgehen der Unternehmer nur eine Schlußfolgerung zu: Die Angriffe des Kapitals können nur durch aktiven Widerstand gebremst werden. Wie die Tarifrunde in der Metallindustrie gezeigt hat, scheut das Unternehmerlager in seiner Mehrheit immer noch die offene Konfrontation mit den Belegschaften. Das ist die Lehre aus dem Konflikt um die Lohnfortzahlung und aus dem Bayern-Streik von 1995. Damals hatten sich die Metall-Unternehmer durch ihre Konfrontationspolitik in einen Streik hineinmanövriert, an dessen Ende sie der IGM erhebliche Zugeständnisse machen mußten (s. Arbeiterpolitik 2/1995). Gerade die sonst immer nach einem harten Vorgehen rufenden Mittelständler hatten unter dem Eindruck der durch den Streik drohenden Verluste nach einem schnellen Ende der Auseinandersetzung gerufen.

Diese Erfahrung macht die Unternehmer vorsichtig. Wenn eine Tarifrunde an dem Punkt angelangt ist, an dem ein Streik droht, weichen die Unternehmer in der Regel zurück. Das war auch diesmal so. Trotz aller vollmundigen Ankündigungen wurde der Rückwärtsgang eingelegt, sobald die Beschäftigten signalisierten, daß sie tatsächlich streikbereit waren. Die von den Metall-Unternehmern verfolgte Politik der massiven Konfrontation war für sie in der direkten Tarifaueinandersetzung mit den Belegschaften nicht durchzuhalten. Die Gefahr eines größeren Streiks wollten sie angesichts gut ausgelasteter Betriebe und immer noch hoher Exportzahlen nicht riskieren. Das ist ihr derzeitiger Schwachpunkt. Sie wollen die in den letzten Jahren bewährte Politik nicht gefährden, in Kooperation mit der großen Mehrheit der Betriebsräte und der Belegschaften die Arbeitsproduktivität deutlich zu steigern, d.h. die Lohnstückkosten drastisch zu senken, und dadurch die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhöhen, massiven Druck dagegen vor allem auf die nicht zum Kern zählenden Teile der Arbeiterklasse in Form zunehmend ungesicherter Arbeitsverhältnisse auszuüben. Ein direkter Angriff auf die Kernbelegschaften vor allem der größeren Betriebe kommt daher zur Zeit nicht in Frage.

Diese Schwäche versuchen die Unternehmer auf der politischen Ebene zu kompensieren. Dort können sie ihre Stärke ausspielen, die »Globalisierungskarte«, indem sie mit der Verlagerung von Produktionsstätten und Investitionen drohen, sollte die Politik ihren Forderungen nicht nachkommen. Dieses Vorgehen ist zwar auch nicht immer von Erfolg gekrönt, birgt anders als die Auseinandersetzung mit den Belegschaften aber weniger Risiko für die Unternehmer.

Will man den Angriffen des Kapitals etwas entgegensetzen, hilft daher nur eines: Auf den Druck des Unternehmer-

lagers muß man mit Gegendruck reagieren. Dies gilt in Tarifauseinandersetzungen wie bei politischen Konflikten. Nach dem Rücktritt von Lafontaine über die Macht des Kapitals zu jammern, hilft nicht nur nichts, es geht auch am Kern des Problems vorbei. Lafontaine repräsentiert zwar jenen Teil der SPD, für den soziale Gerechtigkeit immer noch einen großen Stellenwert besitzt, letztlich war aber auch er ein Vertreter einer Politik, deren Ziel in erster Linie lautet, den »Standort Deutschland« konkurrenzfähig zu erhalten oder zu machen. Wie die Entscheidungen der Bundesregierung seit der Wahl im letzten Herbst gezeigt haben, hat diese Linie auch unter einem Finanzminister und Parteivorsitzenden Lafontaine Priorität besessen. Sie sollte nur mit einem größeren Maß an sozialer Gerechtigkeit einhergehen. »Auswüchse« der Kohl-Ära sollten beseitigt werden, die Grundrichtung der Wirtschaftspolitik blieb aber dieselbe.

Wer wirklich ein höheres Maß an sozialer Gerechtigkeit erreichen will, muß dafür kämpfen. Genau das aber war von einer rot-grünen Regierung mit Lafontaine genauso wenig zu erwarten, wie es jetzt von einer rot-grünen ohne Lafontaine zu erwarten ist. Die Hessen-Wahl hat schon vor dem Rücktritt Lafontaines signalisiert, daß ein Teil der SPD-Wähler die

zunehmende Abkehr der Bundesregierung von den sozialen Wahlversprechungen mit dem Fernbleiben von den Wählern oder sogar mit einem Wechsel hin zur CDU oder den Republikanern quittiert hat. Wenn die SPD bei den un- und angelernten Arbeitern sowie den Arbeitslosen 5% verloren hat und 4% der Gewerkschaftsmitglieder und gar 9% der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Hessen Republikaner gewählt haben, ist das ein Alarmzeichen. Es ist ein Indiz dafür, daß das Bedürfnis nach Schutz vor den Angriffen des Kapitals und den Risiken der Globalisierung bei einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung schnell in Ausländerfeindlichkeit umschlagen kann, wenn sich die in die Bundesregierung gesetzten Hoffnungen auf eine soziale Politik nicht erfüllen; denn die Ausgrenzung von ausländischen Beschäftigten bietet in den Augen vieler Beschäftigter zumindest kurzfristig auch einen gewissen Schutz vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg. Der Gefahr einer derartigen Orientierung nach rechts als Folge enttäuschter Hoffnungen kann nur mit aktivem Widerstand gegen die Angriffe des Unternehmerlagers begegnet werden. Das galt vor dem Rücktritt Lafontaines und gilt auch danach.

20.4.99 ■

■ ZU DEN LANDTAGSWAHLEN IN HESSEN 1999

Die Stimme des Volkes?

Als erste Landtagswahl nach der Bundestagswahl im Vorjahr wurde die Hessenwahl bundesweit wie international aufmerksam verfolgt. Das lag zum einen daran, daß in der Vergangenheit in Hessen immer mehrheitlich gegen die Bundesregierung gewählt worden war; das heißt in Hessen gewannen stets diejenigen, die in Bonn in der Opposition waren. Dieses mal sah es so aus, als würde diese Regel nicht mehr gelten. Darüber hinaus hängt von der Zusammensetzung der hessischen Landesregierung die Stimmenmehrheit der rot-grünen Bundesregierung im Bundesrat ab. Vor allem aber wurde die Hessenwahl durch die Unterschriftenaktion der CDU gegen die doppelte Staatsangehörigkeit zu einem Barometer, an dem das Ausmaß von Fremdenfeindlichkeit abgelesen werden konnte.

Der Wahlkampf mit dem »Doppelpaß«

Bei den Bundestagswahlen hatte die CDU in Hessen nicht nur bei den Zweitstimmen herbe Verluste hinnehmen müssen. Sie hatte zudem viele Direktmandate eingebüßt, darunter so prominente Bewerber wie Kanther und Schwarz-Schilling. Der Spitzenkandidat der Hessen-CDU, Roland Koch, zugleich deren Fraktionsvorsitzender im Landtag, war im Lande nur wenig bekannt. Zudem hatte die CDU in Hessen nur wenige spezifisch landespolitische Themen, mit denen sie sich als politische Alternative zu Rot-Grün und insbesondere zur SPD darstellen konnte. SPD-Ministerpräsident Eichel und sein Wirtschaftsminister Klemm sind landesweit geradezu missionarisch als Verfechter von Bio- und Gentechnologie aufgetreten; auf die Grünen mußten sie offenbar keinerlei Rücksichten nehmen.

Wirtschaftsförderung ist das Haupt- und Dauerthema der Landesregierung gewesen. Die Grünen konnten mit ihren

ökologischen Themen und mit ihrer Opposition gegen das Atomkraftwerk Biblis A kaum etwas ausrichten; vor allem an dem ernsthaften Willen der hessischen SPD-Spitze, Biblis A vom Netz zu nehmen, muß ernsthaft gezweifelt werden. So blieben der CDU-Opposition nur die Justizpolitik, insbesondere der grüne Justizminister Rupert von Plotnitz, dem sie aus geringfügigsten Vorkommnissen in Justizvollzugsanstalten einen Strick zu drehen versuchte, und die Schulpolitik. Für das zweite konnte sie daran anknüpfen, daß viele Eltern auch in Hessen über spürbare Unterrichtsausfälle besorgt sind. Ursache dafür sind ca. 4000 fehlende Lehrerstellen. In den kommenden Jahren, wenn die Zahl der Schüler zunimmt, werden sogar an die 6000 Stellen fehlen. In seinem Wahlkampf verbürgte sich der Oppositionsführer Koch dafür, daß unter einer CDU-geführten Regierung die Stundentafel garantiert sein werde. Andererseits kündigte auch die SPD im Wahlkampf zusätzliche Lehrerstellen an und warf – wahrscheinlich nicht zu unrecht – der CDU vor, daß sie den Mund zu voll nehme, wenn sie hundertprozentige Erfüllung der Stundentafel verspreche. Mit diesen beiden Wahlkampfthemen konnte die CDU keine großartige Mobilisierung gegen die SPD herbeiführen; das spiegelten die Umfrageergebnisse der Meinungsforschungsinstitute vor dem Wahltermin am 7. Februar, die alle eine klare Mehrheit für die rot-grüne Koalition prognostizierten. Dann kam die Kampagne der CDU-CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft und die Entscheidung Kochs, sich mit diesem Thema bundes- und landesweit bekannt zu machen.

Es ist in der Presse immer wieder im Sinne eines Vorwurfs die Rede davon gewesen, die CDU habe damit die Wahl »emotionalisiert«. Genau genommen war das eine ebenso hilflose wie demagogische Vorhaltung. »Rationaler« war

auch der Wahlkampf der übrigen Parteien nicht geführt worden; auch er zielte im wesentlichen im üblichen Stil der Zigaretten- oder Waschmittelwerbung darauf, die jeweiligen Kandidaten optimal zu vermarkten. Zutreffender ist es zu sagen, daß die CDU mit ihrer Kampagne eine bereits bestehende Polarisierung in der Gesellschaft aufgriff und zu ihren Gunsten ausbeutete.

Dabei verhielt sich die CDU und insbesondere auch ihr hessischer Spitzenkandidat Koch ausgesprochen heuchlerisch. In Worten betonten sie, daß es ihnen um die bessere Integration der »ausländischen Mitbürger« gehe; in der Tat boten sie jedoch dem gesamten fremdenfeindlichen Spektrum eine scheinbar bürgerlich-seriöse Plattform, eine kollektive Ausdrucksform für diffuse Überfremdungsängste ebenso wie für unverhohlenen Fremdenhaß. Davon zeugten die Kommentare anlässlich der Unterschriftenleistung an den Ständen. Dieser Sachverhalt wurde auch innerhalb der CDU so gesehen nicht nur bei deren Gegnern. Deshalb gab es geschlossene Orts- oder sogar Landesverbände, die sich gegen die Unterschriftenkampagne wegen der doppelten Staatsbürgerschaft aussprachen und schließlich ihre Teilnahme daran verweigerten. Aber selbst in diesen Fällen ging der Reiß quer durch die Parteigliederungen. In Seeheim-Jugenheim im Landkreis Darmstadt-Dieburg verweigerte die örtliche CDU die Teilnahme an der Kampagne. Dort sammelte daraufhin die Junge Union Unterschriften – mit spektakulärem Erfolg.

Die Reaktionen von Rot-Grün

Ebenso bezeichnend wie der Zulauf für die CDU war die Hilf- und Ratlosigkeit der anderen Parteien – in Bonn wie auch in Hessen. Neben dem bereits erwähnten und wenig überzeugenden Vorhalt der Emotionalisierung des Wahlkampfes war einer der Hauptvorwürfe an die Adresse der CDU, sie hätte ein diffiziles Sachthema völlig unsachgemäß auf die Straße getragen, statt es in der parlamentarischen Debatte zu belassen, wie es sich gehöre. Welche Vorstellungen von Demokratie, vom »mündigen Bürger« haben diese demokratischen Sittenwächter, die diesen schwachsinnigen Paternalismus vertreten? Einer Partei – auch einer bürgerlichen Partei – vorzuwerfen, daß sie die politische Debatte auf die Straße trägt, ist jedenfalls unsere Sache nicht. Die Spitzenpolitiker der Grünen waren da weder origineller noch besser. Sie hatten sich offenkundig auf eine Sprachregelung geeinigt, wonach sie die Aktion der CDU »unanständig« fanden. Über diese tantenhaft-pikierte Haltung kamen sie auch nicht hinaus. Die Kritik von SPD und Grünen hatte auch stets etwas Unehrlisches an sich; es war deutlich erkennbar: Auch sie hätten gern einen richtigen Wahlkampfsschlager gehabt, aber sie konnten keinen finden. Ihr Programm hieß, kurz-gefaßt, »Weiter so!« (SPD-Slogan: »Für ein starkes und gerechtes Hessen«) und damit ließen sich weder alte noch junge Wähler mobilisieren.

Es war nicht allein Unfähigkeit oder Feigheit, die SPD und Grüne davon abhielten, die Kampagne der CDU mit einer Gegenmobilisierung zu beantworten. Zwar fürchten sie sich durchaus, die Massen zu mobilisieren, vor allem, wenn sie gewärtigen müssen, die Kontrolle über die Mobilisierten zu verlieren. Diese Gefahr war hier allerdings nicht besonders groß. Vielmehr ist es so, daß auch Teile der Anhängerschaft dieser Parteien offen oder versteckt Sympathien für die Position der Unionsparteien in der Ausländerfrage

haben. Ferner liegen die Positionen der Schröder-Regierung und der Union in dieser Angelegenheit nicht so weit auseinander, wie es die Propaganda und die Unterschriftensammlung suggerieren. Aus diesem Wissen mag sich auch im wesentlichen der Vorwurf an die CDU gespeist haben, die Diskussion nicht im parlamentarischen Raum gelassen zu haben. Die SPD wußte und weiß, wie nahe man der Opposition in Wirklichkeit ist.

Aber für Koch wie auch für die Mehrheit der Unionspitze ging und geht es nicht um eine Gesetzesdebatte, sondern um Wahlkampf und vor allem ging es Koch darum, die Gelegenheit zu nutzen, sich auf einen Schlag bekannt zu machen. Seine Reaktion nach der Wahl macht deutlich, daß damit noch keineswegs die Erwartung verbunden gewesen war, die Hessenwahl zu gewinnen und die Regierung zu übernehmen. Im übrigen wird Roland Koch nachgesagt, deutlich mehr anzustreben als nur das Amt des Ministerpräsidenten eines Bundeslandes.

Daß die Wahlkampfstrategie derart erfolgreich sein würde, wie es das Ergebnis der Hessenwahl nun zeigt, hatte wahrscheinlich keiner in den Unionsparteien vorausgesehen. Mit einem Schlag war Roland Koch nicht nur bundesweit, sondern nun auch europaweit als erfolgreicher und kämpferischer Politiker bekannt geworden. Über diesen personenbezogenen Aspekt hinaus bleibt allerdings festzustellen, daß diese Art der Mobilisierung der spießbürgerlichen Vorurteile für die hessische CDU ein Novum darstellte. Der Wahlerfolg, der dadurch bewirkt wurde, wird sicherlich innerhalb der CDU das rechte Lager stärken. Dieses Signal wird ergänzt und verstärkt durch die mittlerweile bekannt gewordene Absicht der künftigen CDU/FDP-Landesregierung, vor allem auf Autobahnen und Bundesstraßen Polizeikontrollen ohne konkreten Verdacht (Schleierfahndung) zuzulassen und mutmaßliche Rädelsführer im Vorfeld von Demonstrationen für bis zu sechs Tage in sogenannten Unterbindungsgewahrsam nehmen zu können. Diese Vorbeugehaft gibt es in Hessen bereits; sie ist allerdings auf einen Tag beschränkt.

Außerdem plant die neue Regierung die Schaffung eines »freiwilligen Polizeidienstes« mit ehrenamtlichen unbewaffneten Hilfskräften. Diese sollen die Polizei bei Schreibarbeiten, Verkehrsüberwachung oder Streifendienst entlasten. Daneben sollen Angestellte, die eine verkürzte Polizeiausbildung erhalten, Großveranstaltungen sowie gefährdete Objekte, wie zum Beispiel Konsulate, unterhalb der höchsten Sicherheitsstufe bewachen. Bis zu eintausend solcher »Wachpolizisten« soll es langfristig geben.¹

Der Bürger als Polizist. Vom »freiwilligen Polizeidienst« werden sich wahrscheinlich insbesondere Personen mit Blockwart-Mentalität besonders angezogen fühlen; ein System von »Vertrauensleuten«, sprich Spitzeln, wird sich damit auch außerhalb des kriminellen Milieus etablieren lassen. Und die »Wachpolizei« mag die Keimzelle für eine künftige Miliztruppe werden. Ob diese Pläne in vollem Umfang zu realisieren sind, ist derzeit noch unklar. Aber sie zeigen die Richtung an, welche die neue Regierung einzuschlagen gedenkt: Die Stärkung der Repressionsmittel des bürgerlichen Staates. Unter dem Vorwand des Schutzes der Bürger und der Verbrechensbekämpfung trifft der bürgerliche Staat Vorkehrungen, die im Moment gegen protestierende Kurden, aber zu einem späteren Zeitpunkt gegen protestierende und demonstrierende deutsche und ausländische Beschäftigte

gewendet werden können. Von Seiten der Gewerkschaftsapparate gibt es – wie üblich – keine Proteste, weil diese sich protestierende und demonstrierende Beschäftigte außerhalb ihrer strengen Kontrolle weder vorstellen können noch wollen. Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob die künftige Koch-Regierung hier und heute tatsächlich schon den Polizeistaat gegen die Arbeiterschaft vorbereiten will. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte legen eine solche Notwendigkeit für die herrschende Klasse eigentlich nicht nahe. Aber es steht außer Zweifel, daß die hier angekündigten Maßnahmen sich jederzeit gegen die Arbeiterklasse richten lassen, wenn dies den Herrschenden erforderlich erscheint.

Der Wahlausgang

Die entscheidenden Stimmengewinne erzielte die CDU in Mittelhessen, einer im Osten vorwiegend ländlich geprägten, im Westteil industriell durchmischten Region, die schon einmal, Mitte der siebziger Jahre, für ein Debakel für die Sozialdemokraten gesorgt hatte. Damals hatte die in Hessen regierende sozialliberale Koalition die sogenannte Gebietsreform, das heißt die Zusammenlegung ursprünglich selbständiger kleiner Kommunen und Landkreise, oftmals gegen den Willen der Bürger durchgepeitscht.

Der meiste Unmut kam durch die Art und Weise zustande, wie aus Wiesbaden von oben herab Vollzug angeordnet wurde. Paradebeispiel für die bürokratische Überspitzung der Reform war die vorgesehene Zusammenlegung der Städte Wetzlar und Gießen, die etwa 15 km auseinander liegen, zur »Stadt Lahn«. Nach heftigstem Protest aus der Region nahm die Landesregierung diese Planung zurück, aber da war der Schaden schon geschehen. Eine Stammregion der SPD fiel auf lange Jahre der CDU zu – kommunal wie landespolitisch.

Seit damals hat sich die Struktur der Wirtschaft wie der Bewohner Mittelhessens deutlich verändert. Die Industriebetriebe, wie Buderus, Leitz oder Hensold, sind entweder geschlossen oder die Arbeitsplätze sind beträchtlich abgebaut worden. Die ursprünglich lokalen oder regionalen Arbeitgeber sind internationalen Konzernen gewichen. Der Arbeitsplatzabbau wurde zum großen Teil kompensiert durch neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor im Rhein-Main-Ballungsraum, vorwiegend in und um Frankfurt. Durch den Anstieg der Bodenpreise im Frankfurter Umland wurde Mittelhessen zu einer attraktiven Wohnlage vor allem für junge Familien mit eher durchschnittlichem Einkommen, die dort bezahlbaren Wohnraum und ein ruhiges Wohnumfeld für ihre Kinder fanden. Die Region wurde schließlich an den S-Bahn-Verkehr angebunden, wodurch sich ihre Attraktivität noch einmal erhöhte. Diese große Masse von Neubürgern Mittelhessens ist weder durch die eigene soziale Lage noch durch Traditionen an eine der Parteien fest gebunden.

Es spricht vieles dafür, daß es insbesondere diese Menschen sind, die innerhalb des Spektrums der Volksparteien ohne traditionsgebundene Vorbehalte ihre Wahlentscheidungen treffen. Tatsache ist, daß die CDU dort sämtliche Direktmandate gewann und in der Regel überdurchschnittliche Zugewinne auch bei den Zweitstimmen erzielte. Damit entspricht das Bild dem der klassischen konservativen Hochburgen, der Landkreise Main-Taunus und Hochtaunus, die die besserverdienenden Pendler beherbergen. Die Wahlbeteiligung unterschied sich nur geringfügig von der des Jahres 1995.

Die CDU hat die Wahl gewonnen. Sie hat zudem die Bonner Koalition zutiefst verunsichert. Aber welche Perspektive eröffnet der Wahlsieg – auch für die CDU selbst? Ihr Mandat verdankt sie der Mobilisierung von unterschiedlichen Spielarten von Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhaß. Was will, was kann sie praktisch tun, um den Erwartungen dieses Teils ihrer Klientel zu entsprechen? Genau genommen, nichts. Weder wird sie den Arbeitsmarkt reglementieren, noch wird sie in der Lage sein, das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen.

Keine der Maßnahmen, welche die CDU durchführen kann, wird die Ressentiments ihrer Mehrheitsbeschaffer ausreichend bedienen. Selbst in ihrer Ausdrucksweise wird die CDU – nachdem die Wahlen nun beendet sind – wieder zurückstecken müssen, wenn sie nicht mit den Unternehmern aneinander geraten will, die keine Unruhe unter ihren ausländischen Arbeitskräften haben möchten. Dafür spricht auch, wie sie innerhalb ihrer Kampagne ihre Formel »Gegen den Doppelpaß« mit einem eigenen »Integrationskonzept« ergänzte, um den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit zu entkräften. Auch mußte sie Rücksichten auf Leute wie Bubis und die jüdische Gemeinde sowie das internationale Geschäftsmilieu im Großraum Frankfurt nehmen. Mit ihrem Wahlkampf hat die CDU die Ressentiments der ängstlichen und wütenden Spießbürger bestätigt; aber die radikalen Maßnahmen, die von ihr erwartet werden, wird sie schuldig bleiben müssen. Vielen mag sie ein Ventil geboten haben, um Dampf abzulassen.

Allerdings war die CDU auch nicht in der Lage, in dieser Frage das rechtsextreme Lager einzubinden; dieses nahm von einer Unterstützung Abstand, weil ihm die CDU-Forderungen nicht weit genug gingen. Gleichwohl profitieren die Rechtsextremen von dieser Art der CDU-Politik, weil deren Kampagne die Gewöhnung an nationalistische und fremdenfeindliche Manifestationen in einer breiten Öffentlichkeit erhöht hat. Auch hat der sichtliche Erfolg des Kochschen Rechtspopulismus den nationalkonservativen Flügel in den Unionsparteien gestärkt und den ohnehin geschwächten sozialliberalen Flügel noch bedeutungsloser werden lassen.

Im übrigen wird die Politik der CDU sich wahrscheinlich auch nicht wesentlich von der einer SPD-geführten Landesregierung unterscheiden. In der Justizpolitik, insbesondere hinsichtlich der Situation in den Gefängnissen, wird die CDU wahrscheinlich keine wesentlich andere Politik verfolgen, als die von ihr kritisierte rot-grüne Vorgängerregierung. Es soll geprüft werden, ob eine privat finanzierte Haftanstalt gebaut wird – dies zu prüfen, hatte auch Rot-Grün die Absicht. Und der erste Auftritt des neuen CDU-Justizministers auf der Personalversammlung vor den Beschäftigten seines Hauses war vor allen Dingen davon geprägt, daß er seine scharfen Attacken gegen die Justizverwaltung fast pauschal zurücknahm und sie mit Verweis auf seine damalige Oppositionsrolle entschuldigte.

Anders sieht es in der Schulpolitik aus. Hier werden die Eltern, vor allem der der CDU nahestehende Hessische Elternverband, von der Regierung schnelles Handeln erwarten. Der künftige Ministerpräsident hat bereits angedeutet, wie er das Problem von vorerst etwa 4000 fehlenden Lehrerstellen lösen will: Es sollen alle nicht unterrichtswirksamen Lehrerstunden gestrichen werden; vorzeitig pensionierte Lehrer sollen nach Möglichkeit wieder aktiviert werden. Und was dann noch an dem Volumen von 4000 Stellen fehlt,

soll durch weitergehende Unterrichtsverpflichtungen, sprich Mehrstunden, und Zeitarbeitsverträge für angestellte Lehrer aufgestockt werden. Mit diesen Maßnahmen werden sich wahrscheinlich die fehlenden Stellen rechnerisch realisieren lassen. Indes bleibt zweifelhaft, ob dadurch die Unterrichtsausfälle wirklich unterbleiben. Insbesondere die Lehrerverbände bestreiten dies. Im übrigen wird die CDU absehbar und wahrscheinlich auch ohne großen Aufhebens die von den Sozialdemokraten bereits eingeleitete Rationalisierung und den Stellenabbau im öffentlichen Dienst des Landes fortsetzen. Gleichzeitig werden sie absehbar neue Stellen, vor allem im Höheren Dienst, schaffen. Zum einen, weil sie ihre Opfer aus dem Bonner Regierungswechsel sozialvertraglich beerdigen müssen: Dort wurden fast alle Abteilungsleiter in den Ministerien und alle Staatssekretäre gegen rot bzw. grün eingebundene ausgewechselt. Zum anderen müssen auch wichtige Verwaltungspositionen mit verdienten hessischen Parteigängern besetzt werden, was in der erforderlichen Geschwindigkeit nur durch neue Stellen machbar ist.

Zur SPD, die nach der Wahlstatistik und auch ihrer eigenen Darstellung zweiter Sieger der Landtagswahl ist, läßt sich wenig sagen. Ministerpräsident Eichel und die hessischen SPD-Spitzen sind mit ungewöhnlichem Gleichmut abgetreten. Selbst in ihren Hochburgen, wie Kassel-Land und Kassel-Stadt oder im Werra-Meißner-Kreis konnten die Sozialdemokraten noch zwischen zwei und fünf Prozent zulegen; Generell gewannen sie vor allem in den großen Städten – und das gilt für Frankfurt ebenso wie für Kassel oder Darmstadt, allein Offenbach bildet eine Ausnahme, wo die SPD 0,2 Prozent Zweitstimmenanteil verlor.

Die Lage der Grünen

Die eigentlichen Verlierer der Wahl, obgleich drittstärkste Fraktion im Landtag noch vor der FDP, die mit 5,1 Prozent nun Mehrheitsbeschafterin für die CDU spielen darf, sind die hessischen Grünen. Tatsächlich haben sie stärker abgewirtschaftet, als es der Rückgang ihres Stimmenanteils um vier Prozent auf 7,2 Prozent allein vermuten läßt. Die Grünen haben sich in der Regierung schnell verbraucht, das kann man gerade in Hessen gut erkennen. Der parlamentarische Aufstieg war in Hessen aufs engste mit den Bewegungen gegen die Startbahn West des Frankfurter Flughafens und gegen das AKW Biblis verbunden. Seit der Kapitulation der nordrhein-westfälischen Grünen vor SPD und Unternehmern in Sachen Garzweiler II werden auch die hessischen Grünen kritischer betrachtet. Und das aus gutem Grund: Auf einer öffentlichen Veranstaltung ihrer Partei aus Anlaß der Verbrennung von importiertem italienischen Giftmüll in der Sondermüllverbrennungsanlage in Biebesheim verteidigte die damalige grüne Umweltministerin Nimsch den Giftmüllimport aus formalrechtlichen Gründen, ohne sich politisch davon zu distanzieren. Ihre eigenen Parteimitglieder empfanden ihr Auftreten als arrogant, als sie lakonisch feststellte, sie müsse sich als Ministerin an Gesetze halten und nicht an Parteitagebeschlüsse.

Für manche der Grünen-Anhänger wird erst durch solche Erlebnisse erkennbar, daß die Partei nicht Initiatorin und Motor der (außerparlamentarischen) Protestbewegung war und ist, sondern nur deren gelegentliches Sprachrohr und im übrigen Nutznießerin. Das Abebben der verschiedenen Protestbewegungen in den letzten Jahren hat die Isolierung der

grünen Mandatsträger von ihrer ursprünglichen außerparlamentarischen Basis verstärkt, ihre Regierungseinbindung hat unter diesen Umständen die Isolation vollendet. Die grüne Basis reflektiert keinen ernsthaften gesellschaftlichen Protest mehr; sie scheint geschrumpft auf Akademiker mit gutem Einkommen und im weiteren auf sogenannte Ökoliberale. Im Zuge der Benzinpreis-Diskussion haben viele Grünen-Wähler sich der SPD zugewandt, weil sie die geforderte Erhöhung des Benzinpreises als sozial ungerecht empfanden.

Das kommt heute in der neu erwachsenden Bewegung gegen den weiteren Ausbau des Rhein-Main-Flughafens zum Ausdruck. Auf den Versammlungen und bei den Diskussionen unter den Aktivisten wurden und werden die Grünen-Politiker nicht als verlässliche Bündnispartner gesehen, obgleich sie sich im Wahlkampf ohne wenn und aber gegen eine neue Landebahn ausgesprochen hatten. Diejenigen ehemaligen Grünen-Wähler, die dem Argument Glauben schenkten, die neue Landebahn werde vorhandene Arbeitsplätze am Flughafen sichern und neue schaffen, haben dieses Mal der SPD die Stimmen gegeben. Viele Ausbaueegner sind wahrscheinlich der Wahl ferngeblieben².

Die Grünen sind in der Tat heute eine ganz normale Partei, so wie die anderen. Zu ökologischen Fragen verhalten sie sich in der Regierungspraxis nicht anders als ihre Koalitionspartner auch. Somit haben sie auch die Fähigkeit verloren, den Protest der Straße parlamentarisch zu repräsentieren, dessen tragender Teil sie ohnehin niemals waren. Selbst, wenn sie es wollten, könnten sie nicht mehr an ihren Ursprüngen anknüpfen: Ihre Regierungsbeteiligung in Bonn schränkt ihren Spielraum, in den Bundesländern oder örtlich außerparlamentarische Bewegungen mit ihrem Protest ins Parlament zu integrieren und damit zu entschärfen, aufs äußerste ein. Nach der verlorenen Wahl rücken die hessischen Grünen zunehmend von ihrer grundsätzlichen Position gegen den Flughafenausbau ab mit der Begründung, daß man dem Argument der Erhaltung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen mehr Gewicht einräumen müsse.

Schwächen der Linken

Die Unterschriftenaktion der CDU hat die Hessenwahl zu einem Ereignis gemacht, dessen Bedeutung über das einer gewöhnlichen Landtagswahl hinausgeht. Erstmals ist ausdrücklich von einer der großen Volksparteien eine Landtagswahl im wesentlichen mit der Stimmungsmache gegen die Ausländer – und im besonderen gegen die Türken und Kurden und die im weitesten Sinne orientalischen Ausländer – geführt und gewonnen worden.

Das zweite bemerkenswerte Ereignis ist, daß es dagegen kaum wirklichen Protest gegeben hat. Weder sind die Ausländer, »die nicht gemeint waren«, auf die Straße gegangen, noch haben die Parteien, die sich über die CDU-Kampagne öffentlich empörten, gleichermaßen öffentlichkeitswirksam mobil gemacht. Die Ursache dafür liegt vor allem darin, daß sowohl die »guten Ausländer«, das heißt die westeuropäischen EU-Ausländer, als auch die anderen Parteien in der Frage der Ausländerpolitik ambivalente Haltungen haben, bzw. innerorganisatorisch wie hinsichtlich ihrer Wählerschaft gespalten sind. Die gesellschaftliche Stimmung hat sich sichtbar nach rechts entwickelt.

Gleichwohl hat es Versuche gegeben, der CDU etwas entgegenzusetzen. Am schwächsten sicherlich die Aktion der

Bundesregierung, die mit ganzseitigen Anzeigen das Promi-Trio Boris Becker, Gottschalk und Müller-Westernhagen für ihre Staatsangehörigkeitspolitik werben ließ. Die Frankfurter Rundschau sammelte mit ihrem »Frankfurter Aufruf« Unterschriften gegen die CDU-Kampagne; sie kam auf etwas über Hunderttausend, die CDU allerdings auf etwa das Zehnfache, also über eine Million Unterschriften; eine Relation, die für uns insoweit noch weniger ermutigend ist, als die CDU zugleich einen massiven Einsatz mit ihren Mitgliedern und Sympathisanten auf den Straßen betrieb, während die Rundschau-Aktion im besten Fall dazu führte, daß unter Freunden und Arbeitskollegen, also in viel kleinerem Rahmen, Unterschriften gesammelt wurden.

In einigen Städten wurden die CDU-Stände gelegentlich oder sogar regelmäßig von Schülerinnen und Schülern und manchmal auch von linken deutschen und ausländischen Gruppen belagert, es wurde Flagge gezeigt. Bei solchen Gelegenheiten glänzten Gewerkschaften und SPD in der Regel durch Abwesenheit. Neben dem Problem unserer zahlenmäßigen Schwäche wurden wir und die anderen Linken mit der Schwierigkeit konfrontiert, daß die Gemeinsamkeiten zwischen den deutschen und den ausländischen Arbeitnehmern an anderen Themen als denen des Staatsangehörigkeitsrechts oder der Frage des Doppelpasses entwickelt werden können und müssen. Aber selbst unter den ausländischen Kollegen wird die Attraktivität einer doppelten Staatsbürgerschaft je nach Nationalität und persönlicher Lage höchst unterschiedlich bewertet. So bedeutet zum Beispiel für viele Kurden ein deutscher Paß die Sicherheit vor der Abschiebung, wenn sie hierzulande politisch für ihre kurdischen Belange aktiv werden.

Für Andere, die in ihrer fernen Heimat Vermögenswerte haben oder solche erben, ist in vielen Fällen ebenso die doppelte Nationalität von praktischer Bedeutung. Für viele

andere Menschen dagegen hat die Frage der doppelten Nationalität, wenn überhaupt, bloß symbolische Bedeutung. Die formale Ebene der doppelten Staatsangehörigkeit, um die es, wie bereits oben erwähnt, in Wirklichkeit gar nicht ging, ist politisch nicht unser Thema. In Wirklichkeit ging und geht es für die meisten Leute um die Frage der gleichen Rechte für alle. Dabei sind wahrscheinlich diejenigen, die dieses verneinen, die also direkte Diskriminierung bestimmter gesellschaftlicher Minderheitengruppen fordern, heute noch eine Minderheit und gehören, vergegenwärtigt man sich das unterschreibende Publikum, vorwiegend der älteren Generation an.

Die Linke war dieses Mal allerdings zu schwach, diesen wesentlichen Aspekt der Sache in der Öffentlichkeit deutlich zu machen und über ihren engeren Kreis hinaus Bündnispartner zu finden. Nach der Hessenwahl beendete die Hessen-CDU die Kampagne faktisch – auch wenn der Bundesvorsitzende Schäuble erklärte, es würden weiterhin solange Unterschriften gesammelt werden, bis die Regierungskoalition von ihrer diesbezüglichen Absicht abrücken würde. Aber das zugrunde liegende Thema wird – in anderer Gestalt – in Zukunft immer wieder eine Rolle spielen: Die Tatsache, daß die bürgerliche Gesellschaft im Gegensatz zu ihrem formalen Anspruch ihr Prinzip des »Gleichen Rechts für Alle« in Wirklichkeit mit Füßen tritt, und daß sie immer wieder gesellschaftliche Minderheiten schafft oder herausgreift, die sie für ihre eigenen gesellschaftlichen Mängel verantwortlich macht. Wir werden in Zukunft versuchen müssen, ähnlichen Angriffen auf bestimmte soziale Gruppen mit besserem Erfolg entgegenzutreten. Stand: 7.3.1999 ■

1 »Frankfurter Rundschau« vom 6.3.1999, Seite 31

2 Die PDS zeigt sich hier überhaupt nicht, weder mit Stellungnahmen noch mit Aktivisten. Bei der Landtagswahl forderte sie zur Stimmabgabe für die SPD auf.

■ ZUM STREIT UM DIE DOPPELTE STAATSANGEHÖRIGKEIT

Staaten haben keine Moral, Staaten haben Interessen

»Hätten die Juden (oder andere Vefolgte) während des dritten Reiches eine doppelte Staatsbürgerschaft gehabt, hätten sich viele retten können.« Dieser in einer Diskussion geäußerte Satz (der übrigens in der öffentlichen Debatte bemerkenswerterweise keine Rolle spielt) macht zweierlei: Einmal beendet er alle akademischen Diskussionen über das Für und Wider einer doppelten Staatsangehörigkeit zumindest für Linke, indem er klarstellt, wofür der »Doppelpass« gebraucht wird: zum Überleben. Und zum anderen zeigt er die moralische Diskussion dieser Frage auf und damit, dass es beim Streit um die doppelte Staatsangehörigkeit im Kern um den Konflikt von Moral gegen Interessen geht.

Staaten haben keine Moral...

Natürlich würde es der Bundesrepublik gut zu Gesicht stehen, als moralische Schlussfolgerung aus dem dritten Reich die Möglichkeit einer doppelten Staatsangehörigkeit für eine Gruppe der Bevölkerung einzurichten, die von vielen schon wieder für allerhand soziale Probleme zum Sündenbock gemacht wird: die Ausländer, und dabei insbesondere die Türken, Afrikaner usw.. Allerdings zeigt schon der soge-

nannte »Asylkompromiss« aus den 80er Jahren, mit dem das im Grundgesetz garantierte Asylrecht faktisch abgeschafft wurde, dass es mit den moralischen Schlussfolgerungen aus der Geschichte nicht so weit her ist.

Und wenn es nach der Moral ginge, dann hätten die Bundesregierung und die deutschen Konzerne die überlebenden Zwangsarbeiter der Nazizeit schon lange entschädigt und würden sich nicht bis heute um Zahlungen drücken. Dass der Staat Israel von der Bundesrepublik seit den 50er Jahren Wiedergutmachungsgelder erhält, beruht nicht auf moralischer Überlegung, sondern dient als Eintrittskarte der Bundesrepublik in den Kreis der Westmächte. Auch die Schweiz hat sich erst dann zur Rückzahlung jüdischen Vermögens bequemt, als nach dem Ende des Kalten Krieges in den USA politische Rücksichten fielen und den Schweizer Banken auch wegen des sich verschärfenden Konkurrenzkampfes gedroht wurde, ihr US-Geschäft könnte über dieser Frage kaputt gehen. Und obwohl in den USA der Vietnamkrieg mittlerweile mehrheitlich als »Fehler« eingeschätzt wird, ist bis heute kein Dollar an Wiederaufbauhilfe für das von amerikanischen Bombern zerstörte Vietnam geflossen.

...Staaten haben Interessen

Wenn vielfach von einem grundsätzlichen Unterschied zwischen dem deutschen Staatsangehörigkeitsrecht und seinem Abstammungsprinzip (»ius sanguinis« - eigentlich: »Blutrecht«) und anderen Rechtsauffassungen, z.B. dem französischen Territorialprinzip (»ius soli« - »Bodenrecht«), gesprochen und dem letzteren dabei nicht ganz zu Unrecht ein fortschrittlicher Charakter zugesprochen wird, so wird dabei in der Regel übersehen, dass sowohl die unterschiedlichen Staatsangehörigkeitsrechte wie auch deren Handhabung ihre interessengeleitete Geschichte haben.

So hinderte z.B. das deutsche Abstammungsrecht die »Blut und Boden«-Mystiker des Nazireichs nicht, im Zuge des Ostkrieges polnischen »Hilfswilligen« die deutsche Staatsangehörigkeit zu geben, um sich ihrer Dienste zu sichern (übrigens bis heute eine Quelle der »Deutschstämmigkeit« vieler ausreisewilliger Polen). Umgekehrt nutzte den Juden ihre z.T. seit Jahrhunderten bestehende deutsche Staatsangehörigkeit und Abstammung nichts, als sie 1935 mit den »Nürnberger Gesetzen« zu Menschen, die »nicht von deutschem Blute« sind, gemacht wurden.

Wiederum wurde das Abstammungsrecht im Kalten Krieg zur Waffe gegen osteuropäische Länder mit Nachfahren deutscher Auswanderer aus früheren Jahrhunderten, Rumänien z.B., vor allem aber die Sowjetunion. Natürlich war die Zusicherung an die »Russlanddeutschen«, bei Ausreise einen BRD-Pass zu bekommen (plus Arbeitslosengeld, Rente usw.), nichts anderes als ein Mittel zur permanenten Destabilisierung und Einmischung in die inneren Angelegenheiten der betreffenden Länder.

Niemand wäre es zur betreffenden Zeit bzw. bis heute in den Sinn gekommen, auf dasselbe Abstammungsprinzip gegenüber den Millionen deutscher Auswanderer und deren Nachkommen in den USA oder Südamerika zu pochen – es sei denn, man brauchte Eishockey – oder Fußballspieler mit deutschem Pass. Auch gegenüber Österreich denkt niemand daran, obwohl Österreich bis 1871 zu Deutschland zählte und dann von 38 – 45 zu »Großdeutschland«. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion versucht man nun umgekehrt mit aller Macht, die Russlanddeutschen zum Bleiben zu bewegen – Schluss mit Abstammung!

Übrigens nutzte vielen US-Amerikanern japanischer Abstammung das dortige Bodenrecht auch nicht viel, als sie während des zweiten Weltkriegs kurzerhand in Internierungslager gesteckt wurden.

Das deutsche Abstammungsrecht kam auch da zupass, als gegen Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre die deutsche Industrie boomte und Arbeitskräfte brachte und diese vor allem aus den Mittelmeerländern anwarb. Mit dem Status des »Gastarbeiters« versehen, waren diese von Anfang an Menschen zweiter Klasse und ein bequemes Mittel, sie von deutschen Arbeitnehmern zu unterscheiden und so die Konkurrenz zu befestigen. Den einheimischen Arbeitnehmern wurde damit das Gefühl vermittelt, doch noch etwas Besseres zu sein, und dass man im Zweifelsfall die Konkurrenz auch wieder nach Hause schicken könne.

Wie stark diese Interessengemeinschaft von Unternehmern und Arbeitnehmern war, zeigt allein schon die bemerkenswerte Tatsache, dass unter der so reformeifrigen sozialliberalen Koalition von 1969 bis 1982 das herrschende Staatsangehörigkeitsrecht nicht verändert wurde.

Die CDU-Kampagne

Genau an dieser Interessenlage knüpft die CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsangehörigkeit an, da es jetzt in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit – mehr denn je darum geht, die Konkurrenz der Ausgebeuteten zu erhalten bzw. zu verschärfen, indem man z.B. »Privilegien« verteidigt, um sich die Loyalität der Besitzer dieser »Privilegien« zu sichern. So wird die deutsche Staatsangehörigkeit zum Privileg, das verteidigt werden muss – gegen die Ausländer. In der Umkehrung wird die doppelte Staatsangehörigkeit auf einmal zu einem »Privileg«, das die Ausländer kriegen sollen. Damit erweist sich die CDU-Kampagne als eine, die sich nur scheinbar gegen die doppelte Staatsangehörigkeit richtet, in Wirklichkeit aber um den Erhalt der Trennung in »wir« und »die da« geht. Es geht also um eine Vereinigung am Punkt »Nationalität« von Herrschenden und Beherrschten gegen eine Gruppe von Außenstehenden, es geht um den Versuch, einem Teil der von der zunehmenden internationalen Konkurrenz Bedrohten und Verunsicherten eine Sicherheit anzubieten: die der Nationalität.

Diese Kampagne wurde bis weit in die Arbeiterschaft als das verstanden, was sie sein sollte, nämlich als Anti-Ausländerkampagne, und entsprechend begrüßt. Die SPD war nicht in der Lage, dagegen zu mobilisieren, weil für sie ihre politischen Handlungsmöglichkeiten mit dem Aufruf, bei der Bundestagswahl die SPD zu wählen, erschöpft waren. Mit dem Aufwerfen der sozialen Frage und der Hoffnung auf eine soziale Verbesserung hätte die Sozialdemokratie die CDU-Front spalten können. Das hätte allerdings einen Bruch mit der Sozialpartnerschaft und zumindest das Benennen des Klassenkampfes bedeutet. Davor scheut sie aber zurück, wie der Rückzug Lafontaines ins Privatleben illustriert. Nach nur drei Monaten Regierungspolitik waren viele SPD-Wähler von der Regierungspolitik so enttäuscht, dass die Ausländerfrage wieder in den Vordergrund rücken konnte.

Zudem sitzen viele Funktionäre in SPD und Gewerkschaften und ihre Anhänger im gemeinsamen Boot mit den Unternehmern und haben in der Vergangenheit die Ausgrenzung der ausländischen Arbeitnehmer mitgetragen und sogar von ihr profitiert. Innenminister Schilys Spruch von der »Belastungsgrenze«, die die BRD bei der Zuwanderung erreicht habe, kommt nicht von ungefähr.

Integration durch doppelte Staatsangehörigkeit?

Dass die doppelte Staatsangehörigkeit dazu beitragen kann, dass sich jemand hier eher dazugehörig fühlt, weil er z.B. mitwählen kann, kann sein, ist aber gar nicht der Punkt. Das ist die grundsätzliche Schwäche der grünen Argumentation. Grundsätzlich gilt, dass die kapitalistische Konkurrenzgesellschaft fortlaufend Menschen aus dem Arbeitsprozess ausschließt, »desintegriert«, aber auch wieder aufnimmt, je nach Konjunkturverlauf. Je ungünstiger die wirtschaftliche Entwicklung, desto mehr Menschen werden an die Wand gedrängt und desto notwendiger ist es, diese Menschen zu unterteilen, zu differenzieren, zu entsolidarisieren.

Das Beispiel der USA zeigt, dass dort die schwarze Bevölkerungsgruppe trotz ihrer unangezweifelten Staatsangehörigkeit zum großen Teil nicht integriert ist, dass sie in der sozialen Stufenleiter nach den Weißen, den Asiaten, den Latinos an letzter Stelle kommt. Diese soziale Rangfolge ist herrschaftssichernd, indem sie den einzelnen Gruppen das Gefühl gibt, etwas Besseres zu sein als die anderen – bis auf

die letzte Gruppe. Die Integration oder Nichtintegration der ausländischen Bevölkerung ist somit nur ein Teil der allgemeinen Konkurrenz und des Auspielens der einzelnen Arbeitnehmergruppen gegeneinander. Daran wird keine doppelte Staatsbürgerschaft etwas ändern können, sondern langfristig nur die Abschaffung der Konkurrenzgesellschaft.

Das sogenannte »Optionsmodell«, auf das sich die rot-grüne Koalition jetzt mit der FDP geeinigt hat, reduziert das Problem noch stärker als bisher auf die Frage der Integration. Wer sich integrieren wolle, könne das mit 23 Jahren entscheiden und dann die deutsche Staatsangehörigkeit behal-

ten. Das unterstellt, dass jeder für seine eigene Integration sorgen könne und solle, und tut so, als ob es keine gesellschaftlichen Ausgrenzungsprozesse gäbe.

Es bleibt im Kern, dass die doppelte Staatsangehörigkeit eine Notwendigkeit und ein gutes Recht für alle diejenigen darstellt, deren Situation in dieser Gesellschaft aufgrund ihrer Herkunft eine akut oder potentiell gefährdete bleibt. Solange es Grenzen und Pässe und Staaten gibt und damit Ausgegrenzte, brauchen diese die Möglichkeit, Grenzen überschreiten zu können.

16.4.99 ■

■ NEUE DISKUSSION UM DIE ENTSCHÄDIGUNG VON ZWANGSARBEITERN

Unternehmer erklären: »Wir zahlen – aber nur noch einmal!«

Seitdem sich die Schweizer Großbanken im August 1998 aufgrund drohender Boykotte auf dem lukrativen US-Markt dazu durchrangen, dem World Jewish Congress 1.25 Mrd. US-\$ Entschädigung zu zahlen, ist das Thema »Entschädigung von Zwangsarbeitern« im Kanzleramt und in den Vorstandsetagen deutscher Industrieunternehmen wieder Chefsache. Gegen mindestens zwei Dutzend deutscher Industrieunternehmen und Banken werden derzeit Sammelklagen vor US-Gerichten vorbereitet, die im Falle des Erfolges – woran niemand zweifelt – Regressforderungen in (wahrscheinlich zweistelliger) Milliardenhöhe zur Folge haben werden. Angeklagt werden die größten deutschen Industrieunternehmen wegen der immer noch ausstehenden Regelung der Entschädigung der Zwangsarbeitern sowie die Banken und Versicherungen wegen Veruntreuung von Kundengeldern und Hehlerei (Handel mit gestohlenen Gütern).

Die Bedeutung, die die Zwangsarbeit im Faschismus hatte - Schätzungen gehen von 12 bis 14 Millionen Menschen aus, die während des zweiten Weltkrieges ins Deutsche Reich deportiert wurden - wurde in der Bundesrepublik bis etwa 1985 öffentlich totgeschwiegen. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde dieses Thema allenfalls in den Veröffentlichungen von DDR-Historikern bearbeitet. In der BRD wies lediglich die VVN darauf hin, daß ehemalige Zwangsarbeiter von der sogenannten »Wiedergutmachung« ausgeschlossen sind. Sofern bundesdeutsche Unternehmen bisher Entschädigungen zahlten, geschah dies erst nach jahrzehntelangen Verhandlungen und ohne juristische Anerkennung des Tatbestandes. Diese Zahlungen stellten lediglich ein Schweigegeld dar; die Diskussion über die Zwangsarbeiter drohte die Geschäfte zu stören. Der Rheinmetall Konzern etwa zahlte 2.5 Millionen DM, weil das Management befürchtete, sonst vom US-Rüstungsmarkt ausgeschlossen zu werden. In anderen Unternehmen zahlte erst die Erbgeneration, damit endlich Ruhe ist (z.B. Diehl). Mit dem Industriellen Flick bzw. dessen Bevollmächtigten von Brauchitsch wurde fast zwei Jahrzehnte ergebnislos verhandelt. Erst nach dessen Tod entschloß sich die Deutsche Bank, als sie das Flick-Vermögen verwaltete, zu einer symbolischen Zahlung.

Nach dem Fall der Mauer bewilligte der Bundestag 1991 erstmals 500 Mio. DM für in Polen lebende NS-Opfer und ein Jahr später eine Milliarde DM für in der ehemaligen SU

lebende Verfolgte. Die Gelder werden jeweils von Stiftungen in den Heimatländern verwaltet. Die meisten ehemaligen Zwangsarbeiter warten heute noch auf Zahlung. Voraussetzung für Zahlungen ist nämlich die Anerkennung als NS-Verfolgter seitens der Bundesrepublik. Diese Bescheinigungen stellt als einzige Behörde der Suchdienst des Roten Kreuzes in Arolsen aus. Dort lagen im Jahr 1995 noch etwa 600 000 unbearbeitete Anträge vor. Ehemalige Zwangsarbeiter können somit nach 3 Jahren Wartezeit mit der Bescheinigung rechnen, die sie berechtigt, im jeweiligen Heimatland den Antrag zu stellen, Geld aus einem Fond zu erhalten - in Anbetracht dessen, daß die jüngsten Zwangsarbeiter 70 Jahre alt sind, ein Hohn. Die Bundesregierung betrachtete das Thema Zwangsarbeit mit der Einrichtung der Stiftungen als erledigt. Ob jemals Geld bei Zwangsarbeitern ankommt und wenn ja wann und wieviel oder ob das Geld in der russischen/polnischen Verwaltung versickert, betrachten bundesdeutsche Politiker nicht mehr als ihr Problem. Daß die baltischen Politiker sich weigerten, mit einer russischen Stiftung zusammenzuarbeiten und lettische Zwangsarbeiter somit leer ausgehen, versuchte die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth bei einem Besuch Lettlands mit dem Angebot des Baus eines Altersheims zu kompensieren.

Im Gegensatz zu den ehemaligen Zwangsarbeitern erhalten über hundert im Krieg verwundete lettische SS-Freiwillige eine Rente gemäß Bundesversorgungsgesetz. Ehemalige Zwangsarbeiter aus Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien sind ohnehin aus bisherigen Regelungen ausgenommen.

Der Umfang des Einsatzes von Fremdarbeitern in der NS-Kriegswirtschaft

In der deutschen Rüstungswirtschaft gab es drei große Engpässe: Devisen, bestimmte Rohstoffe und Arbeitskräfte. Der Einsatz der Zwangsarbeiter begründet sich zum einen aus Lehren, die die nationalsozialistische Sozialpolitik aus den Erfahrungen des ersten Weltkrieges zog: Die Nazis befürchteten, daß die Dienstverpflichtung deutscher Frauen zu erheblicher innenpolitischer Destabilisierung und Unzufriedenheit führen könnte. Zum anderen unterlag der Einsatz von Zwangsarbeitern taktischen Überlegungen aufgrund der jeweiligen Kriegslage. Es gibt keine Hinweise darauf, daß der

Einsatz von Zwangsarbeitern vor dem Krieg geplant oder vorbereitet wurde.

Die ersten Zwangsarbeiter waren 300.000 polnische Kriegsgefangene, die 1939 vorwiegend in der Landwirtschaft eingesetzt wurden. Bis Mai 1940 wurden etwa eine Million polnische Zwangsarbeiter aus dem sogenannten »Generalgouvernement« ins Reich deportiert. Ein umfangreiches System von Repressionen sollte gewährleisten, daß die massive Beschäftigung von »Fremdvölkischen« im Alltag der Deutschen nicht zu sehr auffiel oder gar die »Blutreinheit« des deutschen Volkes bedroht wurde: Kontakt mit Deutschen außerhalb der Arbeit war verboten, sexuelle Kontakte mit deutschen Frauen wurden mit öffentlicher Hinrichtung der beteiligten Polen geahndet. Nach dem »Frankreichfeldzug« (1940) wurden mehr als eine Millionen französischer Kriegsgefangener als Arbeitskräfte nach Deutschland deportiert. Auch sie wurden im wesentlichen in der Landwirtschaft eingesetzt.

Seit dem Herbst 1941, als die deutschen Armeen im Krieg gegen die SU ihre ersten Rückschläge erlebten, stellte sich die deutsche Rüstungsindustrie auf einen länger dauernden Abnutzungskrieg ein und vergrößerte ihre Kapazitäten erheblich. Gleichzeitig erfaßte eine massive Einberufungswelle die Belegschaften der bis dahin geschützten Rüstungsbetriebe. Der Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener wurde im Herbst 1941 noch von Parteiführung und SS aus rassistischen und sicherheitspolitischen Gründen abgelehnt. Mehr als die Hälfte der 3.3 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen des Jahres 1941 verhungerten. Insgesamt kamen bis zum Kriegsende von den etwa 5.7 Mio. sowjetischen Kriegsgefangenen 3.5 Mio. in deutschem Gewahrsam ums Leben.

Der Einsatz von sowjetischen Zwangsarbeitern begann 1942, war zunächst auf den Bergbau beschränkt, wurde dann aber auf alle Industriebereiche ausgedehnt. Im März 1942 wurde Fritz Sauckel zum »Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz« ernannt, dessen Organisation bis zum Kriegsende etwa 2,5 Millionen Zivilpersonen ins Reich deportierten. Das Durchschnittsalter der Zwangsarbeiter betrug etwa 20 Jahre. Innerhalb der deutschen Städte entstanden nun flächendeckend Ausländerlager (in Berlin z.B. etwa 500), in denen die Zwangsarbeiter dezentral untergebracht wurden. Im Spätsommer 1944 waren auf dem Gebiet des »Großdeutschen Reiches« 7,6 Mio.¹⁾ ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene offiziell als beschäftigt gemeldet. Sie stellten damit zu diesem Zeitpunkt etwa ein Viertel aller in der gesamten Wirtschaft registrierten Arbeitskräfte. Die großen Industrieunternehmen beschäftigten 1943 – 1945 bis zu 40 % Zwangsarbeiter: bei Krupp arbeiteten im Januar

1943 42.000 Deutsche und 25.000 Zwangsarbeiter, bei Rheinmetall-Borsig 46.000 Deutsche und 20.000 Fremdarbeiter, bei AEG 67.000 Deutsche und 30.000 Fremdarbeiter. Die Konzerne, gegen die derzeit in den USA Klage eingeleitet wird, haben jeweils Zehntausende Zwangsarbeiter beschäftigt, und stellen dennoch nur die Spitze des Eisberges dar.

Die Zahl der jüdischen Zwangsarbeiter betrug Mitte 1944 etwa 500.000 Menschen, sie stellten also nur eine Minderheit der Zwangsarbeiter. Wenig verwunderlich, denn zu diesem Zeitpunkt war die Ermordung deutscher, polnischer und westeuropäischer Juden bereits abgeschlossen. Erst seit Anfang 1944 wurden aufgrund des zunehmenden Arbeitskräftemangels in der letzten Kriegsphase wieder jüdische Zwangsarbeiter eingesetzt, die zuvor aus Ungarn deportiert worden waren. Diese ungarischen Juden arbeiteten vorwiegend in den SS-Betrieben, die Verlegung rüstungswichtiger Fertigungen in unterirdische Fabriken durchführten. Allein im Zwangsarbeitslager Dora-Mittelbau bei Nordhausen im Harz, wo in einem unterirdischen Stollensystem V2-Raketen montiert wurden, fanden mehr als 20.000 Zwangsarbeiter den Tod.

In der Behandlung der Zwangsarbeiter gab es nationale Abstufung: Französische Kriegsgefangene verhungerten in der Regel nicht; sowjetische Zwangsarbeiter hingegen hatten in den SS-Betrieben eine Lebenserwartung von unter 6 Monaten, sofern sie im Straßen- oder Tunnelbau eingesetzt wurden. Die SS, der die Vernichtungs- und Konzentrationslager unterstanden und die dort eigene Fertigungsstätten unterhielt, organisierte den Einsatz der Zwangsarbeiter in den Industriebetrieben und bewachte die dort eingesetzten Zwangsarbeiter, die in sogenannten Außenlager untergebracht waren. Generell läßt sich feststellen, daß die in Industriebetrieben beschäftigten Zwangsarbeiter deutlich günstigere Überlebenschancen hatten als die Zwangsarbeiter der SS-Betriebe. Die SS organisierte dort die Zwangsarbeit gemäß der Devise »Vernichtung durch Arbeit«. Unterlagen belegen, daß die SS die Verpflegung zunächst so kalkulierte, daß die voraussichtliche Lebenszeit eines Zwangsarbeiters einem halbes Jahr betrug. In vielen Industriebetrieben setzte sich demgegenüber die Erkenntnis durch, daß verhungernde Menschen nicht produktiv arbeiten. 1943 wurden die Lebensmittelrationen für Zwangsarbeiter erhöht. Wenn heute Unternehmenshistoriker darauf hinweisen, daß in den von ihnen untersuchten Betrieb XY die Zwangsarbeiter gegen den Willen der SS in der Werkskantine zusätzlich verpflegt wurden, ist das vermutlich richtig, diente aber ausschließlich dem Zweck, die Produktivität der Arbeit zu steigern.

Die brutalste Ausbeutung von Zwangsarbeitern außerhalb von der SS-Betriebe herrschte in den Fabriken der IG-Farben-Industrie. Die IG-Farben errichtete 1942 neben dem Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau einen Produktionsbetrieb für Buna – Auschwitz-Monowitz. Dort wurden jüdische Zwangsarbeiter aufs notdürftigste mit Nahrung und Kleidung versorgt, im Morgengrauen bei jedem Wetter zu langen Frühappellen geweckt und gezwungen, in Elf-Stunden-Schichten bis zur völligen Erschöpfung zu arbeiten. Innerhalb von 3 bis 4 Monaten zehrte diese Behandlung die Lagerinsassen aus und machte aus ihnen wandelnde Skelette. Wer nicht tot umfiel, wurde früher oder später von der SS ausgesondert und vergast. Die Geschwächten und Toten wurden ersetzt und der Kreislauf begann von neuem. Auf

1) Dietrich Eichholtz:

Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. 3, S. 243

Ulrich Herbert: Fremdarbeiter, S. 271

Land	Insgesamt	davon Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
UDSSR	2.758.312	2.126.753	631.559
Polen	168.800	1.659.764	028.316
Frankreich	1.254.749	654.782	599.967
Italien	585.337	158.099	042.738
Protektorat			
Böhmen u. Mähren	280.273	280.273	-
Niederlande	270.304	270.304	-
Belgien	253.648	203.262	050.386
Insgesamt	7.651.970	5.721.883	1.939.087

diese Weise durchliefen von 1943 – 1944 etwa 35.000 Menschen das KZ-Außenlager. Mit Sicherheit starben mehr als zwei Drittel dieser Menschen – mindestens 27.000.

Wiedergutmachung unter dem Primat der Einbindung in den Westblock

Nach der Kapitulation Deutschlands wurden die Zwangsarbeiter in ihre Heimatländer »zurückgeschickt«, genau gesagt sie mußten sich dorthin durchschlagen. Da die Befreiung vom Faschismus nicht aus eigener Kraft geschah, gab es in Deutschland auch niemals eine politische Kraft, die eine Entschädigung (was immer das auch sei) gefordert hätte. Die Besatzungsmächte, die 1945 bis 1947 noch unter dem Eindruck der Bilder des Holocaust standen, untersuchten die Verstrickung deutscher Unternehmen in die Kriegswirtschaft und verfaßten hierüber Berichte. Für die Deutsche Bank lautete das Ergebnis der 1947 von der Financial Devison des Office of the Military Government of the United States for Germany verfaßten Untersuchung, der sogenannte Omgus-Report: *»Es wird empfohlen, daß erstens die Deutsche Bank liquidiert wird, zweitens die verantwortlichen Mitarbeiter der deutschen Bank angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden, drittens die leitenden Mitarbeiter der Deutschen Bank von der Übernahme verantwortlicher Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden.«*

Im Zuge des kalten Krieges, der im Sommer 1950 mit dem Korea-Krieg lokal zu einem »heißen« entbrannt war, hatten die Westalliierten ein Interesse an der Integration der BRD in das westliche Verteidigungsbündnis und an einer damit verbundenen Wiederaufrüstung. Die Alliierten verhandelten deshalb mit der Adenauer-Regierung über eine schrittweise Aufhebung des Besatzungsstatus, mit einer deutschen Integration in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) als Gegenleistung. Diese Verhandlungen endeten am 26. März 1952 mit dem Abschluß der Deutschland-Vertrages. Die nächsten wichtigen Etappen für die Integration Westdeutschlands in das westliche Bündnis waren das Londoner Schuldenabkommen von 1952, mit denen die Kreditwürdigkeit der BRD wiederhergestellt wurde und der Luxemburger Vertrag, der die sogenannte »Wiedergutmachung« gegenüber dem Staat Israel einleitete.

Im Februar 1952 begannen in London Verhandlungen mit Vertretern aus 65 Gläubigerstaaten statt über die Rückzahlung deutscher Vorkriegsschulden (13 Mrd. RM) und Nachkriegsschulden aus der Besatzungszeit (16 Mrd. DM). Konsens bestand im Ziel der Konferenz, nämlich die Kreditwürdigkeit der BRD wiederherzustellen. Leiter der deutschen Delegation war Hermann J. Abs. Als Ergebnis dieser Verhandlungen wurden die Vorkriegsschulden auf 7,3 Mrd. DM, die Nachkriegsschulden auf 7 Mrd. DM herabgesetzt. Das Londoner Schuldenabkommen regelte also die Abwicklung des »Konkurses des Deutschen Reiches« und schuf damit den Rahmen, innerhalb dessen die BRD in die Weltwirtschaft wiedereingegliedert wurde. Reparationszahlungen für den Zweiten Weltkrieg wurden bis zum endgültigen Friedensvertrag (den es nie geben sollte) ausgesetzt. Zu den Forderungen, die bis zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage zurückgestellt wurden, zählten einige Jahre später die bundesdeutschen Gerichte auch die Lohnforderungen von ehemaligen Zwangsarbeitern. Auf deutscher Seite setzte sich der Standpunkt durch, vor einer Regelung der (von der BRD völ-

kerrechtlich anerkannten) Schulden, über deren Nachlaß 1952 in London verhandelt wurde, keine zusätzlichen Schulden anzuerkennen.

Am 12. März 1952 – also während der Verhandlungen über ein Schuldenabkommen – übermittelte das israelische Außenministerium den vier Alliierten die Forderung nach materieller Wiedergutmachung durch Deutschland (BRD und DDR). Von deutscher Seite sollte an Israel als Ersatz für die Kosten, die Israel im Zusammenhang mit der Rettung, Ansiedlung und Eingliederung jüdischer Opfer des Naziregimes getragen hatte, 1,5 Mrd. US \$ gezahlt werden, 1 Mrd. US \$ von der BRD, 500 Mio. von der DDR. Im Juni 1952 einigte man sich in Bonn auf eine Entschädigungssumme und Zahlungsmodalitäten, die am 10. September im Luxemburger Abkommen festgeschrieben wurden. Die BRD verpflichtete sich zu Warenlieferungen an den Staat Israel im Wert von 3 Mrd. DM, abzuleisten in 10 Raten.

Das Londoner Schuldenabkommen und der Luxemburger Vertrag über »Wiedergutmachung« gegenüber Israel bedeutete für die deutsche Wirtschaft zwei Seiten derselben Medaille. Sie diente der »Wiedereinbürgerung« der deutschen Wirtschaft in den Weltmarkt. Von nun an mußten deutsche Unternehmen nicht mehr befürchten, daß Zahlungsbilanzüberschüsse von Siegermächten als Kompensation von Kriegsschäden requiriert werden könnten. Das Luxemburger Abkommen schuf den Rahmen für die moralische Wiedereinbürgerung Deutschlands.

Entschädigung von NS-Verfolgten

Mit den genannten Verträgen war auch der Rahmen für Entschädigung von NS-Verfolgten abgesteckt. Die Systematik, mit der Zwangsarbeiter, die vorwiegend aus ost- und südosteuropäischen Ländern nach Deutschland deportiert worden waren, seit den 50er-Jahren von der Anerkennung als NS-Verfolgte und damit vom juristischen Anspruch auf Entschädigung ausgegrenzt werden, ist – da weithin unbekannt – eine genauere Beschreibung wert:

Juristisch wurde die Entschädigung für zwei Gruppen definiert: Für Soldaten und Zivilisten des Deutschen Reiches gelten die sogenannte »Kriegsopferversorgung« (KOV) und das »Bundesversorgungsgesetz«. Für die KOV wurden bis 1996 etwa 100 Mrd. DM ausgegeben. Die Entschädigung NS-Verfolgter ist im Bundesentschädigungsgesetz (BEG) und Bundesrückerstattungsgesetz (BRüG) geregelt. Hierfür wurden etwa 96 Mrd. aufgewendet. Das BEG wurde 1956 erlassen und 1965 novelliert; die Antragsfrist für die Anerkennung als NS-Verfolgter endete 1969. Das BEG legt fest, daß nur diejenigen, die aus »Gründen der Rasse, der Religion und der Weltanschauung oder aus politischer Gegnerschaft« verfolgt wurden, als NS-Verfolgte anerkannt werden. Mit dieser Definition wurden jahrzehntelang Roma, Sinti, Homosexuelle, Kriegsdienstverweigerer, und Deserteure von Entschädigungszahlungen ausgeschlossen. Die größte Gruppe ausgegrenzter NS-Opfer bilden jedoch die Zwangsarbeiter. Deren Entschädigung ist dem deutschen Rechtsverständnis nach nicht für jeden Einzelfall, sondern zwischenstaatlich zu regeln. Im Londoner Schuldenabkommen wurden jedoch Reparationszahlungen für Schäden des Zweiten Weltkrieges im Art.5 ausdrücklich ausgeklammert. Zusätzlich schränkt die sogenannte »Diplomatenklausel« die Gültigkeit des BEG auf die Länder ein, zu denen die BRD innerhalb der sehr kurzen Antragsfrist diplomatische Beziehungen unterhielt.

Anspruch auf Entschädigung hatte nur, wer am 31.12.1952 seinen Wohnsitz im Gültigkeitsbereich des BEG hatte. Der Anerkennung sowjetischer, polnischer oder jugoslawischer Zwangsarbeiter als NS-Opfer wurden somit vorsorglich gleich mehrere Riegel vorgeschoben. Lediglich jüdische Zwangsarbeiter, die mindestens ein Jahr in Westeuropa, USA oder Israel gelebt und ihren Antrag spätestens bis 1965 gestellt hatten, fielen nicht durch dieses Raster und hatten Anspruch auf Entschädigung gemäß BEG. Kein einziger nichtjüdischer Zwangsarbeiter erhielt bis 1990 eine Entschädigung. Der Bundesgerichtshof lehnte 1973 unter Berufung auf das Londoner Schuldenabkommen Forderungen nach Entschädigung mit der Begründung ab, die deutsche Wirtschaft müsse vor einer finanziellen Überforderung geschützt werden.

Da Einzelklagen von Zwangsarbeitern von deutschen Gerichten abgewiesen wurden, entwickelte sich die Jewish Claims Conference zur einzigen Interessensvertretung, die überhaupt eine Chance hatte, in direkte Verhandlungen mit deutschen Industrieunternehmen einzutreten, die während der NS-Zeit jüdische KZ-Gefangene in ihren Fabriken zum Arbeitseinsatz gezwungen hatten. Die deutsche Industrie zahlte nach jahrzehntelangen Verhandlungen bis 1973 lediglich 55 Millionen DM an rund 17.000 ehemalige Zwangsarbeiter:

- IG-Farben i.L. zahlten 27.841.500 DM an 5.855 jüdische Antragsteller(innen),
- Krupp 10.050.900 DM an 3.090 Antragsteller,
- AEG 4.312.500 DM an 2.223 Antragsteller,
- Siemens 7.184.100 DM an 2.203 Antragsteller
- Rheinmetall 2.546.095 DM für 1.507 jüdische Antragsteller²⁾.

1980 zahlten dann Daimler Benz 20 Mio. DM, eine Hälfte an die Jewish Claims Conference, die andere Hälfte dem Roten Kreuz und weiteren Verbänden ohne Bindungszweck³⁾. VW stellte 1988 etwa 25 Mio. für karitative Einrichtungen in den Heimatländern der Zwangsarbeiter zur Verfügung. Bis 1990 zahlten deutsche Unternehmen Entschädigungen, die - wären sie auf alle Zwangsarbeiter verteilt worden - pro Kopf weniger als 500 DM ausmachten. Entschädigt wurden aber nur jüdische Zwangsarbeiter und die auch nicht direkt, sondern über den JCC. Wie die JCC die Gelder weiterleitete, unterlag nicht öffentlicher Kontrolle. Etwa 99 % der ehemaligen Zwangsarbeiter - soweit sie in den 70er und 80er Jahren noch lebten - hatte nie einen Pfennig »Entschädigung« erhalten und auch keine Möglichkeit eine Entschädigung einzufordern.

Sammelklagen vor US-Gerichten

Bis zum Zusammenbruch des sozialistischen Blocks brauchten bundesdeutsche Unternehmen nicht befürchten, daß die Entschädigung der Zwangsarbeiter noch einmal Gegenstand öffentlicher Debatten werden könnte. Erst die Wiedervereinigung - genau gesagt der Reparationsverzicht der Alliierten - entzog der juristischen Konstruktion, mit der bis dahin die Entschädigung von Zwangsarbeitern abgewimmelt wurde, den Boden. Daher wurden auch 1991 sehr zügig mit Polen und den GUS-Staaten Verträge abgeschlossen.

Insbesondere in den USA wurden in den letzten Jahren die Stimmen lauter, die den auf den amerikanischen Markt drängenden deutschen Unternehmen vorwarfen, die bisherige Entschädigung der Zwangsarbeiter sei ein Fliegenschuß gewesen. Die Unternehmer horchten auf: Daß die deutschen Parlamente und Gerichte ihnen bisher den Rücken frei hielten hinsichtlich der Verpflichtung zur Entschädigung von Zwangsarbeitern, nutzt ihnen auf dem US-Markt, wo deutsche Unternehmen US-Recht unterliegen, wenig. Bundeskanzler Schröder hat zwar mehrfach betont, er werde die deutsche Industrie gegen die im Ausland erhobenen Ansprüche schützen. Das wird aber eine amerikanische Jury, die sich im Falle eines Entschädigungsprozesses vor einem amerikanischen Gericht die Berichte der Zwangsarbeiter anhören wird und dann die Höhe der Entschädigung festlegt, wenig beeindrucken. Die Unternehmer wissen: wenn ehemalige Zwangsarbeiter als amerikanische Bürger Tochterfirmen deutscher Unternehmen verklagten, entstehen unabsehbare Kosten und sie streben deshalb eine einvernehmliche Lösung im Vorfeld dieser Prozesse an. Als größtes Problem betrachten sie die Verbindlichkeit des Arrangements. Die Unternehmer wissen, daß sie noch einmal etwas zahlen müssen, aber es soll das letzte Mal sein. In der Vergangenheit hatten sie es einfacher: sie mußten sich mit Interessenverbänden arrangieren, die eine bestimmte Klientel vertraten. Da war von vornherein klar, für wen gezahlt wird und für wen nicht. In den USA prozessieren aber Anwaltskanzleien, die weltweit Prozeßvollmachten gesammelt haben. Das macht die Kosten der Entschädigungen für die Unternehmen kaum überschaubar. Zum einen konkurrieren die Anwaltskanzleien gegeneinander, zum anderen könnten die Klagen in jedem der fünfzig Bundesstaaten geführt werden. Das bisherige Prinzip, nichtjüdische Zwangsarbeiter nicht zu entschädigen, ist zukünftig zumindest in den USA nicht mehr durchzuhalten.

Gegenwärtig koordiniert Kanzleramtsminister Bodo Hombach im Auftrag der Bundesregierung und im Namen von 17 Industrieunternehmen die Abstimmungsgespräche. Hombachs Linie lautet: »Wir zahlen - aber nur noch einmal«. Beobachter bescheinigen ihm, daß er selbstbewußter auftritt als ein christdemokratischer Politiker das könnte. Hombach hat auch bereits im Vorfeld den Kreis der »Anspruchsberechtigten« auf 200.000 - 300.000 eingeschränkt und will Kriegsgefangene aus juristischen Gründen (!) ausschließen.

Als Hombach im Februar zu Gesprächen in die USA flog, begleitete ihn der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, die im letzten Jahr für 17 Milliarden DM das New Yorker Investmenthaus Bankers Trust gekauft hat. Anwaltskanzleien, die Holocaust-Opfer und deren Hinterbliebene vertreten, blockieren derzeit die Fusion wegen des Handels der deutschen Bank mit Opfergold sowie der sogenannten Arierisierung jüdischen Vermögens. Einer ihrer Fürsprecher ist der New Yorker Stadtkämmerer, der Pensionsfonds in zweistelliger Milliardenhöhe verwaltet.

Die Unternehmer betrachten heute - da in den Vorständen keine personellen Verbindungen mit Personen, die sich während des Faschismus die Finger schmutzig machten, vorhanden sind - die Entschädigungsfrage völlig emotionslos, das heißt auf Grundlage einer Kosten/Nutzen-Rechnung. Für die Unternehmer sind die anstehenden Entschädigungszahlungen notwendige Kosten, um sich von der Vergangenheit loszukaufen, aber sie erwarten, daß ihre Höhe kalkulierbar

2) Benjamin B. Ferencz: Lohn des Grauens, 1981

3) Daimler Benz beschäftigte etwa 46.000 Zwangsarbeiter, die bis zu 72 Stunden in der Woche arbeiteten.

ist. Die Deutsche Bank ist angeblich bereit, 1,3 Milliarden DM Entschädigung an die Holocaust Opfer zu zahlen, und für den Fond der Industrieunternehmen ist von einer Größenordnung von zwei bis zweieinhalb Milliarden DM die Rede. Derartige Summen betrachten Unternehmer als »kleines Geld«, wenn im Gegenzug gewährleistet wird, daß sie zukünftig unbelastet von ihrer Vergangenheit in Nazi-Deutschland als Gleiche unter Gleichen auf dem Weltmarkt ihren Geschäften nachgehen können.

Es wird sicherlich bald eine Regelung geben und es ist absehbar, daß bei dieser Regelung diejenigen außen vor bleiben, die schon bisher von allen Entschädigungen ausgeschlossen wurden: die osteuropäischen Zwangsarbeiter. Klar ist weiterhin, daß die Verteilung des Geldes öffentlicher Kontrolle entzogen sein wird. Etwa 30 % der Summe bleiben in den USA üblicherweise bei den Anwälten hängen. Dem WJC wird ohnehin vorgeworfen, Teile des Geldes nach Israel zu transferieren. Und doch muß diese Kritik zurückhaltend geäußert werden. In Deutschland hat es schließlich keine politische Kraft gegeben, die in der Lage gewesen wäre, die Unternehmer zu Zahlungen von Entschädigungen zu zwingen. Ohne die Lobbyarbeit der JCC hätten selbst jüdische Zwangsarbeiter niemals auch nur einen Pfennig gesehen!

Die Geschichte der Entschädigung der Zwangsarbeiter in der BRD ist unmittelbar damit verknüpft, daß der Faschismus nicht aus eigener Kraft, also von innen, besiegt wurde. Es gab daher auch niemals eine gesellschaftliche Kraft, die sich für die ehemaligen Zwangsarbeiter eingesetzt hätte. Auch die Gewerkschaften machten die Unterstützung von Zwangsarbeitern nie ernsthaft zu ihrem Anliegen. Und die meisten Betriebsräte packten das Thema schon deshalb nicht an, weil es von einem politischen Spektrum besetzt war, mit dem sie nicht zusammenarbeiten wollten.

Es gab jedoch einzelne Initiativen aus Betrieben: 1987 forderte der Gesamtbetriebsrat der Salzgitter AG, die früher die Herrmann-Göring-Werke waren, die Bundesregierung als Eigentümerin auf, eine gesetzliche Entschädigung aller Zwangsarbeiter zu veranlassen, allerdings vergebens. Auch bei dem IG-Farben-Nachfolger Bayer AG fordern die Belegschaftsliste-Wuppertal und die »Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit« seit langen die Firmenleitung dazu auf, Zwangsarbeiter zu entschädigen.

Erst jetzt, wo sich die Unternehmer genötigt sehen, ruft auch die IGM ehemalige Zwangsarbeiter auf, sich zu melden. Ob die IGM die Interessen der osteuropäischen Zwangsarbeiter ernsthaft zu ihrem Anliegen macht, bleibt abzuwarten.

Die Gefangennahme Abdullah Öcalans und die Situation der PKK

Hat eine kurdische Befreiungsbewegung in der Türkei noch eine Perspektive?

Nach der Gefangennahme Abdullah Öcalans am 15. Februar in Nairobi tönte es aus Ankara, nun sei der endgültige Sieg über die PKK errungen. Als bald sei mit dem separatistischen Terror ein für alle Mal Schluß. Fast überall in der Türkei herrschte Jubel, allem Anschein nach hegt die Mehrheit der Türken gegenüber den Kurden nichts als Haß. Der größte Teil von ihnen ist für die Todesstrafe für Öcalan. Die Situation wurde von dem Schriftsteller Yildirim Türker so auf den Punkt gebracht: »Seit der Verhaftung Öcalans lebt die Türkei in einer nationalistischen Hysterie«.

Die Türkei hat offenbar einen doppelten Sieg zu verzeichnen. Völlig unabhängig vom Kidnapping in Nairobi und dem damit erfolgten Schlag gegen ihre politische Vertretung war die militärische Situation der PKK in letzter Zeit äußerst schwer geworden. Einige Anhaltspunkte weisen darauf hin, daß die türkische Armee den Kampf für sich entscheiden konnte: Im Laufe der letzten Jahre ist es dem Militär gelungen, den Einsatzraum der kurdischen Volksbefreiungsarmee ARGK immer weiter einzuengen und einen großen Teil der PKK-Einheiten zu zerschlagen. Zur Zeit gilt der Ausnahmezustand gerade noch in 6 von den 26 Provinzen, die zu Südostanatolien bzw. Nordostkurdistan gehören und in denen bis vor wenigen Jahren die Armee nur mit Hilfe des Kriegsrechts überhaupt in der Lage war, die Situation zu kontrollieren. Anfang der 90er Jahre stellte die PKK 15.000 Guerilleros und 100.000 Milizionäre, heute sollen nur noch 4.000 Mitglieder militärisch aktiv sein. Der deutlichste Hinweis auf die schwierige Lage der PKK ist freilich das Asyl-Ersuchen ihres Chefs, Abdullah Öcalan, selbst. Wenn er in

Italien seine persönliche Bereitschaft dazu erklärte, dem jahrelangen Kampf Ade zu sagen, und offensichtlich akzeptierte, nun auf sehr lange Zeit die Heimatregion verlassen zu müssen, spricht das Bände. Seine Odyssee hatte ganz offensichtlich zum Ziel, mit Hilfe eines Partners, der Druck auf die Türkei ausüben konnte, einen politischen Ausweg zu finden.

Nachdem er im Oktober 1998 von den syrischen Behörden genötigt worden war, das Land zu verlassen, begab Öcalan sich nach Rußland. Der zentrale Beweggrund dabei war wohl die Überlegung, in der Auseinandersetzung um den Irak habe Moskau Bagdad immer wieder eine gewisse Rückendeckung geboten, und jetzt bestand seitens der Öcalan-Führung offenbar die Hoffnung, der Kreml ließe sich die diplomatische Gelegenheit, mittels einer in Rußland ansässigen PKK-Führung einen gewissen Druck auf den Westen ausüben zu können, nicht entgehen. Tatsächlich forderte die Mehrheit der russischen Duma zunächst auch Asyl für Öcalan. Angesichts der im Sommer ausgebrochenen ökonomischen Krise war aus Sicht der russischen Regierung die Abhängigkeit Moskaus vom Westen und nicht zuletzt auch vom Handelsaustausch mit der Türkei aber viel zu groß, als daß sie sich auf solch ein Unterfangen wirklich einlassen konnte.

Eine vor dem Hintergrund der militärischen Situation dringend benötigte politische Lösung schien wahrscheinlicher, wenn die PKK-Führung es schaffte, die EU dazu zu bewegen, mit deren Gewicht als NATO- sowie wichtigstem Handelspartner der Türkei aktiv zu werden. Zu diesem Zweck schien es naheliegend, die EU mit Öcalans römi-

schem Asylantrag vom 2. November 1998 mitten hinein in den Kurdenkonflikt zu katapultieren. Die EU ließ sich freilich nicht unter Druck setzen, weder von der Türkei und den USA, welche beide die sofortige Auslieferung des »Terroristen« Öcalan an Ankara forderten, noch von den Öcalan-Leuten. In einer konzertierten Aktion spielten Rom und Bonn auf Zeit. Öcalan wurde klargemacht, daß es in Rom letztendlich kein Asyl geben und auch Bonn sich nicht auf einen spektakulären politischen Prozeß, der massive Proteste der hiesigen Kurden zur Folge haben mußte, einlassen werde. Am 16. Januar verließ er schließlich Italien. Zwar drohte Öcalan nun mit einer Rückkehr zur militärischen Auseinandersetzung, da der politische Weg ja fehlgeschlagen sei, die Fortsetzung seines Irrfluges durch mehrere europäische Staaten war aber Indiz genug dafür, wie wenig Chancen er dafür eigentlich noch sah.

Indem die Türkei dann Öcalan in Nairobi (mit tatkräftiger Unterstützung zumindest der US-Geheimdienste) gefangen nahm, schränkte sie die politischen Möglichkeiten der PKK, Druck von außen auszuüben, wesentlich ein. Die Ecevit-Regierung hat die Hoffnung, nun seien der PKK alle Alternativen genommen und ihr bliebe nur noch die Kapitulation.

Kemalismus kontra Kurdistan – historische Hintergründe

Die Ereignisse der letzten Monate haben das Zusammengehörigkeitsgefühl auch der Kurden, die sich bisher nicht als Anhänger der PKK betrachteten, gestärkt. Es wurzelt in ihrer Geschichte – einer Geschichte der Unterdrückung durch die Türken. Viele Kurden sind davon überzeugt, einem Volk anzugehören, das gut 4000 Jahre alt ist, wobei die letzten 1000 Jahre ein fast permanenter Abwehrkampf gegen die Osmanen gewesen sein sollen. Beweise (im Sinne einer wissenschaftlichen Geschichtsschreibung) für die Existenz eines kurdischen Volkes gibt es aber erst aus einer Zeit, die kaum über die islamische Periode hinausreicht. Vielfach sind die Konflikte neueren Datums und haben gar nichts mit nationalen Differenzen zu tun, sondern sind das Ergebnis von Streitigkeiten zwischen regionalen Fürsten und der Führung des osmanischen Reiches. Nachhaltig vergiftet worden ist das Verhältnis zwischen Türken und Kurden erst im 20. Jahrhundert.

Kriegerische Auseinandersetzungen in den Regionen, die wir heute als die Kernlande Kurdistans begreifen, gab es lange Zeit, weil die kurdischen Gebiete die Grenzregion zwischen dem osmanischen und dem persischen Reich bildeten, wo kurdische Fürstentümer zu Helfershelfern für Invasionsversuche der einen oder anderen Seite wurden. Um diese langfristig politisch an sich zu binden und diese Landstriche gegenüber dem persischen Feind zu sichern, gestand der Sultan in Istanbul den kurdischen Fürstentümern relativ großzügige Autonomie zu. Als sich mit Beginn des letzten Jahrhunderts immer deutlicher abzeichnete, wie zurückgeblieben das osmanische Reich verglichen mit den Staaten Mitteleuropas war, zogen dessen Herrscher jedoch die Zügel an. Das Reich wurde stärker zentralisiert, nicht zuletzt um die Steuereintreibung zu effektivieren. In jenen Fürstentümern traf das nicht gerade auf Gegenliebe. Es kam in der Folge zu einer ganzen Reihe von Kriegen, aus denen zwar die Zentralgewalt als Sieger hervorging, die gleichzeitig aber die Keime einer nationalistischen Kurdenbewegung legten.

Wie klein diese auch war, sie erreichte immerhin, daß bei den alliierten Westmächten am Ende des I. Weltkrieges der Gedanke akzeptiert wurde, ihre Anhänger könnten nach der Zerschlagung des osmanischen Reiches die politische Basis für einen kurdischen – neben einem armenischen und einem türkischen – Staat abgeben. Der zwischen den Westmächten und den Überresten des osmanischen Reiches im Jahre 1920 geschlossene Vertrag von Sèvres, mit dem die Hoffnung der nach nationaler Eigenstaatlichkeit strebenden Kurden befriedigt werden sollte, wurde jedoch niemals umgesetzt. Statt dessen gab es 1923 in Lausanne einen neuen Vertrag zwischen den Westmächten und der Türkei, der Kurdistan faktisch zerteilte.

Dabei waren nicht allein imperialistische Interessen im Spiel (s. Kasten!). Der Vertrag von Sèvres wurde vor allem deswegen zur Makulatur, weil es inzwischen einen erfolgreichen Aufstand des türkischen Militärs unter Mustafa Kemal (»Atatürk«) gegen die Teilungspläne der westlichen Alliierten gegeben hatte, an dem sich ein Großteil der Kurden beteiligte. Sie taten dies zunächst in erster Linie, um das islamische Sultanat gegen die ungläubigen Christen zu verteidigen. Die starke religiöse Motivation, die unter anderem daher rührte, daß die Kurdengebiete landwirtschaftlich zurückgeblieben waren, führte dann freilich sofort zu tiefgreifenden Differenzen zu den Kemalisten, deren Modernisierungskurs antireligiös geprägt war. In der Auseinandersetzung mit den Türken geriet kurdischer Widerspruch sehr schnell in den Geruch des Separatismus, der nur dem Westen diene. Daher war die Repression, die in der neuen Hauptstadt Ankara angeordnet wurde, auf vollständige Assimilierung ausgerichtet. In den 20er und 30er Jahren gab es deshalb mehrere kurdische Aufstände, bei welchen die nationale Autonomie eine zunehmende Rolle spielte, die jedoch alle niedergeschlagen wurden. Mehrere hunderttausend Menschen mußten dabei ihr Leben lassen, und etwa 1,5 Mio. Kurden wurden zwangsweise umgesiedelt.

Der Kemalismus und die Bedeutung des türkischen Militärs

Am Ende des letzten Jahrhunderts war das ehemals mächtige osmanische Reich zum 'kranken Mann am Bosphorus' gekommen. Die »jungtürkische Bewegung« Anfang dieses Jahrhunderts hatte bereits energische Reformen durchgeführt, um diesen Prozeß umzukehren, aber das hatte nicht ausgereicht, um die Niederlage an der Seite des deutschen Kaiserreiches im I. Weltkrieg zu verhindern. Es ging sogar noch weiter bergab: Das vormals unbesiegbare Reich, welches Besitzungen in Asien, Afrika und Europa besessen hatte, wurde zum Spielball der Westalliierten, die es 1920 im Friedensvertrag von Sèvres auf einen drittklassigen türkischen Staat in Asien reduzieren wollten.

Das, was wir heute Kemalismus nennen, resultiert daraus, wie der Personenkreis um Mustafa Kemal die Ursachen für diese Entwicklungen analysierte. Im Kern machten die Kemalisten bestimmte Aspekte des osmanischen Erbes dafür verantwortlich: a) die Unregierbarkeit des Riesenreiches aufgrund des Vielvölkergemisches und b) die zu große Bedeutung, welche die Religion, der Islam, spielte, was zu einer rückwärtsgewandten Kultur und sozialen Beharrungstendenzen geführt hatte. Beides zusammen schließlich erschwerte nach ihrer Einschätzung die wirtschaftlichen Veränderungen, die notwendig waren, um den Anschluß an

die Industrieländer Mitteleuropas zu finden, über die Maßen. Eine Politik, die den 'kranken Mann' wieder gesund machen sollte, mußte also folgendes beinhalten: Die Wirtschaft mußte beschleunigt vorangetrieben werden, was einen sehr starken Staat notwendig machte, weil nur der – angesichts der Schwäche des fast nicht vorhandenen Bürgertums – dazu in der Lage war. Wissenschaft und Kultur mußten sich an den erfolgreichen Vorbildern des Westens orientieren; das hieß u.a., die Religion durfte keinen nennenswerten Einfluß mehr auf die Staatsgeschäfte haben. Außerdem mußte jedweder Spaltung der nationalen Einheit durch Berücksichtigung von Teilinteressen einzelner Völkerschaften von vornherein ein Riegel vorgeschoben werden, denn dieser Spaltpilz konnte das Land nur wieder in die Abhängigkeit von den Siegern des ersten Weltkrieges zurückwerfen.

In diesem Veränderungsprozeß erhielt das türkische Militär von Anfang an eine enorme Bedeutung. Nur weil ein Teil von ihm, eben die Kemalisten, nach dem I. Weltkrieg den Widerstand gegen die Politik der Entente-Mächte aufnahmen, welche die Türkei zur Halbkolonie degradieren wollten, erhielt die Türkei die Chance, einen eigenständigen Entwicklungsweg beschreiten zu können. Das Militär wurde nach dem II. Weltkrieg auch außenpolitisch gestärkt. Infolge des Blockgegensatzes fiel der Türkei nämlich zum einen die Aufgabe zu, die Sicherung der Südfront zu übernehmen, zum anderen bildete sie eine natürliche Sperre zwischen der Sowjetunion und den Ölreserven des Nahen Ostens. Die Wichtigkeit der Türkei für den Westen machte es notwendig, daß sich insbesondere die USA mittels Militär- und Finanzhilfe um das Land kümmerte, was dann zu einer engen Anbindung an die USA führte.

Aus all dem erklärt sich das spezifische Sendungsbeußtsein der türkischen Militärs: Sie sind es, die die moderne Türkei vor dem Niedergang auf das Niveau eines asiatischen Randstaates gerettet haben. Das Kasten- und Elitewußtsein, welches sich damit verknüpft, wird bis heute intensiv gepflegt. So durchlaufen z.B. spätere Offiziere bereits ab dem 14. Lebensjahr spezielle Militäroberschulen; der Prozentsatz derjenigen, die bereits einen Offizier zum Vater haben, ist vergleichsweise hoch.

Die bis heute ungebrochene Bedeutung des türkischen Militärs erklärt sich freilich nicht allein aus solchen historischen Gründen. Die Entwicklung der Türkei beruht wesentlich darauf, daß der Staat wirtschaftliche Initiativen ergriff und das Militär notfalls als Garant ihrer Durchsetzung fungierte. Von der engen Verknüpfung zwischen Staat und Wirtschaft profitierte das Militär entsprechend (in seinem Besitz befindet sich etwa das mächtige OYAK, ein Konglomerat aus Immobilien- und Grundbesitz, Industriebeteiligungen und Sozialkassen), es exerzierte aber auch immer den Ernstfall durch. Dreimal, nämlich 1960, 1971 und 1980, putschte es gegen die jeweilige Regierung. Der seit 1984 währende Kurdenkrieg führte dann zu einer weitgehenden Militarisierung der Gesellschaft.

Die moderne Türkei: Innen- und außenpolitische Probleme

Die Türkei von heute ist nicht mehr mit derjenigen in den 20er Jahren zu vergleichen. Insbesondere die Führung der inzwischen geschaffenen Industrie wehrt sich vehement gegen die immer noch vorhandene starke Betonung der Staatseingriffe. Die Nationalitätenpolitik, soweit sie sich als

Unterdrückung der Kurden äußert, wird gerade in diesen Kreisen als kontraproduktiv abgelehnt. Aber noch sind die kritischen bürgerlichen Kräfte politisch nicht so stark, daß sie die eigentlich Mächtigen, die in aller Regel in der Führung des Militärs sitzen, tatsächlich in die Schranken weisen könnten.

Die oben beschriebene Rolle des Militärs ist nur ein spezifischer Ausdruck für die vergleichsweise starke Position des türkischen Staates. Seine Stärke wiederum ist Folge der Schwäche des Bürgertums. Bis in die 70er Jahre hinein war die türkische Wirtschaft auf Importsubstitution ausgerichtet, wobei die Basis der nationalen Industrie durch Staatsbetriebe gebildet wurde, denn am Ende der osmanischen Herrschaft hatte es nur sehr wenig privates Kapital gegeben. Allein der Staat konnte die Basis dafür legen, daß sich überhaupt eine nennenswerte eigenständige Bourgeoisie entwickelte.

Soziale Differenzierung und innere Stabilität

Nach dem Militärputsch von 1980 fand ein drastischer Wechsel im Wirtschaftskurs der Türkei statt, weil sich gezeigt hatte, daß das bisherige Wirtschaftsmodell nur noch von ökonomischen Problemen begleitet war. Von da an wurde die türkische Ökonomie dem Weltmarkt vollends geöffnet und der Staatsanteil entsprechend gesenkt. Tatsächlich ist das Wirtschaftswachstum seit längerem (wenn auch teilweise mit drastischen Rückschlägen verbunden) aufwärts gerichtet. Zwischen 1977 und Mitte der 90er Jahre hat sich das Bruttosozialprodukt mehr als verdreifacht. Gelegentlich ist sogar vom »anatolischen Tiger« die Rede. Dieser Prozeß verläuft sehr ungleichgewichtig. Gewinner sind z.B. die wirtschaftlich entwickelten Gebiete an der Mittelmeerküste und Einzelgebiete in der GAP-Zone (GAP = südostanatolisches Projekt), während große Teile der ländlichen Regionen Anatoliens zurückfallen. In den Zentren selbst zeichnet sich ebenfalls eine deutliche Differenzierung ab. An den Rändern der städtischen Kerne Istanbuls und Ankaras haben sich riesige Slumviertel herangebildet. In der Wirtschaft werden die Gegensätze zwischen den erfolgreichen Konzernen und den vielen Klein- und Mittelbetrieben, die der Weltmarktöffnung hoffnungslos ausgeliefert sind, immer größer. Insgesamt wurde einerseits die Bourgeoisie gestärkt – die türkische Ökonomie ähnelt in dieser Hinsicht inzwischen den traditionellen Wirtschaftsstrukturen des Westens –, andererseits sind breite Kreise der Bevölkerung deutlich verarmt.

Es ist denkbar, daß die soziale Lage der Verlierer dieser Entwicklung zu einer politisch explosiven Stimmung führt. Ein Zusammengehen der beiden letztlich ökonomisch bedingten Bewegungen in der Türkei – der kurdischen und der islamistischen – ist allerdings nicht absehbar. Dennoch beharren die Militärs bisher darauf, selbst eine begrenzte kurdische Autonomie stelle eine potentielle Gefahr für die Stabilität des türkischen Staates dar. Und nur mit massivem Druck gelang es ihnen, nach der Wahl Ende 1995, aus der die islamistische Refah-Partei als eigentlicher Wahlsieger hervorging, noch einmal eine der üblichen bürgerlichen Koalitionen zu schmieden. Als am 28. Juni 1996 die Refah-Partei unter ihrem Vorsitzenden Erbakan dann doch wieder in der Lage war, die Regierungsmacht zu ergreifen, sorgte das Militär erneut dafür, daß diese Episode schon nach gut einem Jahr vorüber war: Am 18. Juni 1997 sah sich Erbakan gezwungen zurückzutreten. Bemerkenswert ist, daß die Propaganda

der Militärs zu dieser Zeit die islamistische Gefahr mit der separatistischen der kurdischen PKK gleichsetzte, ja kurzfristig sogar höher veranschlagte. Die ehemalige Regierungspartei Refah wurde dann auch schnell verboten.

Mit seiner kompromißlosen Haltung gegenüber kurdischen bzw. islamistischen »Staatsfeinden« bleibt das Militär seiner traditionellen Rolle treu. Trotz der Veränderungen im Wirtschaftsgefüge der Türkei zeichnet sich nach wie vor keine politische Kraft ab, der es gelingen könnte, die innere Ordnung des Landes unter dem Vorzeichen westlicher Orientierung erfolgreicher zu garantieren.

Die Türkei als Regionalmacht

Nach dem Zerfall des sozialistischen Lagers schien die Türkei zunächst in vielerlei Hinsicht eine ganz neue Machtfunktion zu erhalten. Der ehemalige US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski formulierte die Aufgaben des Landes folgendermaßen: »Die Türkei stabilisiert das Gebiet ums Schwarze Meer, kontrolliert den Zugang von diesem zum Mittelmeer, bietet Rußland im Kaukasus Paroli, bildet immer noch ein Gegengewicht zum islamischen Fundamentalismus und dient als der südliche Anker der NATO. Eine destabilisierte Türkei würde wahrscheinlich mehr Gewalt im südlichen Balkan entfesseln und es zugleich den Russen erleichtern, den seit kurzem unabhängigen Staaten im Kaukasus erneut ihre Herrschaft aufzuzwingen«.

Der türkische Traum von den ungeahnten Möglichkeiten angesichts einer radikal veränderten Weltordnung mußte im Laufe der letzten Jahre allerdings relativiert werden. Zum einen besitzt die Türkei weder die politische noch die ökonomische Kraft, um für die kleineren Staaten in der Region tatsächlich ein Leitstern zu sein. Zum anderen haben sich die Aufgaben, für welche die Türkei aus westlicher Sicht zur Verfügung stehen sollte, als deutlich geringfügiger herausgestellt als ehemals gedacht. Die islamistische Bedrohung seitens des Iran wurde von den USA so weit zurückgestuft, daß das US-Außenministerium das Land sogar von seiner Liste der 'Schurkenstaaten' gestrichen hat. Außerdem sank die Bedeutung des Öl-Dorados im Kaukasus (wo sich freilich zunächst jede große Ölfirma engagiert hatte) in dem Maße, wie die internationale Ölschwemme solche Ressourcen relativierte. Darüber hinaus stellte sich inzwischen heraus, daß die Kapazitäten der Lagerstätten deutlich geringer zu veranschlagen sind als einst vorausgesagt. Unabhängig vom tatsächlichen Umfang der Ressourcen ist die Kaukasus-Region voll von politischen Unwägbarkeiten. Der stellvertretende US-Außenminister Strobe Talbott erklärte in einer Rede: »Die Region könnte eine Brutstätte des Terrorismus werden, ein Gewächshaus für religiösen und politischen Extremismus und ein Schlachtfeld für besonders gewalttätige Kriege«.

Im Hinblick auf Israel, das sich in den letzten Jahren der Türkei angenähert, anderwärts dagegen verstärkt isoliert hat, sowie hinsichtlich des Iraks erhält das Land am Bosphorus derzeit seine wichtigste Bedeutung als Regionalmacht. Von besonderer Brisanz ist dabei der Interessengegensatz, der sich zwischen der US-amerikanischen und der türkischen Kurdenpolitik auftut. Während Washington darauf abzielt, durch eine Einigung der verfeindeten Kurdenparteien KDP und PUK einen politisch geeinten Nordirak zu schaffen, um Saddam Hussein von der Macht zu vertreiben, befürchtet Ankara, dadurch könne die kurdische Bewegung derart

gestärkt werden, daß sie einen eigenen Staat unter Einschluß türkischer Gebiete fordert.

Indem sie die Haltung ihres Bündnispartners Türkei gegenüber Öcalan und der PKK energisch unterstützte, versuchte die USA offensichtlich, solche Bedenken zu zerstreuen. Für Washington wie für Ankara ist Öcalan ein gefährlicher Terrorist, der in der Türkei vor Gericht gestellt werden muß. Letztlich dürfte es den Aktivitäten von US-Geheimdiensten zu verdanken sein, wenn Öcalan in Kenia festgesetzt werden konnte. Schon bei der Ausweisung zunächst aus Syrien und dann aus Moskau hatte sich die USA erfolgreich für das türkische Ersuchen eingesetzt.

Die EU und die Türkei

Hat sich die USA aus türkischer Sicht bisher als eher pflegeleicht erwiesen, so gilt die EU als der schwierigere Partner im Westen. Wieder und wieder verzögerte sie die Aufnahme der Türkei. Ende 1997 hat sie auf ihrem Luxemburger Gipfel das türkische Eingliederungsgesuch so deutlich abblitzen lassen, daß zunächst einmal eine politische Eiszeit anbrach. Eine für Anfang dieses Jahres vorgesehene Auszahlung von Entwicklungshilfe in Höhe von 293 Mio. DM wurde durch den Einspruch Griechenlands verhindert. Für das finanziell wie politisch distanzierte Verhältnis zwischen Brüssel und Ankara gibt es im wesentlichen drei Gründe. Zum einen hat die Türkei den 'Gastarbeiter-Nachzug', der den EU-Staaten innenpolitische Probleme bereitet, trotz wiederholter Anmahnung noch nicht geregelt, zum anderen sorgen die ungelösten Fragen bezüglich der Kurden bzw. Zyprens immer wieder für Unruhen, zum dritten schließlich ist die Osterweiterung derzeit das für die EU politisch dringlichere Anliegen. Auch in ökonomischer Hinsicht muß sie keine besondere Rücksichtnahme üben, stellt sie doch den wichtigsten Absatzmarkt für türkische Waren. Wie stark die Türkei von dieser Geschäftsbeziehung abhängt, bekam sie jüngst empfindlich zu spüren. Als Öcalan sich in Rom aufhielt, rief Ankara zum Handelsboykott gegenüber Italien auf; doch noch bevor er das Land verlassen mußte, brach man die Aktion ab, weil die türkische Wirtschaft größere Verluste erlitten hatte als die italienische.

Die besonderen Beziehungen der EU zur Türkei bestimmten auch das Verhalten nach der Gefangennahme Öcalans, das von dem der USA ja deutlich abwich. Trotz heftiger Interventionsversuche von US-amerikanischer Seite weigerte man sich in Italien, in den Niederlanden und in Griechenland, den PKK-Vorsitzenden festzunehmen und umgehend an die Türkei auszuliefern. Selbst in Deutschland wurde der bereits erlassene Haftbefehl schließlich nicht ausgeführt. Die Furcht vor massiven Auseinandersetzungen mit den Kurden in den europäischen Großstädten stand dabei offenbar im Vordergrund.

Insgesamt fährt die EU in der Kurdenpolitik eine Doppelstrategie, die in Deutschland seit ein paar Jahren erfolgreich ist. Zwar wurde die PKK hier verboten, zwar sind ihre Funktionäre neuerdings von Abschiebung bedroht, aber in der Praxis werden die politischen Aktivitäten der Partei letztlich doch geduldet. Ankara wiederum erhält deutsche Waffen für den Einsatz im Krieg gegen die Kurden. Obwohl die EU also mit ihrer Türkeipolitik eigene Interessen verfolgt, trifft sie sich, indem es darum geht, den türkischen NATO-Partner zu stützen, mit der USA. Bezüglich des Kurdenproblems bedeutet das: Solange die Repression gegenüber der PKK nicht

größere Unruhen in der kurdischen Bevölkerung Westeuropas hervorruft, wird niemand die Türkei maßregeln. Außenpolitisch hat Ankara also weitgehend freie Bahn, mit der Kurdenpartei nach eigenem Gutdünken zu verfahren.

Die PKK...

Aufgrund der kurdischen Abstammung allein wurde und wird in der Türkei niemand verfolgt oder benachteiligt, wie das etwa bei den Juden in Nazi-Deutschland oder den Schwarzen im Südafrika der Apartheid der Fall war. Während ein Jude im 'Dritten Reich' unter keinen Umständen ein politisches Amt hätte erlangen können, wurde der Kurde Hikmet Cetin immerhin türkischer Außenminister und nunmehriger Parlamentspräsident. Darüber hinaus soll etwa ein Drittel der Abgeordneten des türkischen Parlaments sowie eine Reihe von Generälen kurdischer Herkunft sein. Wer sich allerdings bewußt als Kurde begreift und dementsprechend politisch tätig wird, muß mit unnachgiebiger Verfolgung rechnen.

Das kurdische Selbstverständnis wird durch eine nunmehr seit Generationen währende Politik der türkischen Führung genährt, die die Einheit der türkischen Nation mit allen Mitteln durchzusetzen trachtet. Wirtschaftlich und kulturell gesehen hat sie die von Kurden besiedelten Regionen systematisch an den Rand gedrängt. Bis mindestens in die 60er Jahre hinein blieben diese Gebiete das verachtete Armenhaus der Türkei. Ob es um Schulen, Straßen oder Elektrizität ging, immer standen die sogenannten Bergtürken weit abgeschlagen an letzter Stelle. Ihr Durchschnittseinkommen war in jenen Jahren um 44 Prozent geringer als in der übrigen Türkei. Die statistische Armutsgrenze des Landes liegt heute bei einem Jahreseinkommen von 700 DM, im Südosten der Türkei bewegt sich das durchschnittliche Einkommen der Armen um rund 50 Prozent darunter. Viele Familien müssen sogar mit nur 200 Mark im Jahr auskommen.

... ihre Herausbildung

Seit Ende der 60er, vor allem aber in den 70er Jahren veränderten sich langsam die Entwicklungsbedingungen für einen Teil der Bevölkerung. Die nordirakische Unabhängigkeitsbewegung unter dem Kurden Mulla Mustafa Barzani (dem Vater des heutigen KDP-Führers Masoud Barzani) schärfte das politische Bewußtsein und bildete einen Orientierungspunkt, der zur Herausbildung von Kernen einer nationalen Bewegung auch im türkischen Teil Kurdistans wesentlich beitrug. Gleichzeitig änderte die türkische Regierung ihre Strategie. Bei ihrem Bemühen um eine Modernisierung des Landes, so ihre Argumentation, könne die Türkei nicht einfach auf einen Großteil ihres Gebietes verzichten. Zu den wichtigsten Maßnahmen in dieser Zeit gehörte unter anderem auch die Förderung der Ausbildung für kurdische Jugendliche.

Aus einer Gruppe kurdischer Studenten in Ankara rekrutierte sich dann die Führung der späteren PKK. Sie bildete zunächst eine der vielen sozialrevolutionären Gruppen in der Türkei der frühen 70er Jahre, grenzte sich jedoch schließlich von der Arroganz der türkischen Linken gegenüber den ländlichen Kurden ab, bezog sich stärker auf die Probleme in ihrer Heimatregion und gründete Ende 1978 die Kurdische Arbeiterpartei. Die Vertrautheit mit den besonderen sozialen

Bedingungen im Südosten der Türkei, wo bis heute der Agha (Chef eines Clans) wie eine Art Landjunker ein geradezu absolutistisches Regiment führt, dem die Kleinbauern und Landarbeiter fast völlig unterworfen sind, und die Blutrache als Mittel der Bestrafung abweichenden Verhaltens noch immer existiert, unterschied die junge PKK gravierend von anderen linken Gruppen. Sie kannte die blutigen Konsequenzen, die jedwede Auseinandersetzung der unteren Klassen gegen die auf dem Lande Herrschenden nach sich zog, gut genug, um sich angemessen darauf einstellen zu können. Zur Initiierung des Widerstandes unter den gegebenen Umständen brachte sie die nötige, nach strikten Regeln geführte Disziplin auf, was ihr einerseits Erfolg im Kampf und Sympathie bei der kurdischen Bevölkerung eintrug, andererseits aber auch Kritiker auf den Plan rief, die sie eines verbrecherischen Regimes bezichtigten.

Politisches Ziel der PKK war zunächst eine antikoloniale, d.h. nationale Revolution, die alle sozialen Kräfte Kurdistans einschloß, denn Nordostkurdistan galt als türkische Kolonie. Nach Erlangen der Unabhängigkeit sollte der Kampf der Bauern und Landarbeiter für den Sozialismus unter Leitung der PKK fortgeführt werden. Aufgrund dieser sozialistischen Perspektive distanzierte sich die Partei schließlich politisch sehr weitgehend von Clan-Bindungen, anders als z.B. die Organisationen im irakischen Südkurdistan. Bei der enormen Bedeutung des Familienverbandes war das nicht leicht durchzuhalten. Immer wieder gelang es den Clan-Chefs, die als Großgrundbesitzer in aller Regel den türkischen Staatsapparat unterstützen und deshalb von der PKK angegriffen wurden, weitläufige Verwandte aus den Reihen der Landarbeiter zur Verteidigung 'ihres' Aghas zu mobilisieren.

... ihre Entwicklung zur Kriegspartei und die Reaktion Ankaras

Trotz solcher Erscheinungen hat die PKK durch ihren Kampf gegen die Aghas schon sehr früh Rückhalt bei Kleinbauern und Landarbeitern gefunden. Von Ankara ist der Krieg im Südosten der Türkei von Anfang an mit besonderer Härte geführt worden. Das rief umgekehrt drastische Gegenmaßnahmen der PKK etwa bei der Abwehr der sogenannten Dorfschützer, einem System von Milizionären und Kollaborateuren, hervor. Auf der Basis von Rückhalt und Durchsetzungsfähigkeit schaffte es die PKK dann, einen geschichtlichen Einschnitt zu überleben, an dem die allermeisten türkischen linken Gruppen zerbrachen: den Militärputsch vom 12. September 1980. Damals existierten linke Gruppen in der Regel nur dann weiter, wenn sie außer Landes fliehen konnten. Auch die PKK-Führung setzte sich nach Syrien bzw. in den Libanon ab. Während andere Gruppierungen aber unter den Bedingungen des Exillebens versumpften, orientierte die PKK von vornherein darauf, möglichst schnell die eigene Organisation im Landesinnern wieder aufzurichten und den Kampf erneut aufzunehmen. Das gelang 1984, und seither stehen die bewaffneten Einheiten der PKK in einem permanenten Krieg mit dem türkischen Militär. Wenn die PKK zur beherrschenden kurdischen Widerstandsorganisation mit Massenanhang geworden ist, so hat das nur zu einem Teil mit den von ihr bisher vertretenen politischen Positionen zu tun, ganz wesentlich aber auch damit, daß sie es geschafft hat, der Unterdrückung durch die Türkei etwas halbwegs Erfolgreiches entgegenzusetzen. Sie war die Kraft, »die uns die Würde

zurückgegeben hat«, wie es ein Kurde in einem Interview formulierte.

Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre deutete vieles auf einen Sieg der PKK hin. Angesichts ihrer Stärke schien die türkische Führung sogar kurzfristig zu einer Verhandlungslösung bereit zu sein. Letztlich setzten sich dann jedoch diejenigen Kräfte durch, die bis heute ausschließlich eine bedingungslose Kapitulation akzeptieren. Diese kompromißlose Haltung läßt sich nur mit der kemalistischen Staatsideologie erklären. Selbst bürgerliche Beobachter aus den führenden Industrieländern haben sich in den letzten Jahren immer wieder gefragt, ob es sinnvoll sei, in dem seit 1984 gegen die PKK geführten Krieg solche immensen Opfer zu bringen. Rund 10.000 türkische Soldaten und Polizisten wurden getötet; insgesamt sollen 30.000 bis 40.000 Menschen ums Leben gekommen sein. Jahr für Jahr stopfte der türkische Staat zwischen sieben und acht Milliarden Dollar in diesen Krieg. Schätzungen gehen davon aus, daß – alle Neben- und Folgekosten zusammengekommen – bis zu drei Fünfteln des türkischen Staatshaushaltes eingesetzt wurden. Dabei hätte der Krieg wahrscheinlich längst mit einem für den türkischen Staat akzeptablen Ergebnis beendet werden können. Wäre Ankara bereit gewesen, den Kurden eine gewisse Autonomie anzubieten, dann hätte die PKK schnell ihre Basis verloren. Hätte schließlich all das für den Krieg aufgebrauchte (unproduktive) Geld in die türkische Wirtschaft gesteckt werden können, dann hätte sich diese in den letzten Jahrzehnten nicht nur den führenden Industrienationen angenähert, sondern es wären wahrscheinlich ebenso all die Rückschläge, die es nämlich gleichzeitig auch zu verzeichnen gab, vermieden worden. Aus Sicht der türkischen Führung müssen solche Opfer aber nicht nur hingenommen werden, sondern sie sind geradezu überlebensnotwendig. Im aktuell gültigen türkischen Strafgesetzbuch (Art. 312) bzw. im gesonderten Antiterrorismugesetz (Art. 6, 7, 8) wird allein der Gebrauch des Wortes »Kurdistan« als »separatistisch-terroristische Propaganda« unter Strafe gestellt.

... ihre Niederlage

Ende des letzten Jahrzehnts war die PKK militärisch so erfolgreich, daß man von der Entstehung befreiter Gebieten reden konnte. Die schwerfällige NATO-Kriegsmaschinerie der Türkei war allem Anschein nach nicht in der Lage, die Guerilla zu zerschlagen. Inzwischen jedoch kämpft die PKK um ihr Überleben. Letztlich war es der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers, der die alles entscheidende Wende brachte. Das Ziel, einen eigenständigen kurdischen Staat zu bilden, verlor damit faktisch seine wichtigste Perspektive, denn ohne Anlehnung an den sozialistischen Machtblock war an ein politisches und ökonomisches Überleben nicht zu denken.

Ein befreites Kurdistan hätte nämlich lediglich den Südosten – d.h. zugleich das Armenhaus – der Türkei umfaßt. Für alle anderen kurdischen Gebiete erhob die PKK zwar ebenfalls den Führungsanspruch, ihn durchzusetzen gelang ihr aber nicht einmal in Ansätzen. Abgesehen von der wirtschaftlich desolaten Lage hätte ein selbständiges »türkisches« Kurdistan in dieser geostrategisch hochsensiblen Region dem militärischen Druck des hochgerüsteten NATO-Staates Türkei allein auf Dauer nicht standhalten können. Wie viele andere Befreiungsbewegungen – man betrachte nur den ANC, die PLO, die IRA und die ETA – sah auch die PKK

sich Anfang der 90er Jahre gezwungen, die zentralen Inhalte ihrer Politik neu zu bestimmen.

Hatte die PKK sich ehemals als sozialistische, wenn nicht gar marxistische Organisation definiert, so orientierte sie sich nun in wachsendem Maße an der einzig verbliebenen Strömung, die im Widerspruch zur kemalistischen Politik Ankaras stand, den Islamisten. Hammer und Sichel verschwanden aus dem Parteiemblem, und das Freitagsgebet wurde wieder zu einem zentralen Mittelpunkt des Parteilebens. Ungefähr seit 1992/1993 beschränkte sich die PKK auf die Forderung nach Autonomie innerhalb der Türkei. Ihr politisches Zurückweichen ging schließlich mit dem militärischen einher: Mehrmals bot sie der Regierung einen Waffenstillstand an, um über eine politische Lösung zu diskutieren, wie sie immerhin zwischen der PLO und Israel oder dem ANC und dem Burenstaat möglich gewesen war. Ankara blieb jedoch stur und verfolgte eiserne eine 'peruanische Lösung', d.h. das kemalistische Militär betrieb, ähnlich wie die peruanische Armee gegen den 'Leuchtenden Pfad', einen brutalen Vernichtungskrieg gegen die PKK, ohne Rücksicht auf irgendwelche parlamentarischen Einwürfe im Innern oder die Kritik des Auslandes.

Gemäß dieser neuen Zielsetzung verließ die türkische Armee Anfang der 90er Jahre nach und nach den Weg traditioneller Kriegführung. Sie zog einerseits einen stark befestigten Gürtel kreisförmig um Südostanatolien, um der PKK die Rückzugsmöglichkeiten in den Nordirak bzw. die Westtürkei abzuschneiden, andererseits fuhr sie eine Strategie der verbrannten Erde. Systematisch wurden 3.000 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht, d.h. ein Großteil der kurdischen Siedlungen - gelegentlich ist sogar von 90 Prozent die Rede - existiert schlicht nicht mehr. Der Handel zwischen den verbliebenen Ortschaften wurde konsequent behindert, um die Versorgung der Guerilla zu unterbinden. Dabei nahm man auch in Kauf, daß die Bevölkerung Hunger litt. Wenn solche Maßnahmen nichts fruchteten, kam es zu Massenvertreibungen. Insgesamt etwa 2,5 Mio. Kurden flohen deshalb in die großen Städte, häufig genug gleich weiter in den Westen der Türkei oder in die Zentren Westeuropas. Für die PKK bedeutete das den schleichenden Verlust der Strukturen, die sie sich über Jahre hinweg aufgebaut hatte.

Solange sie Rückzugsbasen im Nordirak und im von Syrien kontrollierten Libanon hatte, konnte sie sich militärisch dennoch halbwegs halten. Diese beiden Möglichkeiten sind jedoch durch die Ereignisse der letzten Jahre drastisch beschnitten. Zwar hatte die türkische Armee regelmäßig die Grenze zum Irak überschritten, um PKK-Anhänger zu verfolgen, aber erst als die Demokratische Partei Kurdistans (KDP) unter Masoud Barzani Rückhalt gegen Bagdad bei den Türken suchte und dafür bereit war, den Kampf gegen die Rückzugsgebiete der PKK zu unterstützen, gelang dies mit nennenswertem Erfolg. Seit Anfang 1997 darf die Türkei 30 km südlich der Grenze zum Nordirak faktisch eine Sicherheitszone beanspruchen, in welcher sich dauerhaft türkische Militäreinheiten aufhalten, die mit den Peshmerga (Soldaten) der KDP zusammen gegen die PKK vorgehen. Im syrischen Libanon, wo die Leitung der Partei residierte und zentrale Ausbildungsstätten – insbesondere die berühmte Militärakademie – unterhielt, ist die PKK heute wegen des im März 1996 zwischen Israel und der Türkei geschlossenen Bündnisses nicht mehr sicher. Als im Oktober letzten Jahres Ankara forderte, Syrien müsse fortan jegliche Unterstützung

der PKK unterlassen, und offen mit Krieg drohte, sah man sich in Damaskus einem potentiellen Zweifrontenkrieg ausgesetzt: Aus dem Norden konnte die türkische, aus dem Süden die israelische Armee vordringen. Syrien kapitulierte schließlich, ohne daß ein Schuß gefallen war. Am 20.10.1998 wurde ein Vertrag geschlossen, in dem das Land sich bereit erklärte, den türkischen Forderungen zu entsprechen. Mit der umgehend erfolgten Anordnung aus Damaskus, die Leitung der PKK habe das Land zu verlassen, wurde der Bewegungsspielraum der PKK-Einheiten nun auch im Libanon weitgehend eingeschränkt.

... ihre Perspektive

An allen Fronten mit dem Rücken an der Wand, sieht sich die PKK nunmehr vor die Frage gestellt, wie sie ihren Kampf weiterführen soll. Die neue Strategie ist offenbar noch nicht völlig klar, denn es soll Differenzen zwischen zwei Flügeln geben. Den einen bilden im wesentlichen die Feldkommandanten, die eine Fortsetzung der militärischen Auseinandersetzung fordern. Hierzu zählen Murat Karayilan, ein Frontkommandeur, und Cemil Bayik, die beide Mitglieder im Präsidium der PKK sind. In die gleiche Richtung wirkt Abdullah Öcalans Bruder Osman. Für den anderen, sogenannten 'europäischen Flügel', der eine politische Lösung anstrebt, steht Kani Yilmaz, bis vor kurzem Europa-Sprecher der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans). Vorläufig soll Cemil Bayik zur 'obersten Autorität' bestimmt worden sein, was für eine Stärkung des militärischen Flügels spräche.

Beide Strategien erscheinen zum jetzigen Zeitpunkt freilich wenig erfolversprechend. Auf die EU zu setzen hat sich bereits als Fehlschlag erwiesen. Eine Fortsetzung des Krieges wiederum wäre nur dann sinnvoll, wenn es der PKK gelänge, die türkische Armee so zu schwächen, daß diese sich auf Verhandlungen einließe. Das aber kann, nach allen vorliegenden Informationen, auf dem traditionellen Weg des Einsatzes einer Landguerilla nicht mehr erreicht werden. Es ist daher nicht völlig von der Hand zu weisen, wenn man die jüngsten Anschläge in verschiedenen Städten der Türkei als Indiz für eine verschärfte terroristische Strategie der Kurden wertet. Ob solche terroristischen Stadtguerilla-Aktivitäten hinreichen, um die PKK wieder in die strategische Offensive zu bringen, ist mehr als zweifelhaft. Letztlich kann sie damit das eigentliche Problem, ihre Isolation im eigentlichen Kampfgebiet in Südostanatolien, die durch den Vernichtungskrieg der türkischen Armee entstanden ist, nicht aus der Welt schaffen.

Die Regierung in Ankara setzt inzwischen alles daran, diese Isolation noch weiter voranzutreiben, indem sie systematisch zerschlägt, was auch nur in Ansätzen mit der kurdischen Nationalbewegung zu tun hat. Sie verstärkte nicht nur die militärische Offensive gegen die Reste der PKK, sondern verhaftete darüber hinaus im Westen der Türkei politisch aktive Kurden, insbesondere von der kurdisch geprägten 'Demokratischen Volkspartei' (HADEP). Den Kandidaten der HADEP wurde zunächst untersagt, an der Parlamentswahl am 18. April teilzunehmen, was das türkische Verfassungsgericht neuerdings wieder zurückgenommen hat. Dennoch bleibt die Partei ständig von einem endgültigen Verbot bedroht, das bereits über vier Vorgängerorganisationen verhängt worden ist. Für reuige PKK-Aktivistinnen hat Ankara dagegen eine Teilamnestie vorgesehen. Um das kurdische Meer noch weiter auszutrocknen, verspricht Ankara schließ-

lich, den Wiederaufbau in Südostanatolien voranzutreiben. Die entsprechenden Entwicklungsprojekte sollen 100.000 Arbeitsplätze schaffen und werden aktuell mit einer Summe von 1,5 Mrd. DM veranschlagt. Es ist allerdings wenig wahrscheinlich, daß die türkische Regierung mit den geplanten Aufbaumaßnahmen allein politisch nachhaltigen Erfolg haben wird, denn nicht umsonst hat sie derartige Ankündigungen schon mehrfach folgenlos wiederholt. Selbst Ministerpräsident Ecevit erwartet die Rückkehr von höchstens 1.000 Familien in diesem Jahr. Die Menschen haben am Beispiel des GAP bereits erfahren, daß mit 32 Mrd. Dollar zwar eines der aufwendigsten Energiegewinnungsprojekte der Welt hochgezogen wurde, der größte Teil des dort erzeugten Stromes jedoch an Industrieunternehmen im Westen des türkischen Staatsgebietes geht. Die Unternehmen in der südostanatolischen Stadt Diyarbakir müssen, anstatt davon zu profitieren, mit ständigen Stromsperrungen fertig werden. Zudem hat das von enormer Propaganda begleitete GAP keineswegs die erhoffte Qualifizierung und Beschäftigung für die kurdischen Einheimischen gebracht, denn im Westen der Türkei gab es genügend gut ausgebildete Arbeitskräfte, die man mitbringen konnte. Mit neuen Versprechungen allein wird es Ankara deshalb nicht gelingen, politisches Terrain im Südosten des Landes zu gewinnen.

Unterdessen wird durch die kemalistisch motivierte Unterdrückungspolitik der Widerstand dort gestärkt, wo die Mehrheit der Kurden inzwischen lebt: im Westen der Türkei. Eine kurdische Nationalbewegung kann hier, wo ein relativ geschlossenes Siedlungsgebiet als realer Bezugspunkt fehlt, allerdings auf Dauer nicht überleben. Unter den neuen Bedingungen in den Slumvierteln der westlichen Großstädte erfahren sich die Kurden in erster Linie als sozial ausgegrenzte Gruppe. Auf dieser Basis wird langfristig eine Umorientierung in der politischen Perspektive vieler Kurden

DOKUMENT

TÜRKEI/ISRAEL, DIE KURDEN
UND DER MITTLERE OSTEN

Der Feind meines Feindes

von Yakov Ben Efrat

Abdallah Öcalan, der verehrte Führer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), wurde am 15. Februar 1999 von türkischen Spezialeinheiten aus Nairobi entführt. Dieser Vorfall ließ weltweite Proteste aufflammen. Öcalan vertritt 20 Millionen Kurden in ihrem Kampf um Unabhängigkeit. Zwölf Millionen von ihnen leben in der Türkei, der Rest verteilt sich auf Iran, Syrien, Irak und die frühere Sowjetunion.

Wie fast alle globalen Themen hat auch die Festnahme Öcalans einen israelischen Aspekt. Entgegen heftigen Dementis aus Jerusalem, behaupten die Kurden, nicht nur die Amerikaner und Türken hätten beim Aufspüren ihres Führers zusammengearbeitet, auch der Mossad habe daran teilgenommen. Sie werfen Israel vor, dem CIA mitgeteilt zu haben, wo er sich aufhielt. Die Türken selbst dementieren die israelische Beteiligung jedoch nicht. Die »New York Times« bestätigte, daß der CIA in den vorangegangenen vier Monaten der Türkei dabei half, Öcalan zu fangen.

Was den Mossad betrifft, so gründet sich der Verdacht auf die militärischen und politischen Bündnisse zwischen Israel

und der Türkei, die unter Anleitung der USA entstanden und seit Unterzeichnung der Oslo-Verträge ausgebaut wurden. Ephraim Inbar zufolge¹ – er ist der Direktor des Begin-Sadat-Zentrums für Strategische Studien an der Bar Ilan Universität –, unterhalten die beiden Länder gemeinsame Lauschposten in der Türkei an den Grenzen von Syrien, dem Irak und Iran. Ihre Außenminister haben vor kurzem mehrere Treffen abgehalten, in deren Verlauf Israel lukrative Verträge zur Aufrüstung der türkischen Phantomjäger abschloß. Es ist ferner gar nicht zu übersehen, daß zwischen dem israelischen Vorgehen in der besetzten Zone im Südlibanon und den Kämpfen der Türkei gegen die PKK-Guerillas im Norden Iraks eine Ähnlichkeit besteht. Die Allianz Israel/Türkei wird noch plausibler, wenn man in zwei Richtungen blickt: Nach Syrien und nach Ägypten.

Die türkisch-israelischen Verbündeten Amerikas haben in Syrien einen gemeinsamen Feind. Syrien unterstützt die PKK gegen die Türkei. Es gewährte Öcalan 15 Jahre lang Asyl. Mitglieder seines militärischen Flügels trainierten im von Syrien kontrollierten Bekaa-Tal im Libanon. Syrien verurteilt die Oslo-Verträge. Es bekämpft Israel stellvertretend durch die Hisbollah-Guerillas und besteht auf der Rückgabe der Golanhöhen.

Was Ägypten betrifft, so dürfte die Allianz Türkei/Israel unter anderem darauf beruhen, daß Ägypten allmählich seine Rolle als arabischer Hauptverbündeter Amerikas aufgibt. Ägypten, das 1991 den Kreuzzug Amerikas gegen den Irak unterstützte, fühlte sich nicht ausreichend belohnt. Doch was mehr zählt: Die Ägypter kritisieren seit langem Israels regionales Monopol an Atomwaffen, seine Weigerung, den Atomwaffensperrvertrag zu unterschreiben und Amerikas ständige Nachsicht mit Israel.

Als sich Ägypten zurückzog, bestanden die USA um so dringlicher auf der Achse Israel-Türkei, tief besorgt auch über Anzeichen arabischer Solidarität mit dem Irak. Die arabischen Regierungen stehen unter ständigem Druck seitens ihrer Völker, die mit den Irakis sympathisieren und Amerikas einseitige Unterstützung Israels verabscheuen. Das Schwenden der arabischen Unterstützung stellt Amerikas Fähigkeit, Ordnung in der Region halten zu können, in Frage. Es war Syrien, das sich an die Spitze des Widerstands gegen die Allianz Türkei/Israel stellte und laut gegen ihre gemeinsamen Marinemanöver, an denen auch die USA und Jordanien teilnahmen, protestierte. Der Anblick israelischer Kampfflugzeuge, die am türkischen Himmel Übungsflüge absolvieren, erfüllt Syrien mit Sorge, denn dies macht deutlich, daß Israel in Zukunft den Vorteil genießt, Syrien im Rücken angreifen zu können. Syriens Widerstand gegen den neuen Bettgenossen der Türkei ermutigte Ankara, eine eigene Trumpfkarte auszuspielen: Wie steht es mit der syrischen Unterstützung für die PKK? Ankara drohte Syrien mit Krieg, sollte es Abdallah Öcalan weiterhin Unterschlupf gewähren. Der Schluß ist bekannt. Hafiz Assad kapitulierte und Öcalan mußte das Land verlassen. Er begann seine Odyssee von Land zu Land, bis er Afrika erreichte, wo ihn sein Feind gefangen nahm.

Die kurdische Geschichte hört hier nicht auf. Sie hat auch einen irakischen Aspekt. Ausgerechnet an dem Tag, an dem Öcalan in Nairobi entführt wurde, besuchte der Sonderge-

sandte Iraks, Tariq Aziz, Ankara. Der Besuch dieses ranghohen irakischen Vertreters in der Türkei ist schon seltsam angesichts der Drohungen Bagdads gegen die Türkei wegen ihrer Starterlaubnis für die amerikanischen Bomber von ihrem Terrain aus.

Offenbar haben auch die Irakis ein gemeinsames Interesse mit den Türken. Beide tragen einen politisch-ideologischen Konflikt mit Iran und Syrien aus. Die Türken konkurrieren mit dem Iran um Einfluß in den vormaligen islamischen Republiken der Sowjetunion, in Aserbeidschan und Usbekistan. Irak blickt auf eine lange, blutige Geschichte mit dem Iran zurück. Der Iran unterstützt die schiitische Bevölkerung im Süden Iraks, die unlängst gegen die Ermordung eines ihrer Führer aufbegehrte. Außerdem bekämpfen sowohl der Irak als auch die Türkei die Kurden. Dies war es vor allem, was Tariq Aziz nach Ankara führte.

Seit dem Golfkrieg von 1991 gestatten die USA dem Irak nicht, in dessen nördlichem Territorium, dem Gebiet der Kurden, zu intervenieren. Das Gebiet wurde deshalb zu einer militärischen Basis für alle drei kurdischen Fraktionen, die PKK eingeschlossen. Der Zeitung »Al Hayat« zufolge (London, 16.2.1999) hat Aziz der Türkei einen Handel angeboten: Hört auf, Amerika zu gestatten, von eurem Boden aus Luftangriffe gegen uns zu fliegen und erkennt die irakische Souveränität über das kurdische Gebiet im Norden Iraks an! Im Gegenzug werden die Irakis die PKK-Basen zerstören. Der irakische Vertreter verzierte seinen Vorschlag mit verführerischen ökonomischen Angeboten, unter anderem mit einer Kooperation auf dem Erdölmarkt.

Daß das Treffen mit Aziz überhaupt stattfand, signalisiert Ankaras Entgegenkommen gegenüber dem Irak. Der eigentliche Adressat hierbei ist Amerika. Die Türken wollen die USA wissen lassen, welch hohen militärischen, aber auch wirtschaftlichen Preis sie gegenwärtig für die Zusammenarbeit mit Amerika bezahlen. Dies wiederum erklärt die – nicht dementierte – amerikanische Beteiligung an der Entführung Öcalans. Washington wollte Ankara zufrieden stellen. Und es waren in der Tat die Amerikaner, die Druck auf alle Staaten ausübten, Öcalan keine dauernde Zuflucht zu gewähren.

Ein anderes Kapitel in dieser endlosen Geschichte handelt von Assads Reise nach Jordanien zum Begräbnis von König Hussein. Der Besuch kam völlig überraschend. Syrien hatte Jordanien zuvor stets wegen seiner strategischen Beziehungen zu Israel, wie auch wegen seines Beitritts zur türkischen Allianz, verurteilt. Die Vertreibung Öcalans aus Syrien hat – daran besteht kein Zweifel –, den Weg bereitet für Assads Teilnahme am Begräbnis und sein Treffen mit Clinton. Im Vorfeld einer Wiederaufnahme der Friedensgespräche nach den Wahlen in Israel deutet Syrien damit seine Bereitschaft für die Teilnahme am amerikanischen Friedensprozeß an.

Die arabischen Regimes sind mit den Oslo-Verträgen nicht glücklich. Aber sie versuchen, ihren Platz in der Neuen Amerikanischen Ordnung zu finden. Die endlosen Manöver, in denen jeder die Seiten wechselt, erlauben es den USA, die Region im Griff zu behalten, während Israel damit fortfährt, die Regeln zu bestimmen. Inmitten all dieser Machenschaften bleiben die Völker des Mittleren Ostens ausgegrenzt in Unterentwicklung und Armut. Unter ihnen die Palästinenser und die Kurden, zwei Völker, die immer noch ihres Rechts auf Unabhängigkeit beraubt sind. ■

1) Robert Fisk zitiert Professor Inbar in: The Independent, abgedruckt am 24. Februar 1999 in: Mid-East Realities.

Die extreme Rechte

In ihrem Leserbrief haben »*einige Hamburger Genossen*« in der Arpo 1/99, Seite 19, bereits wichtige Anmerkungen zu dem Versuch der Redaktionsmehrheit über die extreme Rechte gemacht. Vor dem Hintergrund dieses Leserbriefes einige weitere Bemerkungen:

1. Das Abschneiden der extremen Rechten war weder »die zentrale Frage«, noch sind Bundestagswahlen überhaupt ein Maß für Zahl und Gewicht der extremen Rechten, weil gerade bei annähernd gleicher Stärke des konservativ-liberalen und des sozial-liberalen Bürgerblocks auch Anhänger der extremen Rechten sich auf die in ihren Augen »kleineren Übel« verteilen; so wurde u.a. in den »*Staatsbriefen*« und in der »*Jungen Freiheit*« von Vertretern der Rechten die Wahl Schröders empfohlen. Ganz abgesehen davon, daß Ideologiemuster der extremen Rechten längst Bestandteile des »Werte-Katalogs« der »Volksparteien« oder des »demokratischen Konsenses« geworden sind. Das Starren auf die parteiförmige Rechte führt in die Irre und verstellt den Blick für die reale Bewegung auf der Rechten.

Die Begriffe »rechtsextrem« oder »Rechtsextremismus«, die ja als Gegenstücke von »linksextrem« und »Linksextremismus« gebraucht und verstanden werden, sind unzulässig. Auf der Grundlage einer Gleichsetzung von Erscheinungsformen der Herrschaftsausübung werden »links« und »rechts« als Varianten eines gleichartigen »Extremismus« gleichgesetzt. (»Die Extremisten von links und rechts zerstören die Demokratie« und ähnliche Parolen sind ja bekannt.) Zudem wird dadurch »die Mitte« als das eigentliche und allein konsensfähige politische Ideal formuliert. Deshalb ist es wichtig, immer wieder zu verdeutlichen:

»Rechts« ist immer verbunden mit der Verneinung von politischer und sozialer Gleichheit.

»Links« hat immer die Gleichwertigkeit, Gleichberechtigung und Chancengleichheit aller Menschen zum Kern. Wer dieses Gleichheitsprinzip in Frage stellt, kann nicht links sein.

In einer Publikation der politischen Linken sollte deshalb der aus der Totalitarismustheorie stammende Begriff »rechtsextrem« nicht benutzt werden. Mit der Bezeichnung »*extreme Rechte*« wird die Gleichsetzung von links und rechts vermieden.

2. Im zweiten Absatz ist von »*fremdenfeindlichen Anschlägen*« die Rede. Tatsächlich kann aber von einer generellen Fremdenfeindlichkeit nicht gesprochen werden. Viele Fremde sind sehr beliebt: Lady Di, ausländische Investoren, norwegische Ingenieure, schwedische Musiker...

Die Anschläge waren rassistisch. Gehaßt werden in Deutschland nicht Fremde, sondern dunkelhäutige Arme, Juden, Sinti und Roma. Rassismus sollte auch Rassismus genannt werden.

3. Nach Ansicht der Autoren habe »*die herrschende Politik den Rechten die Grundlage für ihre weitere Propaganda entzogen*«. Ich halte diese Beurteilung für grundlegend falsch. Sie ist die Konsequenz des auf die parteiförmige Rechte gerichteten Blicks, der ja schon im Vorspann des Artikels auffiel. Sicher bereitet die Rechtsentwicklung der eta-

blierten Parteien, aber auch des gesamtgesellschaftlichen Klimas den Rechten das Problem, sich in manchen Politikfeldern immer weniger von den »Alt-Parteien« (so der rechte Sprachgebrauch) zu unterscheiden; insofern ist die Krise der parteiförmigen Rechten ein Ergebnis ihres Erfolgs, nämlich ihres unleugbaren Einflusses auf die öffentliche Meinung. Das hat der Rechten allerdings nicht die Grundlagen ihrer Propaganda entzogen, sondern zum Aufgreifen neuer Themen geführt, u.a. Friedenspolitik und vor allem Sozialpolitik und die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. Dabei ist das Privateigentum an Produktionsmitteln – anders als die Autoren des Artikels es sehen – für manche Strömungen der extremen Rechten wie etwa die nationalrevolutionären und nationalbolschewistischen Richtungen überhaupt kein Tabu.

Die Übernahme der ausländerpolitischen Forderungen der Reps in der Asylrechtsnovelle, die Senkung der Sozialhilfe für Asylsuchende unter das Existenzminimum, das Beharren auf dem mittelalterlichen Blutsprinzip beim Staatsbürgerschaftsrecht u.a. waren insofern ein Erfolg der Rechten, als Vorstellungen, die vor wenigen Jahren in der Öffentlichkeit noch als eindeutig rechts identifiziert worden wären, heute offizielle Politik sind. Dadurch waren sie das Signal für Rassisten und Nationalisten, die Sau rauszulassen, indem insbesondere Asylsuchende offiziell zur Gruppe minderen Rechts erklärt wurden.

4. Im dritten Absatz wird die NPD behandelt. Daß zu den Alt-Nazi-Dumpfbacken jetzt neue und junge Leute dazugekommen sind, erklären sie mit der Person Udo Voigt in Absetzung vom früheren Vorsitzenden Deckert und mit neuem (welchem?) Führungsstil. Tatsächlich war Voigt aber immer ein Mann der Deckert-Linie, bis dieser in den Augen einer Parteimehrheit die NPD schädigte und verriet. Und der »*neue Führungsstil*« ist ein ideologischer Kurswechsel. Das innerhalb der Rechten wieder gewachsene Gewicht und den rasanten Mitgliederzuwachs verdankt die NPD der Hinwendung zu einem nationalrevolutionären Kurs, zu Vorstellungen Schulze-Boysens, Otto Strassers und auch Niekischs und zu nationalbolschewistischen Ideen. Es ist deshalb auch gar nicht so furchtbar verwunderlich, daß auf der Passauer Großkundgebung der NPD im Februar 1998, ihrem »Tag des nationalen Widerstandes«, frühere Mitglieder und Funktionäre der SED mit ihrem Infostand über Nordkorea vertreten waren.

5. Die Aussagen über die Altersstruktur von DVU, Reps und NPD sind ja nicht falsch, die Ableitung von Erfolg oder Mißerfolg dieser Parteien aus ihrer Altersstruktur geht aber am Kern vorbei. Natürlich sind die Alt-Nationalisten und NS-Dumpfbacken überwiegend 70 Jahre alt. Aber: Wenn Alt-SS-Kader Schönhuber seine Spitzenkandidatur für die Europa-Wahl bei der DVU zurückzieht und sich ideologisch der NPD annähert, hat das nichts mit der Altersstruktur zu tun, sondern mit der Entwicklung der nationalrevolutionären Strömung und ihrem (langsamen) Bedeutungsgewinn.

Was die Möglichkeit von Aussagen über die Dauerhaftigkeit und die politische Rolle von Organisationen der extremen Rechten betrifft, so hat sie in der Tat nichts mit flüchtigen Wahlergebnissen zu tun (auch wenn die im Vorspann zur zentralen Frage erklärt wurden), sondern mit einem ständi-

gen Differenzierungsprozeß innerhalb der Rechten. Die Rechte ist – gemessen an Gruppen, Sekten, Zirkeln – so zersplittert wie die Reste der Linken. Anders als die Linke sind sich aber die Rechten ihrer Gemeinsamkeit besonders in der Ablehnung des Gleichheitsprinzips immer bewußt. Das wird auch in Überschneidungen, Kooperationen und zum Teil Mehrfachmitgliedschaften oder -Zugehörigkeiten immer wieder sichtbar.

Es wird ständig an ideologischer Vervollkommnung, Anpassung an neue Entwicklungen und zielgruppenorientierter Differenzierung gearbeitet, um dem Zeitgeist gerecht zu werden, ihn aufzugreifen und zugleich zu beeinflussen. Dabei ist die Rechte insbesondere mit den Themen Ausländerpolitik, EU – Euro und Standort Deutschland außerordentlich erfolgreich gewesen.

6. »Wichtigste Ursache des Neuaufstiegs der Rechten ist, von der ökonomischen Seite her betrachtet, die deutliche Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation in den neuen Ländern«, stellen die Autoren fest. Der unmittelbare Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Neigung zur extremen Rechten wird als selbstverständlich vorausgesetzt, an keiner Stelle erklärt oder gar kritisch beleuchtet. Einige Daten zur Verteilung von gesellschaftlichem Produkt und Arbeitsvolumen sollen dazu dienen, diesen angenommenen Wirkungsmechanismus zu untermauern, ohne daß auch nur der Gedanke aufkommt, daß es vielleicht auch andere Zusammenhänge geben könnte. Wenn beispielsweise »kaum überraschen (kann), wenn sich 60 Prozent der Ostdeutschen, jedoch nur 30 Prozent der Westdeutschen in der Parole »Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche« wiederfinden«, müßte doch zumindest die Frage gestellt werden, ob dieser Sozialchauvinismus überhaupt oder überwiegend eine direkte Folge von Arbeitslosigkeit ist oder etwas mit dem noch aus DDR-Zeiten gewohnten Nationalismus (Patriotismus klang natürlich besser) zu tun haben könnte oder vielleicht mit dem Verlust der Sonderrolle als Facharbeiter im Chemie-Zentrum Bitterfeld. Zumindest müßte auch darüber nachgedacht werden, ob die Verbindung von Nationalem und Sozialem vielen Menschen als mögliche unmittelbare Antwort erscheint, die die Konsequenzen der zunehmenden Internationalisierung von Produktion und Handel und der Globalisierung der Finanzmärkte abbauen oder steuern könnte.

Schließlich ist die Erfahrung der vergangenen Jahre, daß die Bonner Politik nicht viel erreichen kann oder will, sondern den Wünschen des nationalen und internationalen Kapitals nachläuft. Der Erfolg des sozialrevolutionären Nationalismus der Sachsen-NPD liefert viel Stoff für solche Vermutungen. Gegen Ende des Artikels scheinen die Autoren dann ihre eigene Argumentation vergessen zu haben und behaupten das Gegenteil: »...Deswegen rekrutiert sich die Anhängerschaft der Rechten nicht(!) in erster Linie aus ... den Arbeitslosen, den SozialhilfeempfängerInnen, den in prekären Arbeitsverhältnissen Beschäftigten – sondern aus den sozialen Gruppen, die die Sorge vor einem solchen Schicksal belastet.«

7. Im Abschnitt über die mangelnde Gegenwehr wird völlig zu Recht auf die Atomisierung der Arbeiterklasse hingewiesen. Die Vereinzelung der ArbeiterInnen beim Verkauf ihrer Arbeitskraft ist in der Tat die Konsequenz des Kapitalverhältnisses, in dem die Arbeitskraft und damit der sie ausübende Mensch Ware und zugleich ihr Verkäufer ist, der mit anderen Verkäufern aus der Arbeiterklasse in Konkurrenz

steht. Diese Konkurrenz zu vermindern und unter günstigen Bedingungen aufzuheben ist die historische und gegenwärtig unzureichend wahrgenommene Aufgabe der Gewerkschaften. Deswegen ist es zwar zutreffend, aber unzureichend, den Gewerkschaften vor allem Verzichtshaltung vorzuwerfen. Sie sind dabei, das zentrale »Prinzip Gewerkschaft« aufzugeben, nämlich die Verminderung der Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse.

Das geschieht zum Beispiel durch die Akzeptierung »betriebswirtschaftlicher Sachzwänge«, sei es die Senkung der sogenannten Lohnnebenkosten oder auch, wie mehrfach geschehen, die tarifliche Lohnsenkung. Vor allem aber ist es die sogenannte Standortdebatte, die Nationalismus und Rassismus nicht nur herausfordert, sondern in hohem Maße fördert.

Der weit verbreitete und auch die Mehrheit von Gewerkschaftsmitgliedern und -Funktionären längst prägende Standortnationalismus schlägt den ArbeiterInnen vor, Schulter an Schulter mit »ihren« Unternehmern in einer nationalen Wertschöpfungsgemeinschaft die Verwertungsbedingungen für das nationale Kapital zu verbessern, damit die Unternehmen ihre ausländischen Wettbewerber besser niederkonkurrieren können. Bei denen passiert genau das Gleiche: Die dortigen Kapitalisten wollen ihrerseits die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Standorten erhöhen. Und das bedeutet auch dort Senkung der Löhne, Absenkung von Schutzbestimmungen und Sozialstandards. So setzen die Wettbewerbsstrategen eine Abwärtsspirale in Gang, die Nationalismus und Rassismus stets aufs Neue erzeugt, assistiert von den ArbeiterInnen selber und einer Vielzahl von Betriebsratsmitgliedern, GewerkschafterInnen und PolitikerInnen. Die Bekämpfung des Standortnationalismus ist eine notwendige Voraussetzung für die Bekämpfung von Nationalismus und Rassismus.

8. Für abwegig halten es die Autoren, den Aufstieg der extremen Rechten direkt auf die SED-Politik zurückzuführen. Damit haben sie allerdings auch keinerlei Aussage über mittelbare Zusammenhänge zwischen realsozialistischem Obrigkeitsstaat und dem politischen Handeln seiner Bürger gemacht. Natürlich haben weder die SED noch andere Organisationen oder DDR-Organe die extreme Rechte direkt gefördert. Die Beschimpfung des »verordneten Antifaschismus« vielerorts dient vor allem dazu, dem gescheiterten Sozialismusversuch die historische Legitimation zu entziehen. Aber gerade deshalb sollten einige Fragen nach dem ungewollten Beitrag der SED-Politik zum (Wieder-)Aufstieg der extremen Rechten und ihrem ideologischen Erfolg weit über deren eigene Reihen hinaus nicht abwegig sein:

◆ Wie hat sich die doppelte Unterwerfung von KPD und SED auf deren Mitglieder ausgewirkt? Die Unterwerfung der Partei als Instrument sowjetischer Außenpolitik unter die KPdSU und die Unterwerfung der Mitglieder unter die autoritäre Partei, die der Arbeiterklasse als staatliche Obrigkeit gegenübertrat.

◆ Hat die Gegnerbestimmung »Die Faschisten« die Sicht auf die Massenbasis des Nationalsozialismus verstellt (»Die Faschisten« als Täter, »Das Volk« als Opfer)?

◆ Haben »Traditionspflege« und »Patriotismus« alten Nationalismus weiterwirken und neuen entstehen lassen (»Die DDR, unser sozialistisches Vaterland«, die »Sozialistische Nation«, die Preußen-Renaissance seit Mitte der siebziger Jahre...)?

◆ Wie hat sich der Gegensatz zwischen Internationalismus einerseits und der realen Isolierung von Vietnamesen, Afrikanern und Lateinamerikanern ausgewirkt (sie wurden auch vor 1989 schon Fidschis und Briketts genannt)? Daß sie in der DDR ihres Lebens sicher sein konnten, steht außer Frage. Daß sie es ohne die Staatsorgane nicht mehr sein können, gibt zu denken.

◆ Nehmen die rechten »Gangs« in den »befreiten Zonen« jetzt die Rolle der früheren Ordnungskräfte ein? Erklärt sich die Sympathie bei Teilen der Bevölkerung daraus und erin-

bert die insbesondere von den JN (Junge Nationaldemokraten) organisierte Nachbarschaftshilfe an die einstige Volkssolidarität?

Es ist notwendig, daß nicht wieder Jahre vergehen, bis sich die Arpo erneut mit der extremen Rechten befaßt. Angesichts ihrer ideologischen Erfolge wie aber auch ihrer Ausbreitung, sollte die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten, die Analyse der realen Entwicklung ihrer Strömungen und die Diskussion des Handelns von Kommunisten in dieser Auseinandersetzung ein Dauerbrenner werden.

H. T., 12.4.1999 ■

KORRESPONDENZEN

Tradition verpflichtet – Münchener SPD setzt Polizei gegen Kriegsgegner ein

München, Sonntag 11. April. 10.30 Uhr . Die Münchener SPD lädt ein zu einer Veranstaltung zur Oberbürgermeisterwahl ins Festzelt München-Fürstenried. Zwischen 1500 und 2000 Münchnerinnen und Münchner waren gekommen, um den Hauptredner Rudolf Scharping zu hören. Dieser seit langem geplante Wahlkampfauftritt bekam durch den NATO-Angriff auf Jugoslawien einen anderen Schwerpunkt. Nicht mehr das Fürstenrieder Frühlingsfest, sondern die deutsche Kriegsbeteiligung bildete den Rahmen.

Vor dem Zelt ein einsamer Flugblattverteiler, der einen »Öffentl. Appell Münchner SPD-Mitglieder an die SPD-Bundestagsfraktion« verbreitete. Immerhin erfuhr die Mitglied- und Sympatisantenschaft der Partei so, daß u.a. die stellv. Münchner SPD-Vorsitzende Beatrix Zurek, drei Münchner Landtagsabgeordnete und weitere FunktionsträgerInnen »die Angriffe der NATO und der Bundeswehr auf Jugoslawien verurteilen«. Dies ging offensichtlich einigen SPD-Verantwortlichen schon zu weit, denn einige Zeit später mußte die Flugblattverteilung eingestellt werden.

Im Zelt war alles ruhig. Die Ordner am Einlaß kontrollierten zwar Taschen und Rucksäcke, aber nichts wies daraufhin, daß die urige Bierzeltatmosphäre gestört werden könnte. Wie dies so ist bei wichtigen Persönlichkeiten, kam Scharping später. Nach der Einstimmung durch die Blasmusik gab es eine Programmlücke. Diese Lücke füllte der »Juso-Promi« Christoph Moosbauer aus, seit der letzten Wahl zu aller Überraschung Mitglied des Bundestages. Warum er den obigen »Appell« nicht unterschrieben hatte, machte er im Schnellverfahren deutlich. Das fleischgewordene Böse heißt Milosevic und die NATO ist die Fortset-

zung von Amnesty International mit anderen Mitteln. Hierfür gab es großen Beifall des Publikums, das überwiegend im Alter von 40 bis Ende 50 war.

Dann erschien Scharping. Umringt von Bodyguards und verfolgt von Presseleuten celebrierte er seinen Einzug wie Franz-Josef selig.

Als sein Vorprogramm fungierte Münchens SPD-Chef Franz Maget, der von seinem Besuch bei den am Vortage in Nürnberg angekommenen bayrischen Kontingentflüchtlingen aus dem Kosovo berichtete. Dieser Bericht war emotional so aufgeladen, die Schilderung des zweifellos vorhandenen Flüchtlingselends so instrumentalisiert, daß vereinzelte »Heuchler, Heuchler«-Rufe den Eindruck eher verstärkten. Es war augenfällig, wie stark das Publikum mitging.

Als dann Scharping das Wort ergriff, war der Boden vorbereitet. Scharping erzählte von seinen Besuchen im Kosovo und seinen Gesprächen mit Flüchtlingen. Seine Erzählungen waren an Demagogie kaum noch zu überbieten. Da wurden Leichen mit Baseball-Keulen traktiert, da wurde vergewaltigt, gemordet, geplündert, da wurde Milosevic mit Auschwitz verglichen und und und. Einzelne Zwischenrufer, die daran erinnerten, daß auch in Belgrad Menschen sterben und daß die NATO-Angriffe Milosevic eher stabilisieren, wurden unter frenetischem Beifall eingeladen »auf meine Kosten



»Erklärung von Festgenommenen vom 11. April 1999

Das Land, in dem wir leben, ist ein demokratisches Land. Sagt man. Das Land, in dem wir leben, ist ein Land, in dem Meinungsfreiheit herrscht. Meint man.

Doch so, wie man sagt und meint, ist es nicht.

Gestern wurden wir, 21 Menschen, unbewaffnet und vollkommen friedlich, im Fürstenrieder Festzelt bei einer SPD-Veranstaltung von etwa 40 Polizisten gewaltsam daran gehindert, von unserem Recht Gebrauch zu machen. Grund: Wir trugen selbst bemalte T-Shirts mit der Aufschrift »Nein zum deutschen Angriffskrieg« und »Kriegstreiber in den Knast«. Nachdem uns der Veranstalter dazu aufgefordert hatte, still zu sein und niemandem die Sicht zu versperren, standen wir schweigend am Rand des Zelts und mußten erfahren, daß bei einem Auftritt von Kriegsminister Scharping Ruhe und Ordnung zu herrschen hat. Daraufhin wollte ein Saalordner »einen Polizeibeamten zur Seite gestellt haben, der ihm helfen sollte, für Ruhe zu sorgen«. Was er damit in Gang setzte, »das wollte ich doch so nicht«, erklärte er hinterher naiv. Die Beamten der ersten Hundertschaft stürmten das Zelt, führten und zerrten uns mit Würge- und Polizeigriffen hinaus, wobei drei Personen verletzt wurden. Sie fuhren uns zum Polizeipräsidium, wo wir bis zu sieben Stunden einsaßen. Wir mußten uns der sogenannten erkennungsdienstlichen Behandlung unterziehen, bei mindestens einer Person wurde eine Hausdurchsuchung durchgeführt.

Vorwurf: Hausfriedensbruch, Verstoß gegen das Versammlungsrecht wegen »Uniformierung« mit selbst bemalten T-Shirts.

Dabei hätte die SPD es doch besser wissen müssen:

Mai 1998: Entgegen Absprachen mit der DGB-Veranstaltungs-Leitung geht die Polizei mehrmals gewalttätig gegen eine Gruppe Jugendlicher vor, die sich an der 1.-Mai-Demonstration des DGB beteiligt.

13. März 1999: Die Polizei zieht 15 Personen aus der Großdemonstration für die doppelte Staatsbürgerschaft und gegen die rassistische CSU-Kampagne und nimmt sie vorläufig fest. Der bayerische ÖTV-Vorsitzende bezeichnet den Einsatz als »völlig unverhältnismäßig«.

Ist die SPD wirklich SO naiv? Im Großen greift sie den souveränen Staat Jugoslawien an, führt uns an den Rand eines dritten Weltkriegs und schiebt dafür Rußland die Schuld in die Schuhe. Sagt sie dann hinterher auch: »Das haben wir so nicht gewollt?«

In einer Münchner Boulevardzeitung heißt es heute, Scharping hätte mit Gegnern des NATO-Angriffs diskutiert. Kleiner Scherz am Rande: Sogar Mitglieder der Münchner SPD durften ihre Flugblätter gegen diesen Krieg nicht bis zum Ende der Veranstaltung verteilen. ...«

Diese Boulevardzeitung war die Abendzeitung. Alle anderen Münchner Zeitungen berichteten erstaunlich wahrheitsgetreu. Die TZ machte sogar mit der Titelschlagzeile auf: »Skandal bei Scharping-Rede in München: Studenten für Frieden – Polizei führte sie ab« . ■

nach Mazedonien in die Flüchtlingslager zu fliegen, denn danach sind auch Sie anderer Meinung«.

Wer vorher anderer Meinung war, flog auch. Aber nicht nach Mazedonien, sondern aus dem Zelt.

Scharping hatte vielleicht 3 Minuten geredet, als sich im vorderen Drittel des Zeltes eine Reihe von Jugendlichen aufbaute und die Jacken auszog. Unter den Jacken kamen weiße T-Shirts zum Vorschein, vorn und hinten beschrieben mit Texten wie »Nein zum deutschen Angriffskrieg« und »Kriegstreiber in den Knast«. Die Gruppe aus 21 Jugendli-

chen verhielt sich ruhig, störte nicht, blieb allerdings stehen. Dann wurden sie von SPD-Ordern aufgefordert sich an den Zeltrand zu stellen, da sie die Sicht versperren. Dieser Aufforderung wurde Folge geleistet. Nachdem die Gruppe dann vielleicht fünf Minuten dort stand, rückte auf einmal eine Abteilung Polizei, vielleicht 30 bis 40 Beamte, in das Zelt, nahm die Jugendlichen in den Polizeigriff und führte sie ab. Während immerhin eine Reihe von Anwesenden »Aufhören, Aufhören, Keine Gewalt« riefen, ging das Programm weiter. Keine Intervention aus dem Veranstaltungspräsidium, kein

Moosbauer griff ein, kein Maget, niemand. Später hieß es in der Süddeutschen Zeitung, daß dies »gegen den scharfen Protest der Münchner Parteispitze« geschehen sei. Ich habe davon nichts mitbekommen.

Lediglich Bürgermeisterin Burkert redete deutlich sichtbar erregt auf Maget und Scharping ein. Dies dürfte der Grund gewesen sein, daß der anschließende Protest anders verlief. Eine weitere Gruppe von Jugendlichen aus dem »Münchner Bündnis gegen Rassismus«, unter ihnen, an ihren Abzeichen erkennbar, auch Jusos und Falken, versuchte ein Transparent zu entrollen. Sofort gingen einige SPD-Ordner auf sie los und es entstand ein Handgemenge. Jetzt wurde derselbe Scharping, der dem Rauswurf der ersten Gruppe zugesehen hatte, fortschrittlich. »Hört doch endlich mit diesem Unsinn auf und laßt die Leute doch ihr Transparent aufspannen. Wir kämpfen mit Argumenten und wir sind sicher, wir haben die besseren.« Wieder frenetischer Applaus. Die DemonstrantInnen entrollten flugs ihr



Transparent »*Stoppt den Kriegsminister Scharping*« und einige begannen im Zelt ein Flugblatt »*Stoppt die Nato-Aggression*« zu verteilen. Während der gesamten restlichen Kundgebungsstunde war dieses Transparent im Zelt gut sichtbar und viele ZuhörerInnen nahmen das Flugblatt an. Aber auch Rufe wie »*Scheiß-Linke*« waren zu hören und einige Übereifrige wollten den Jugendlichen an die Wäsche, was wiederum von anderen ZuhörerInnen verhindert wurde. Die Lufthoheit im Zelt – das war deutlich zu spüren – hatten die NATO-Bomber. Aber sie hatten diese nicht ohne Widerstand. Dies macht Mut.

Beim Herausgehen bemerkte ich, daß eine etwa 10 Personen umfassende Gruppe, an ihren T-Shirts als Teil der Demonstrierenden aus dem Zelt zu erkennen, zwischen Schaustellerwagen und dem Begrenzungswagen von uniformierter Polizei regelrecht eingerahmt war. Ich konnte mich mit ihnen durch Zuruf verständigen. Sie, Angehörige des Münchener Allgemeinen Studierenden-Ausschusses, waren aufgrund des Polizeieinsatzes regelrecht konsterniert. Einige seien bereits abtransportiert worden. Wohin, wußten sie nicht.

Dies erfuhr ich am folgenden Tag, als einige dieser StudentInnen während der Protestkundgebung gegen den NATO-Krieg auf dem Marienplatz berichteten.

München, 14. 4. 1999 ■

»WEHRMACHTSAUSSTELLUNG« IN KIEL

Zu den Ereignissen in Kiel am 30. Januar 1999

Die Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944« im Kieler Landeshaus Anfang dieses Jahres war ein Erfolg. Der Andrang der insgesamt 69.000 BesucherInnen war zeitweise so groß, daß sich vor dem Eingang des Landtages eine lange Schlange bildete. Wie in anderen Städten auch war sie eine Provokation für konservative bis neonazistische Kreise, besonders, weil die Ausstellung erstmalig in einem Parlamentsgebäude stattfand.

So wettete u.a. die CDU gegen diese Ausstellung, allen voran der ehemalige Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg. Viele Veranstaltungen scharten sich um dieses Ereignis, und der Landesverband der Volkshochschulen hatte zusammen mit »anderes lernen/Heinrich-Böll-Stiftung« ein Faltblatt mit den Terminen herausgegeben. Dummerweise fand sich darin u.a. als ein Veranstalter die Gruppe KAGON (Kleine autonome Gruppe ohne Namen), die auch im neuen Verfassungsschutzbericht erwähnt wurde. Das war ein gefundenes Fressen für CDU und FDP, und alle noch nicht verteilten oder verschickten Faltblätter mußten wieder eingestampft werden.

Mittlerweile war durchgesickert, daß die Jungen Nationaldemokraten (JN) für den 30. Januar – den Jahrestag der Hitlerschen Machtübernahme – eine Demonstration in Kiel gegen die Ausstellung planten. Die Grünen meldeten daraufhin eine Demonstration unter dem Motto »*Den Nazi-Aufmarsch in Kiel verhindern!*« für denselben Tag an. Es kam zu der paradoxen Situation, daß die Grünen ihre Demo eher

angemeldet hatten, als die Lübecker JN. Die Stadt Kiel nahm das zum Anlaß, die Demo der JN zu verbieten mit dem Hinweis, daß man Ausschreitungen befürchte und: wer zuerst kommt, malt zuerst.

Das breite antifaschistische Bündnis verschiedenster schleswig-holsteinischer Gruppen rechnete jedoch insgeheim damit, daß irgendein Gericht das Demonstrationsverbot schon aufheben würde, und so kam es dann auch. Das Schleswiger Verwaltungsgericht hob am 29. Januar das Demonstrationsverbot auf mit der Begründung, daß man nicht genügend Anhaltspunkte für die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit gefunden habe.

Am Morgen des 30. Januars versammelten sich zirka 2500 Leute auf dem Europaplatz, um gegen den Naziaufmarsch zu protestieren. Unter Reden und Zwischenkundgebungen zog man durch die Innenstadt bis zum Alten Markt. Hier merkten die Veranstalter, daß die Luft raus ist, um noch bis zum Landeshaus zu ziehen. In einem sogenannten »Hammelsprung« ließ sich feststellen, daß nur noch zirka 20 Prozent der TeilnehmerInnen bereit war, weiterzumachen, der Rest war dafür, den Marsch der JN zu verhindern.

Inzwischen waren auf dem Wilhelmplatz die Neonazis mit Bussen aus ganz Norddeutschland angereist. Die Offiziellen hatten mit etwa 300 Nazis gerechnet, gekommen waren 1000. Deren militärisch geordneter Zug begann sich gegen 12 Uhr unter Trommelwirbeln in Bewegung zu setzen – abgeschirmt von rund 1600 PolizistInnen.

Rund 1000 Antifas hatten sich am Kleinen Kiel zu einer Sitzblockade niedergelassen, um den Nazizug zu stoppen. Daraufhin leitet die Polizei den Zug der JN zum Exerzierplatz um. Auf dem Weg dorthin kommt es zu ersten Auseinandersetzungen. Flaschen und Steine fliegen in Richtung Nazizug. Die werfen nicht zurück, auch wenn viele das wohl gern wollten. Es fällt auf, wie viele Ordner die JN aufgefahren haben. In den Nebenstraßen haben kleine Gruppen von Autonomen Müllcontainer und anderes auf die Straße gezogen und in Brand gesteckt. Ein Pkw des NDR muß dran glauben und dient als Barrikade.

Die Polizei geht mit Räumfahrzeug, Wasserwerfern und Schlagstockeinsatz gegen die Antifas vor, um den Zug der JN nun auf kürzestem Weg wieder zurück zum Wilhelmplatz zu eskortieren. Die BeamtInnen gehen so massiv vor, wie man es aus Kiel seit vielen Jahren nicht mehr kennt. Einsatzkommandos verfolgen immer wieder einzelne Antifas. Selbst wenn diese stehenbleiben und sich »ergeben«, werden ihnen erst die Beine weggetreten, dann tut der Knüppel seinen Dienst, es folgen Handfesseln und man wird abgeführt.

Unter den insgesamt zirka 600 Autonomen sind viele Kids unter 20. Man merkt, daß viele von ihnen noch nicht viele Erfahrungen mit solch einem Einsatz gemacht haben. Wenn von der Polizeieinsatzleitung der Befehl »Vorrücken« kommt, so laufen viele von ihnen wie die Hasen und rennen alles über den Haufen, was sich ihnen in den Weg stellt. Aber die älteren »Einsatzleitungen« der autonomen Gruppen mit ihren Handys halten sich da auch eher etwas im Hintergrund. Das Ziel wird erreicht, der Zug der JN muß vorzeitig umkehren.

Das Ziel ist erreicht – doch zu welchem Preis. Es hat viele Verhaftungen unter den Antifas gegeben, die jetzt mit einem Verfahren rechnen müssen. Bei den Antifas, die nicht zu den Autonomen zählen, ist die Blockade mit 1000 Leuten am Kleinen Kiel gut angekommen. Hier zählt dann doch die

Masse, denn die Polizei überlegt es sich schon, ob sie gegen hundert Autonome oder 1000 »friedlich« blockierende Menschen vorgeht (Arbeits- und Zeitaufwand). Schließlich wurde hierdurch der Nazizug das erste Mal zum Ablenken gezwungen. Man hätte daraufhin gern dasselbe Spielchen am Fleethörn wiederholt, doch hier waren kleinere autonome Gruppen schneller und drückten der Auseinandersetzung ihren Stempel auf. Leute aus autonomen Kreisen denken, daß die Polizei zu sehr mit den kleinen Gruppen beschäftigt war, um die Blockade am kleinen Kiel aufzulösen.

Vor allem die regierende SPD hat natürlich das gewaltsame Vorgehen der Autonomen verurteilt, und es ist leider Wasser auf ihre Mühlen, sich nicht an der Gegendemonstration offiziell beteiligt zu haben. Tatsächlich haben sich in Kiel – anders als in anderen Städten – weder SPD noch Gewerkschaften in irgendeiner Form zum Aufruf »Nazi-Aufmarsch in Kiel verhindern!« geäußert, geschweige denn beteiligt. Es wäre ein Traum gewesen, wenn sich zu den 1000 Blockierern am Kleinen Kiel 500 Leute von HDW gesellt hätten, aber das bleibt wohl auch ein Traum. Für die absolute Mehrheit in den Betrieben ist solch ein Naziaufmarsch kein Thema, sondern – gerade nach diesen Ereignissen – eine Sache von »rechten und linken Chaoten«, die die arme Polizei auseinanderhalten muß.

Innerhalb der Linken ist nun (mal wieder) die »Gewalt«-Diskussion entfacht, die teilweise die Gemüter erhitzt. Bei aller Unterschiedlichkeit der Einschätzungen bleibt wichtig, was v.a. von autonomer Seite betont wird: Die Diskussion offen zu führen und niemanden innerhalb des Antifa-Bündnisses zu diffamieren.

Und noch etwas: Trotz des teilweise massiven Polizeieinsatzes sind viele Antifas im nachhinein froh, daß sie es »nur« mit der Polizei zu tun hatten. Wenn diese 1000 militärisch organisierten Nazis direkt gegen die Antifas hätten vorgehen können, so hätten die Gegendemonstranten keine Chance gehabt...

P. K., 14. 4. 1999 ■

RAG-KONZERN: VORBEREITUNG AUF KOHLEAUSSTIEG

Mit dem Stimmzettel geht nichts gegen Arbeitsplatzvernichtung!

Nach den letzten großen Bergarbeiterkämpfen im März 1997 haben viele SPD-Politiker und besonders die Gewerkschaftsführer die Bergleute damit gelockt, wenn sie nur bei der Wahl das Kreuz an der richtigen Stelle machen würden, wäre ihre Zukunft gesichert. Doch die neue Regierung war noch keine hundert Tage im Amt, da wurden die Planungen bis zum Jahre 2005 bereits wieder umgeschmissen und weitere Arbeitsplatzvernichtung auf den Bergwerken und jüngst noch einmal bei den Kokereien sowie Kurzarbeit beschlossen. Währenddessen macht sich der RAG-Konzern windschnittig für die Zeit nach der Kohle.

Profitorientierter Konzernumbau weg von der Kohle

Schon seit einigen Jahren hat der RAG-Vorstand mit dem Umbau des Konzerns weg von der Kohle begonnen. Der Konzern macht inzwischen insgesamt mit 110.000 Beschäftigten

einen Umsatz von 29 Mrd. DM und einen Konzerngewinn von 600 Mio. DM. Der deutsche Kohlenbereich – seit dem 1.10.1998 in der neugegründeten Deutschen Steinkohle AG zusammengefaßt – macht davon mit rund 70.000 Beschäftigten nur noch drei Mrd. DM Umsatz. Mit dem Nichtkohlenbereich wurden also mit 40.000 Beschäftigten rund 26 Mrd. DM Umsatz erzielt.

Der Konzernbereich wurde in sechs selbständige Säulen aufgeteilt: 1. Deutsche Steinkohle AG (DSK), 2. RAG Vertrieb und Handel AG, 3. RAG EBV AG mit den Arbeitsgebieten internationaler Bergbau und Bergbautechnik (zwischenzeitlich hat die RAG fast alle Bergbauzulieferer aufgekauft), 4. Steag AG für Kraftwerksbereiche, Energie und Elektronik, 5. Rüttgers AG mit den Bereichen Chemie, Kunststoffe, Bau und 6. die Saarberg AG mit den Bereichen Energie, Umwelt, Handel, Dienstleistungen und Gummi. Konsequenz war daher auch der Namenswechsel des Konzerns von der Ruhrkohle AG zur RAG AG.

Beim Konzernumbau wurde immer darauf geachtet, daß man zu den Marktbereichen der RAG-Anteilseigner – VEBA 39,2 Prozent, VEW 30,2 Prozent, Thyssen 12,7 Prozent, Krupp-Hoesch 7,9 Prozent und ARBED 6,5 Prozent – nicht in allzu starker Konkurrenz geriet. Dafür gab es dann auch keine Dividende – die wird es, solange Kohlesubventionen fließen, auch nicht geben – sondern es wurde vielmehr Wert darauf gelegt, daß »die RAG-Substanz durch eine angemessene Verzinsung des Kapitals kontinuierlich gestärkt wird.« Mit anderen Worten: Mit Hilfe der Kohlesubventionen und dem massiven Lohnverzicht der Bergleute werden profitable Konzernbereiche geschaffen, aufgekauft und ausgebaut, die dann die Anteilseigner – wenn notwendig – selbst übernehmen oder gewinnbringend verkaufen können. Nicht umsonst hat Ende November letzten Jahres ein Übernahmegerücht des Dortmunder Energie-Konzerns VEW die Schlagzeilen gefüllt. Insider sahen darin eine reale Grundlage für eine Aufteilung des Konzerns, hielten aber den Zeitpunkt für verfrüht. Spätestens ab 2005 – wenn die Subventionen für die Kohle auslaufen sollen – wird das klarer.

Unterdessen geht der Gewinnruck für die einzelnen RAG-Säulen weiter. Mit Ausnahme der DSK (hier wurde statt dessen ein 15prozentiges Kostensenkungsprogramm beschlossen) sollen alle Bereiche eine Rendite von 15 Prozent erreichen (bislang im Durchschnitt nur neun Prozent). Gleichzeitig wurde das größte Investitionsprogramm der Geschichte mit 2,9 Mrd. DM beschlossen. Dreiviertel davon bleiben in Deutschland und 1,2 Mrd. DM entfallen auf das Ruhrgebiet. »Es herrscht in der RAG eine regelrechte Aufbruchstimmung«, so RAG-Chef Neipp.

Der unprofitable Kohlebereich wird zusammengefaßt

Am 1.10.1998 wurde die Deutsche Steinkohle unter dem Dach der RAG gegründet. Für den symbolischen Preis von einer DM wurden die Saarbergwerke vom Bund und dem Saarland übernommen. Die drei Zechen an der Saar und die Kokerei wurden in die DSK integriert, die anderen, profitablen Bereiche des Saarberg-Konzerns blieben als weitere Säule der RAG selbständig. Damit hatte die DSK zusammen mit den elf Bergwerken an der Ruhr nun 14 Zechen und vier Kokereien. Am 1.1.1999 wurde dann letztendlich auch noch die letzte private Zeche – die Ibbenbürener Preussag GmbH – ebenfalls als 15. Zeche in die DSK übernommen, so daß nun alle deutschen Steinkohlenzechen in einer RAG-Gesellschaft

zusammengefaßt sind. Damit wurden endgültig die Grundlagen für eine flexiblere Anpassungspolitik und einen konzentrierteren Stilllegungsprozeß geschaffen.

Der im März '97 ausgehandelte Kohle-»Kompromiß« wird ausgehebelt

Der nach dem Kampf der Kumpel ausgehandelte »Kompromiß« sah eine Reduzierung der Subventionen von derzeit 9,2 Mrd. DM auf 5,5 Mrd. DM im Jahre 2005 vor. Parallel dazu sollte die Kohleförderung von 50 auf 30 Mio. Jahrestonnen zurückgenommen werden und die Belegschaft auf rund 36.000 mehr als halbiert werden. Der im Herbst '97 vorgelegte Plan der RAG sah bis zum Jahre 2002 eine Förderreduzierung von 16 Mio. t durch sechs Verbund- und Stilllegungsmaßnahmen vor.

Aber bereits im Herbst 1998 wurde dieser Plan das erste Mal korrigiert. Die Stilllegung des Verbundwerkes Ewald/Hugo in Herten/Gelsenkirchen wurde um zwei Jahre auf den 30.4.2000 vorgezogen. Dazu kamen Förderreduzierungen auf den Schachtanlagen Lippe, Ost, Westfalen in Ahlen (wird Ende 2000 stillgelegt) und an der Saar (hier wird die Zeche Götteleborn-Reden zum Jahresende 2000 geschlossen). Damit müssen 5800 Kumpel vorzeitig als geplant untergebracht werden.

Dann kam Ende Januar 1999 die nächste Hiobsbotschaft für die Kumpel. Angeblich wegen des Absatzeinbruches in der Stahlindustrie wurden die Planungen für die Förderung in 1999 neu überarbeitet. Statt der bislang geplanten 39,3 Mio. t müsse die Förderung um weitere 1,4 Mio. t auf dann 37,9 Mio. t zusätzlich zurückgenommen werden. Das bedeutet für rund 20.000 Kumpel auf sechs Zechen jeweils drei Tage Kurzarbeit in den Monaten Mai bis November und damit erheblicher Lohnverlust.

Aber dem noch nicht genug. Da die Stahlindustrie nach Auslaufen des Hüttenvertrages neue Konditionen für die Koks-Lieferungen aushandeln und damit natürlich die Preise drücken und zusätzlich Thyssen-Krupp in Duisburg eine neue Kokerei für 1,5 Mrd. DM bauen will, gab Ende Februar die RAG weitere Stilllegungen im Kokereibereich bekannt. Die Kokereien führen bereits mit 80 % Auslastung an dem technisch möglichen unteren Niveau. Deshalb soll die Kokerei Fürstenhausen in Völklingen /Saar mit 360 Beschäftigten zum 30.6.1999 und die Kokerei Hassel in Gelsenkirchen mit 240 Beschäftigten Ende September 1999 geschlossen werden. Begründet wurde das mit einem insgesamt zurückgehenden Bedarf an Gießereikoks und einer Verlagerung der Gießereistandorte ins Ausland. Ungewiß ist damit auch die Zukunft der Kokerei Kaiserstuhl mit 500 Beschäftigten in Dortmund. Diese ist erst vor wenigen Jahren für 1,3 Mrd. DM in einem Gasverbund mit dem Stahlwerk von Hoesch-Krupp gebaut worden. Da in Dortmund aufgrund der Planungen der Thyssen-Krupp Stahl AG die »warme Seite« stillgelegt wird, hat auch Kaiserstuhl keine profitable Zukunft mehr. Hier wird derzeit gepokert, wie man der Öffentlichkeit die Stilllegung dieses Milliardenprojektes am besten erklären kann. Darüber hinaus ist die RAG im Gespräch, sich am Neubau der Thyssen-Krupp Kokerei in Duisburg zu beteiligen.

RAG konkurriert gewinnbringend gegen den eigenen, heimischen Kohlenbereich

Offiziell hat der RAG-Vorstand für die erneute Aushebelung des »Kohlekompromisses« die negative Preisentwicklung

(ab Rotterdam gibt es zur Zeit die Tonne Kohle für 65 DM – rund zehn DM billiger als bisher – im Gegensatz zu den immer noch rund 240 DM bei der RAG), die Überkapazitäten auf den internationalen Energiemärkten, den unsicheren Dollarkurs und die aktuelle Krise in der Stahlindustrie verantwortlich gemacht. Diese Momente spielen sicherlich eine Rolle, aber entscheidend ist das eigene »Kostensenkungsprogramm« und die kapitalistische Konkurrenz innerhalb des Konzerns mit der Jagd nach Sonderprofiten.

Im sogenannten »Kostensenkungsprogramm« wurden die Abbaubetriebspunkte auf den einzelnen Schachtanlagen von ehemals unterschiedlich vier bis sechs auf nunmehr eins bis zwei reduziert. Wenn nun geologische Schwierigkeiten auftauchen (nicht vorher erkannte Gesteinsschichten innerhalb der Kohleflöze), dann steht die Förderung zum Teil tagelang bei gleichbleibenden Kosten. Bei mehreren Abbaupunkten war man früher flexibler und hat die Mannschaften kurzfristig umdirigieren können.

Viel entscheidender ist die Konkurrenz im eigenen Hause. Trotz der massiven Förderreduzierungen wird kaum Kohle weniger verbraucht. So wurden in 1998 allein aus Drittländern (nicht EU) rund 18 Mio. t Kohle importiert, das bedeutet ein Plus von drei Mio. t. Und hier spielt der RAG Vertrieb und Handel (RVH) mit seiner Logistikkette – wie Verladestationen in Überseehäfen, mit dem eigenen Fuhrpark auf der Schiene, Straße und zu Wasser – eine entscheidende Rolle. So ist die RVH am Rotterdamer Kohleverladehafen beteiligt und hat kürzlich eine eigene Verladeeinrichtung mit einer Kapazität von zwei Euro-Schiffen pro Tag in Duisburg in Betrieb genommen. *»Mit dem Bau haben wir einen zentralen Zugang für Import-Steinkohle in den deutschen Markt geschaffen.«* sagte RVH-Vorsitzender Giesel, und: *»Heute wird der inländische Steinkohlenverbrauch zu rund 60 Prozent aus heimischer Förderung und zu 40 Prozent aus Importen gedeckt. Diese Relation dürfte sich jedoch erheblich zu Lasten deutscher Zechen und zugunsten der Überseekohle verschieben. Wir wollen die Nummer Eins unter den Kohlehändlern der Welt werden!«* Da nun auch die RVH eigenkostenverantwortlich ist mit der Auflage von 15 Prozent Rendite, ist es nicht verwunderlich, wenn sie in Konkurrenz zur heimischen Kohle lieber mit der billigen Importkohle Gewinne macht oder sie zumindest für die Mischpreiskalkulation bei der heimischen Kohle miteinbringt und sie damit aber weiter vom Markt verdrängt. Der Minderabsatz muß dann wieder als Begründung für weitere Förderreduzierungen herhalten.

Ein zweiter Punkt der Konkurrenz innerhalb des Konzerns ist der Kauf bzw. die Beteiligung durch die RAG an Zechen in den USA, Australien, Venezuela über die RAG EBV AG in den letzten Monaten, die mit Ergebnissen von 14 Prozent Rendite (USA) glänzen.

Auch die Energiekonsensgespräche / der Atomausstieg bringen keine Hoffnung für die Kumpel

Bei der Stromversorgung steht die Kernenergie mit 36 Prozent weiterhin an der Spitze, gefolgt von 27 Prozent Braunkohle, 25 Prozent Steinkohle, je vier Prozent Erdgas und Wasserkraft sowie ein Prozent Sonnen- und Windenergie. Grundlage dafür war immer der von den Politikern, Gewerkschaften und Unternehmern verabredete Energiemix. Nun hatten sich viele – besonders von SPD/Grünen – versprochen, daß sich ein konsequenter Atomausstieg auf die

Zukunftsperspektive der Kohle auswirken würde. Aber wenn überhaupt würde die Energielücke mit Importkohle geschlossen. In den letzten Tagen wurden jedoch alle Illusionen zerstört, als deutlich wurde, daß Kanzler Schröder vor den Energiekonzernen zu Kreuze gekrochen ist, ein Atomausstieg auf unbegrenzte Zeit verschoben wurde und er aber damit gleichzeitig Umweltminister Trittin in die Schranken gewiesen hat. Aber die ehemalige außerparlamentarische Mobilisierungsforderung der Grünen nach Atomausstieg scheint ihnen heute nicht mehr so wichtig zu sein, um dafür auf die »Regierungsmacht« zu verzichten.

Von den Gewerkschaften hatten die Kumpel ebenfalls nichts zu erwarten. ÖTV-Chef Mai sprach von 40.000 Arbeitsplätzen, die bei einem Verzicht auf Atomenergie wegfallen würden. IG-BCE-Chef Schmoldt wurde noch deutlicher bei seiner Ablehnung des Ausstiegs: »Deutschland darf seine Kerntechnologie nicht zum Auslaufmodell machen« – und: »Wenn die Energieversorger in Deutschland keine Zukunft mehr sehen, werden sie sich auf den Stromhandel verlegen. Und dann stehen nicht 40.000 Jobs auf dem Spiel, sondern eine Viertelmillion!« Seine Sorge um die Zukunft der Unternehmer ist demnach größer als um die der Kumpel.

Der Stimmzettel als Waffe blieb stumpf

Als die Bergbaukumpel von Ruhr und Saar im März 1997 in Bonn aus Empörung die Bannmeile stürmten und das FDP-Büro besetzten, hatten SPD-Politiker, Fischer von den Grünen, Gewerkschaftsführer und Betriebsratsvorsitzende aus Bergbau und Chemiebetrieben nichts Eiligeres zu tun, als die Kumpel zu spalten und sie mit Engelszungen zu überreden, wieder nach Hause zu gehen (alle waren ja froh, daß sie sich wenigstens bis zum Müngersdorfer Stadion in Köln zurückzogen). Auch auf den vielen Kundgebungen im Revier wurde immer wieder die Parole ausgegeben, »wenn ihr nur die bisherige Regierung abwählt, ändert sich eure Zukunftsperspektive!« Alle gaben sich als Freunde der Kumpel aus, Scharping wurde sogar »Ehrenhauer« und IG-BCE-Mitglied.

Dann hatten auch besonders die Bergbaukumpel an Ruhr und Saar zum Regierungswechsel beigetragen und die Hoffnungen waren groß. Aber die Enttäuschungen nahmen ihren Lauf.

Als gerade der vorgezogene Stilllegungsbeschluß für Ewald/Hugo verkündet wurde, kam die Frage auf, ob der »Kohlekompromiß« jetzt nicht nachgebessert werden könnte, um damit vorzeitige Stilllegungen zu vermeiden. Aber in dieser Situation hatte IG-BCE-Chef Schmoldt nichts Eiligeres zu tun, als eine Diskussion über die Fortführung der Subventionen nach dem Jahr 2005 vom Zaun zu brechen. Damit wollte er geschickt von der aktuellen Forderung ablenken und letztendlich wiederum nur dem RAG-Unternehmen ein Dienst erweisen.

Im Ablenken und Verkleistern von Klassenwidersprüchen tat sich auch der IG-BCE-Vize Südhofer hervor. Anstatt die oben aufgezeigten Widersprüche innerhalb des RAG-Konzerns und seine Ursachen in der Profitwirtschaft – die ihm nicht unbekannt sind – aufzuzeigen, hat er bereits einen Schuldigen für die Kurzarbeit und Kokereistillegung gefunden: die Stahlindustrie, die den Bergbau mit Kokskohle aus Polen zu Dumpingpreisen erpreßt. Daß einige der zur Kurzarbeit vorgesehenen Zechen gar keine Kohle für den Verkokungsprozeß fördern, ist ihm sicherlich auch bekannt. Aber die Kumpel dürfen unter keinen Umständen ihren Geg-

ner in ihrem eigenen Unternehmer – der RAG – erkennen, sondern Schuld an der Misere ist entweder Bonn oder Brüssel oder die Stahlindustrie oder die Kinderarbeit in Kolumbien, oder... Hier ihren Dienst zu erweisen sind sie sich nicht zu fein. Sie machen das ja auch nur, um Entlassungen zu vermeiden. Das ist bislang auch nur gelungen, weil überdurchschnittlich viele Kumpel das Handtuch werfen, dem Bergbau den Rücken kehren und sich mit einer Abfindung einen anderen Job suchen (nur wenigen gelingt das). Wie sich das perspektivisch entwickeln wird, steht in den Sternen. Allein nach den alten Planungen hätte der Bergbau in 2005 einen Personalüberhang von rund 13.000 Beschäftigten. In der Verwaltung müssen laut Auflage des Vorstandes allein von den rund 2000 Beschäftigten 34 Prozent abgebaut werden. Sicher ist auf jeden Fall, daß dafür wieder einmal die Kumpel mit Lohnverzicht und Freizeitkauf von ihrem Weihnachtsgeld bluten müssen.

Noch enttäuschender für die Kumpel verlief dann Anfang März eine Funktionärskonferenz der IG-BCE-Bezirke Dortmund und Hagen. Vor 370 Funktionären ging der IG-BCE-Chef von NRW, Geißler, in seinem Referat überhaupt nicht auf das aktuelle Problem der Kokerei Kaiserstuhl ein. Erst nach Kritik eines Funktionärs erwiderte er: »Allein in diesem Bezirk brennen hundert Feuer. Wenn ich auf alle eingehen wollte, wären wir morgen nachmittag noch hier.« Wenn also die konkrete Arbeitsplatzfrage und damit die Zukunftssicherung der Kumpel nicht mehr so wichtig ist, wozu ist dann die Gewerkschaft überhaupt noch da – nur zum Beitrag kassieren? Das fragen sich viele Kumpel!

Die Kumpel verharren in ihrer Enttäuschung. Als die Aktivsten im Märzstreik '97 – die Kumpel von Ewald/Hugo – von ihrer vorgezogenen Stilllegung erfuhren, gab es zwar massive Tumulte, weil der RAG-Vorstand nach der Stilllegungsverkündung ohne Diskussion die Belegschaftsversammlung schließen wollte. Doch der Unmut hielt sich nicht lange. Bereits einen Monat später erzielten sie mit 7500 Tagestonnen eine Rekordleistung.

Keiner kann derzeit absehen, wann und zu welchem Anlaß den Kumpeln das nächste Mal der Geduldsfaden reißt. Einigen ist aber in den letzten Wochen deutlich geworden, daß mit dem »richtigen« Kreuz auf dem Stimmzettel noch lange kein Arbeitsplatz sicherer geworden ist – im Gegenteil!

Dortmund, 8.3.1999 ■

ARBEITSPLATZVERNICHTUNG

Asturiens Bergleute leisten Widerstand

Im gesamten europäischen Bergbau – nicht nur in Deutschland – kommt es zu deutlichen Fördereinschränkungen und damit zum drastischen Abbau von Arbeitsplätzen. So auch im spanischen Bergbau (vergl. ARPO Nr.1/98). Besonders betroffen davon sind auch die asturischen Bergleute. Dieser Prozeß vollzieht sich nicht ohne scharfe Auseinandersetzungen.

Die EU-Kommission hat die Höchstoffördermenge im Jahr 2001 auf 1,8 Mio. t festgelegt. Das sind rund 300.000 t weni-

ger als zwischen den Gewerkschaften und der spanischen Regierung vereinbart wurde.

Die Planung für 1998 der staatlichen Zechengesellschaft HUNOSA betrug allein in 1998 2,4 Mio. t. Aber aufgrund der lang anhaltenden Arbeitskämpfe zu Anfang 1998 und der Arbeitsniederlegungen als Reaktion auf die tödlichen Arbeitsunfälle betrug die tatsächliche Förderung nur 1,96 Mio. t. Die Abwesenheitsquote belief sich laut Unternehmensleitung in 1998 auf 22 Prozent.

Die Einhaltung der von der EU-Kommission geforderten 1,8 Mio. t im Jahre 2001 würde die Vernichtung von weiteren 1000 Arbeitsplätzen bedeuten. Allein bei HUNOSA wären dann noch von derzeit 7908 nur noch 5600 statt der vereinbarten 6500 Bergleute beschäftigt.

Als weitere Bedrohung wird der Plan der Regierung angesehen, ab 2003 Kraftwerke auf Basis von Erdgas ans Netz gehen zu lassen. Damit wären dann die Kohlekraftwerke im inzwischen liberalisierten Strommarkt nicht mehr konkurrenzfähig. Auch die staatliche Kohlesubventionierung soll dann zu diesem Zeitpunkt auslaufen.

Gleichzeitig sind die vollmundig angekündigten »*notwendigen Strukturmaßnahmen*« nicht zu erkennen. Ersatzarbeitsplätze zum Beispiel im Bereich von Dienstleistungen und Tourismus werden nur wenig geschaffen und auch die Diversifikationsprojekte der staatlichen Bergwerksgesellschaft HUNOSA lösen sich beschäftigungspolitisch in Luft auf. So liegt dann auch die offizielle Arbeitslosenquote in Asturien Ende 1998 bei über 21 Prozent gegenüber dem Landesdurchschnitt in Spanien von elf Prozent.

Darüber hinaus wurden die Zahlungen der Vorruhestandsrenten der staatlichen Zechengesellschaften, aber auch aller anderen ehemaligen oder noch staatlichen Unternehmen privatisiert. Die staatliche Industriebeteiligungsgesellschaft SEPI als Zahlungspflichtige hat Verträge mit sechs großen Banken und Versicherungsgesellschaften abgeschlossen. Die Prämienzahlungen der SEPI sollen aus dem Verkaufserlös bei der Privatisierung von Staatsbetrieben in Höhe von zirka elf Mrd. DM in den nächsten drei Jahren geleistet werden. Damit werden der neuen privaten Gesellschaft rund 15 Mrd. DM Zahlungsverpflichtungen übertragen. Eine Goldgrube für die Banken und Versicherungen.

Die Gewerkschaften haben diesen Plänen zugestimmt und sich nur dafür stark gemacht, daß die »*Sparkasse von Asturien*« entsprechend an diesem Geschäft beteiligt wird.

Ein weiterer Punkt sind die Häufung von tödlichen Arbeitsunfällen. 1998 haben insgesamt 13 Kumpel unter Tage ihr Leben gelassen. Die Unternehmensleitungen sprechen von »*unerklärlichen Explosionen von Grubengas*« und die technischen Ursachen werden nicht aufgeklärt. Der eigentliche Grund ist allerdings erhöhter Leistungsdruck und Einsparungen bei vorbeugenden Sicherheitsmaßnahmen.

Dazu kommen die provokatorischen, juristischen Argumentationen der HUNOSA bei den Entschädigungszahlungen für die Hinterbliebenen: Der überdurchschnittliche Lohn der Bergleute beinhaltet bereits eine Entschädigung für mögliche tödliche Unfälle! Auch wenn die Gerichte diese Haltung verurteilen, gelingt es HUNOSA zumindest zeitlich die Zahlungen hinauszuzögern.

Kritik von den Bergleuten wird in diesem Zusammenhang auch an den Gewerkschaften geleistet, die in den Sicherheitskommissionen mit am Tisch sitzen und öffentlich die Verjüngung der Belegschaften dafür verantwortlich

machen. Mehr als Ausdruck der Trauer, der Solidarität mit den Opfern und ihren Familien und aus Angst nächstens selbst betroffen zu sein, treten in letzter Zeit die Belegschaften der Zechen, auf denen sich ein tödlicher Unfall ereignet hat, in einen ein- bis zweitägigen Streik. Diese Streiks haben dann aber nicht den Charakter eines Arbeitskampfes zur Durchsetzung von konkreten Forderungen zur Arbeitssicherheit.

Aufgrund des so entstandenen Druckes haben nun Teile der Bergbaugewerkschaft damit gedroht, den Kumpeln in den besonders unfallträchtigen Zechen zu empfehlen, nicht eher wieder anzufahren, bis die Unfallursachen geklärt und entsprechende Sicherheitsmaßnahmen getroffen sind.

All diese Ursachen, zusammen mit der ungeklärten Zukunftsperspektive, führen dann immer wieder punktuell zu Streiks.

So zum Beispiel bei der privaten Zeche Coto Minero Jove/Jovesa. Wegen der Entlassung von 14 Kumpeln und Rückständen bei der Lohnzahlung befanden sich die 113 Belegschaftsmitglieder seit Mitte Oktober 1998 im Streik. Über Wochen war dieser Streik isoliert. Weder andere Zechenbelegschaften noch die Gewerkschaften haben sich um Unterstützung bemüht. Ende November 1998 gelang dann der Unternehmensleitung die Spaltung der Belegschaft. Rund 40 Kumpel versuchten mehrfach in von der Zeche zur Verfügung gestellten Fahrzeugen und unter Polizeischutz einzufahren. Dieser Streikbruch scheiterte zwar erst einmal an den massiven Streikposten, aber es kam zu Übergriffen der Polizei und vorübergehenden Verhaftungen von den Streikenden. Anfang Januar erst schlossen sich dann endlich die Gewerkschaften CC OO und SOMA-FIA-UGT dem Arbeitskampf an und riefen für den 4. Januar 1999 zu einem 24stündigen Solidaritätsstreik im gesamten asturianischen Revier auf. Den Beteiligten einer Protestdemonstration gelang es trotz geringer Beteiligung und einem massiven Polizeiaufgebot, über mehrere Stunden den Verkehr in Oviedo lahmzulegen.

Dennoch verweigerte die Regionalregierung einer Delegation der Protestierenden das Gespräch, da die Zentralregierung verantwortlich sei.

Am nächsten Tag versuchte erneut ein Streikbrecherkonvoi unter starkem Polizeischutz die Streikposten zu durchbrechen. Erst die weitere Verhaftung von neun Streikposten und noch größerem Polizeiaufgebot ermöglichte es, daß die Zeche am 7.1.1999 nach 80 Tagen Streik von 42 Streikbrechern wieder geöffnet wurde.

Die Mehrheit der Kumpel setzte allerdings den Streik fort und fuhr nicht wieder an.

Inzwischen haben wieder Verhandlungen zwischen Unternehmensleitung, Gewerkschaftsführung und Zentralregierung stattgefunden. Sie scheitern zur Zeit an der unachgiebigen Haltung der Unternehmensleitung. Die Zentralregierung hat inzwischen über das Industrieministerium damit gedroht, der Unternehmensleitung die Subventionen zu streichen, wenn es zu keiner Einigung kommt.

Do, 26.2.1999 ■

